

JOB 2008-0663
Prospekt gebilligt

20. Jan. 2009



FINANZMARKTAUFSICHT
Abt. III/1 Markt- und Börsenaufsicht
1020 Wien, Praterstrasse 23

**PROSPEKT
für die Zulassung zum Geregeltten Freiverkehr
an der Wiener Börse**

**betreffend einer von der
Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft**

treuhändig

**für die
HYPO TIROL AG
emittierten**

**4% Wandelschuldverschreibung 2008-2020/1
AT0000A085V9
EUR30.000.000,00**

Wien, am 19.1.2009

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Prospekts durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben.

Die Emittentin wird bei Auftreten wichtiger neuer Umstände oder wesentlichen Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten im Bezug auf die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Wandelschuldverschreibungen beeinflussen könnten und die bis zur Zulassung der Wandelschuldverschreibungen an dem Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse festgestellt werden, diese in einem Nachtrag gemäß § 6 KMG nennen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS/DEFINITIONEN	5
ALLGEMEINE HINWEISE, VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN UND LISTE DER AUFGENOMMENEN DOKUMENTE	8
I. ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS	10
1. WARNHINWEISE GEM. KMG §7 (2):	10
2. MERKMALE UND RISIKEN	10
3. RISIKOFAKTOREN	14
II. RISIKOFAKTOREN	17
1. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE EMITTENTIN	17
2. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DEN TREUGEBER HYPO TIROL AG	21
3. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE	25
III. EMITTENTENBESCHREIBUNG	27
1. VERANTWORTLICHE PERSONEN	27
2. ABSCHLUSSPRÜFER	27
3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN	27
4. RISIKOFAKTOREN	28
5. ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN	28
6. GESCHÄFTSÜBERBLICK	29
7. ORGANISATIONSSTRUKTUR	31
8. SACHANLAGEN	31
9. ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE	31
10. EIGENKAPITALAUSSTATTUNG	32
11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN	34
12. TRENDINFORMATIONEN	34
13. GEWINNPROGNOSEN ODER – SCHÄTZUNGEN	34
14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT	35
15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN	45
16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG	45
17. BESCHÄFTIGTE	46
18. HAUPTAKTIONÄRE	46
19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN	47
20. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN	47
21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN	50
22. WESENTLICHE VERTRÄGE	53

23. ANGABEN VON SEITEN DRITTER, ERKLÄRUNGEN VON SEITEN SACHVERSTÄNDIGER UND INTERESSENERKLÄRUNGEN	53
24. EINSEHBARE DOKUMENTE	54
25. ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN	54
IV. ANGABEN ZUM TREUGEBER HYPO TIROL BANK AG	55
1. VERANTWORTLICHE PERSONEN	55
2. ABSCHLUSSPRÜFER	55
3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN	55
4. RISIKOFAKTOREN	56
5. ANGABEN ÜBER DEN TREUGEBER	56
6. GESCHÄFTSÜBERBLICK	58
7. ORGANISATIONSSTRUKTUR	63
8. SACHANLAGEN	65
9. ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE	66
10. EIGENKAPITALAUSSTATTUNG	66
11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN	70
12. TRENDINFORMATIONEN	70
13. GEWINNPROGNOSEN ODER - GEWINNSCHÄTZUNGEN	71
14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT	71
15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN	74
16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG	75
17. BESCHÄFTIGTE	76
18. HAUPTAKTIONÄRE	76
19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN	76
20. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DES TREUGEBERS	78
21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN	80
22. WESENTLICHE VERTRÄGE	82
23. ANGABEN VON SEITEN DRITTER, ERKLÄRUNGEN VON SEITEN SACHVERSTÄNDIGER UND INTERESSENERKLÄRUNGEN	83
24. EINSEHBARE DOKUMENTE	83
25. ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN	83
ERKLÄRUNG GEMÄß VERORDNUNG (EG) NR. 809/2004 DER KOMMISSION VOM 29. APRIL 2004	84
V. WERTPAPIERBESCHREIBUNG	85
A. Wandelschuldverschreibungen	85
1. VERANTWORTLICHE PERSONEN	85

Siehe Punkt II. _____	85
3. WICHTIGE ANGABEN _____	85
4. ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDE WERTPAPIERE _____	86
5. BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ANGEBOT _____	93
6. ZULASSUNG DER PAPIERE ZUM HANDEL _____	95
7. ZUSÄTZLICHE ANGABEN _____	96
B. Partizipationsscheine _____	97
1. BESCHREIBUNG DER PARTIZIPATIONSSCHEINE _____	97
2. Wenn der Emittent des Basistitels ein Unternehmen ist, das derselben Gruppe angehört, so sind die für diesen Emittenten beizubringenden Angaben jene, die im Schema des Registrierungsformulars für Aktien gefordert werden _____	100
ERKLÄRUNG GEMÄß VERORDNUNG (EG) NR. 809/2004 DER KOMMISSION VOM 29. APRIL 2004 _____	101
ANHANG 1: BEDINGUNGEN FÜR DIE 4 % VERZINSTE HYPO-WOHNBAUANLEIHE TIROL 2008-2020/1 WANDELSCHULDVERSCHREIBUNG DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	102
ANHANG 2: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2005 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	106
ANHANG 3: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2006 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	106
ANHANG 4: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2007 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	106
ANHANG 5: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2007 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	106
ANHANG 6: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2008 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG _____	106
ANHANG 7: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2007 DER HYPO TIROL BANK AG _____	106
ANHANG 8: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2008 DER HYPO TIROL BANK AG _____	106

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS/DEFINITIONEN

ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch i.d.g.F.
act/act (ICMA), unadjusted, Following Business Day Convention	Methode der Zinsberechnung: Zinstage und Jahres-länge werden dabei mit ihren tatsächlichen, kalendergenauen Werten berücksichtigt. Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr berechnet wird, erfolgt daher die Berechnung auf Grundlage der aktuellen Tage in diesem Zeitraum, geteilt durch die Anzahl der Tage in der einjährigen Zinsperiode. Zinsen werden bis zum Ende der Zinsperiode gerechnet, auch wenn dies kein Bankarbeitstag ist. Die Zahlung erfolgt am darauffolgenden Bankarbeitstag ohne dass ein Anspruch auf Auszahlungen zusätzlicher Zinsen begründet wird
Affidavit	Schriftliche Bescheinigung, dass ein Wertpapier ordnungsgemäß erworben ist und den Anforderungen eines ordnungsgemäßen Wertpapiers genügt
AktG	Bundesgesetz vom 31. März 1965 über Aktiengesellschaften (Aktiengesetz 1965) i.d.g.F.
Anleihebedingungen	Anleihebedingungen gemäß Anhang 1
Bankarbeitstag	Ein Tag, an dem Banken in Wien für die Durchführung von Bankgeschäften allgemein geöffnet sind
BWG	Bundesgesetz über das Bankwesen (Bankwesengesetz) i.d.g.F.
Credit Spread	Risikoprämie die als Renditedifferenz zwischen Staatsanleihen und Unternehmensanleihen gleicher Laufzeit berechnet wird
Cross Default Klausel	berechtigt den Anleger zur sofortigen Kündigung eines Vertrages, wenn die Emittentin bzw der Treugeber bei der Erfüllung einer gegenüber einem anderen Gläubiger bestehenden Pflicht in Verzug geraten ist
DepotG	Bundesgesetz vom 22. Oktober 1969 über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren (Depotgesetz) i.d.g.F.
Emittentin	Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Wien und der Firmenbuchnummer 112200 a
Erträgnisschein	Schein, der Wertpapieren beigefügt ist und gegen dessen Einreichung Gewinnanteile oder sonstige Ansprüche ausbezahlt werden

ESTG	Bundesgesetz über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen (Einkommensteuergesetz 1988) i.d.g.F.
EU-Prospekt-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 idF der Verordnung (EG) Nr. 211/2007 der Kommission vom 27. Februar 2007
EUR, Euro	Die gemeinsame Währung derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die an der am 1.1.1999 in Kraft getretenen dritten Stufe der Europäischen Währungsunion teilnehmen
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate ein für Mittelaufnahmen (Termineinlagen, Festgeld) im Geldmarkt in Euro ermittelter Zwischenbanken- Zinssatz. Die Quotierung dieses Zinssatzes erfolgt durch repräsentative Banken (EURIBOR Panel- Banken)
FinStaG	Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilitätsgesetz) i.d.g.F.
Fristentransformationsrisiko	Risiko, dass die Dauer, für die die Zinsen des von einer Bank Dritten zur Verfügung gestellten Kapitals fix vereinbart sind, von der Dauer der Zinsbindung des von der Bank zur Refinanzierung investierten Kapitals abweicht
Gestionsrisiko	Risiko, dass der Erlös aus der gegenständlichen Emission nicht gemäß dem Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus (BGBl Nr. 253/1993, idF BGBl Nr. 532/1993, BGBl Nr. 680/1994 und BGBl I Nr. 162/2001) sowie dem Erlass des Bundesministeriums für Finanzen vom 6.6.2002, Z 06 0950/1-IV/6/02 zur Finanzierung von Wohnbauten im weiteren Sinne entsprechend verwendet wird
Hypo-Bankengruppe Österreich	Sämtliche Gesellschafter der Emittentin gemäß Punkt III. 18
Hypo-Wohnbaubank AG	Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Wien und der Firmenbuchnummer 112200 a
IBSG	Bundesgesetz zur Stärkung des Interbankmarktes (Interbankmarktstärkungsgesetz) i.d.g.F.
KMG	Bundesgesetz über das öffentliche Anbieten von Wertpapieren und anderen Kapitalveranlagungen und über die Aufhebung des Wertpapier-Emissionsgesetzes (Kapitalmarktgesetz) i.d.g.F.
LIBOR	London Interbank Offered Rate im Interbankenhandel am Londoner Geldmarkt angewendeter kurzfristiger Referenzzinssatz, zu dem eine Bank einer anderen kurzfristige Einlagen überlässt bzw. Geldmarktkredite gewährt

Negativverpflichtung	Klausel, die der Emittentin bzw dem Treugeber untersagt, eine näher bezeichnete Transaktion vorzunehmen
Prospekt	Dieser Prospekt einschließlich etwaiger Nachträge, einschließlich etwaiger Annexe und den Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind
Schuldverschreibungen	Wertpapier mit fixer oder variabler Verzinsung mit Rückzahlung zumindest zum Nennwert
StWbFG	Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus BGBl. Nr. 253/1993, idF d BGBl. Nr. 680/1994 (StWbFG), zuletzt novelliert durch BGBl I Nr. 162/2001
Treuhändiges Emissionsinstitut	Hypo Wohnbaubank AG emittiert auf Basis des StWbFG steuerlich begünstigte Wandelschuldverschreibungen im Auftrag ihrer Aktionäre
Treugeber	HYPO TIROL BANK AG mit dem Sitz in Innsbruck und der Firmenbuchnummer 171611 w
UGB	Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen (Unternehmensgesetzbuch- UGB)" i.d.g.F. (gemäß Artikel I des Handelsrechtsänderungsgesetzes, BGBl. I Nr. 120/2005)
WAG 2007	Bundesgesetz über die Beaufsichtigung von Wertpapierdienstleistungen (Wertpapieraufsichtsgesetz 2007) i.d.g.F.
Wandelschuldverschreibungen	Anleihen einer Aktiengesellschaft (AG), die neben dem Forderungsrecht auch ein Wandelrecht verbriefen. Sie können gemäß den Anleihebedingungen in nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs. 4 und 5 BWG der Hypo-Wohnbaubank AG gewandelt (= umgetauscht) werden

ALLGEMEINE HINWEISE, VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN UND LISTE DER AUFGENOMMENEN DOKUMENTE

Sämtliche im Prospekt enthaltenen Angaben, insbesondere in Bezug auf die Emittentin und den Treugeber und in Bezug auf die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte, beziehen sich auf das Datum der Veröffentlichung.

Die Emittentin wird bei Auftreten wichtiger neuer Umstände oder wesentlichen Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten im Bezug auf die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Wandelschuldverschreibungen beeinflussen könnten und die bis zur Zulassung der Wandelschuldverschreibungen an dem Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse festgestellt werden, diese in einem Nachtrag gemäß § 6 KMG nennen.

Anleger haben sich bei einer Investitionsentscheidung auf ihre eigene Einschätzung der Emittentin und des Treugebers sowie die Vorteile und Risiken, die mit der Investition in Wandelschuldverschreibungen der Emittentin zusammenhängen, zu verlassen.

Jedwede Entscheidung zur Investition in Wandelschuldverschreibungen der Hypo-Wohnbaubank AG sollte ausschließlich auf dem Prospekt (zusammen mit den Anleihebedingungen, Annexe und den Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind) beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jedwede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder von Vertragsverhältnissen, die in diesem Prospekt enthalten sind, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen oder Beziehungen angesehen werden sollte.

Im Falle irgendwelcher Zweifel über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Information ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.

Der Prospekt stellt weder ein Angebot, noch eine Einladung zur Angebotsstellung zum Kauf oder zur Zeichnung oder zum Verkauf von Wandelschuldverschreibungen dar und dient ausschließlich zur Information. Zweck des vorliegenden Prospekts der Hypo-Wohnbaubank AG ist die Zulassung zur Börsenotierung von Wohnbau-Wandelschuldverschreibungen am Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wandelschuldverschreibungen der Hypo-Wohnbaubank AG sind von keiner Zulassungs-, Billigungs-, oder Aufsichtsbehörde in Österreich und keiner Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland noch in sonstiger Weise empfohlen worden.

Der Inhalt des Prospektes ist nicht als Beratung in rechtlicher, wirtschaftlicher oder steuerlicher Hinsicht, insbesondere nicht im Sinne des WAG zu verstehen. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch Wertpapierdienstleister.

Dieser Prospekt enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Durch den Eintritt bekannter und unbekannter Risiken, Ungewissheiten und anderer Ereignisse ist es möglich, dass die tatsächlichen zukünftigen Ereignisse, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Entwicklung und die Ergebnisse der Hypo-Wohnbaubank AG oder des Treugebers von jenen abweichen, die in diesem Prospekt ausdrücklich oder implizit enthalten sind. Dazu gehören unter anderem Auswirkungen gegenwärtiger und zukünftiger Bestimmungen, die laufenden Kapitalbedürfnisse der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft oder des Treugebers, die Finanzierungskosten und der Betriebsaufwand der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft oder des Treugebers, Unsicherheiten aus dem Geschäftsbetrieb innerhalb und außerhalb Österreichs, nachhaltige Änderungen der anwendbaren Steuergesetze, höhere Gewalt, Unruhen, Naturkatastrophen und sonstige Faktoren. Vor dem Hintergrund dieser und anderer allgemeiner Unabwägbarkeiten sollten sich Anleger nicht auf derartige zukunftsgerichtete Aussagen verlassen.

Die Angaben in diesem Prospekt beziehen sich auf die zum Datum des Prospektes geltende Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung, die sich jederzeit ändern kann. Dies gilt insbesondere für steuerliche Angaben.

Keine Person ist ermächtigt, Informationen oder Zusagen abzugeben, die nicht im Prospekt enthalten sind. Falls solche doch erfolgen, darf niemand darauf vertrauen, dass diese von der Emittentin autorisiert worden sind.

Dieser Prospekt samt Anleihebedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) darf weder ganz oder teilweise reproduziert noch weitervertrieben werden. Jeder Anleger stimmt der eingeschränkten Verwendung mit Entgegennahme dieses Prospektes zu. Ausschließlich die Emittentin sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt samt Nachträgen und Anleihebedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) genannten Quellen haben die zur Erstellung dieser Dokumente benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Verkaufsbeschränkungen

Die Verbreitung des gegenständlichen Prospekts sowie der Vertrieb von Wandelschuldverschreibungen der Emittentin ist auf Österreich beschränkt. Außerhalb von Österreich, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, im Vereinigten Königreich von Großbritannien, Kanada und Japan dürfen die Wandelschuldverschreibungen nicht angeboten, verkauft oder geliefert werden.

Außerdem dürfen die Wandelschuldverschreibungen nur im Einklang mit den jeweils anwendbaren nationalen Bestimmungen angeboten und/oder veräußert werden.

Liste der durch Verweis in den Prospekt aufgenommenen Dokumente

Die folgenden Dokumente

- JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2005 DER HYPO TIROL BANK AG
- JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2006 DER HYPO TIROL BANK AG
- JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2007 DER HYPO TIROL BANK AG

können am Sitz des Treugebers während der Öffnungszeiten des Treugebers HYPO TIROL BANK AG sowie auf der Homepage des Treugebers (www.hypotirool.com) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung „Downloads – Konzern“ eingesehen werden.

I. ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

1. WARNHINWEISE GEM. KMG §7 (2):

Die Zusammenfassung ist als Einleitung zu diesem Prospekt zu verstehen.

Der Anleger sollte jede Entscheidung zur Anlage in die in diesem Prospekt beschriebenen Wandelschuldverschreibungen auf die Prüfung des *g e s a m t e n* Prospekts einschließlich der Anleihebedingungen, Annexe und der Dokumente, die in Form eines Verweises einbezogen sind, stützen.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt einschließlich der Anleihebedingungen, Annexe und der Dokumente, die in Form eines Verweises einbezogen sind, enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Vertragsstaaten die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Die Emittentin und diejenigen Personen, die für die Erstellung der Zusammenfassung verantwortlich sind, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

2. MERKMALE UND RISIKEN

Emittentin

Die Hypo-Wohnbaubank AG wurde am 12.08.1994 gegründet. Die rechtliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Hypo-Wohnbaubank AG ist das Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus (BGBl 253/1993, in der Fassung BGBl 680/1994, zuletzt novelliert durch BGBl I Nr. 162/2001). Der Emissionserlös wird zweckgebunden und innerhalb von 3 Jahren für die Errichtung und Sanierung von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150m² verwendet. Im Falle einer Vermietung darf die Miete jenen Betrag nicht übersteigen, der für die Zuerkennung von Mitteln aus der Wohnbauförderung maßgebend ist.

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist ein Emissionsinstitut gemäß § 1 Abs 2 Z 1 lit a StWbFG. Sie emittiert treuhändig im Auftrag ihrer Aktionäre auf Basis des StWbFG auf Inhaber lautende, nicht fundierte und nicht nachrangige Wandelschuldverschreibungen. Sie hat daher mangels Kreditvergabe an Dritte weder das Risiko, dass diese ihren Rückzahlungsverpflichtungen nicht nachkommen (Ausfallsrisiko), noch ein Fristentransformationsrisiko, sowie mangels Refinanzierungsnotwendigkeit auch kein Risiko über zu geringe Finanzmittel zu verfügen (Liquiditätsrisiko). Die Emittentin trifft weiters kein Risiko aus Geschäften mit Finanzprodukten, die von diversen Wertpapieren abgeleitet werden (Risiko aus Derivatgeschäften), weil sie keine solchen Finanzprodukte emittiert.

Für die Verzinsung und Rückzahlung der Wandelschuldverschreibungen haftet gemäß § 7 der Anleihebedingungen der Treugeber mit seinem gesamten Vermögen, nicht jedoch die Hypo-Wohnbaubank AG.

Das StWbFG sieht für den Ersterwerb dieser Wandelschuldverschreibung folgende Begünstigungen vor: Die Anschaffungskosten für den Ersterwerb der Wandelschuldverschreibungen sind im Rahmen des einheitlichen Höchstbetrages gemäß § 18 Abs. 3 Z. 2 des EStG 1988 als Sonderausgabe absetzbar. Sind die Erträge aus den Wandelschuldverschreibungen Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 27 EStG 1988, so ist für die Zeit der Hinterlegung dieser Wandelschuldverschreibungen bei einer inländischen Bank im Ausmaß bis zu 4 % des Nennbetrages keine Kapitalertragsteuer (KESt) abzuziehen. Die Einkommensteuer gilt für die gesamten Kapitalerträge inklusive des KESt-freien Anteils gemäß § 97 EStG 1988 als abgegolten. Allfällige gesetzliche Änderungen, insbesondere der Steuergesetze, sind vorbehalten und gehen nicht zu Lasten der Emittentin.

Es sind folgende Gesellschaften an der Hypo-Wohnbaubank AG im Sinne des § 2 Z 3 BWG qualifiziert beteiligt:

	%
HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	12,5
HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG	12,5
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	12,5
HYPO TIROL BANK AG	12,5
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	12,5
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	12,5
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	12,5

Die übrigen 12,5% werden je zur Hälfte von der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und der HYPO Investmentbank AG gehalten.

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist ausschließlich für die einzelnen Landes-Hypothekenbanken tätig. Deren Rating stellt sich momentan wie folgt dar:

HYPO	STANDARD & POOR'S	MOODY'S
HYPO-BANK BURGENLAND AG		
HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG		A2
Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft	A+	
HYPO Investmentbank AG	A+	
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	A	
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT		
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft		
HYPO TIROL BANK AG		Aa1
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft		Aa1

(Moody's Investors Service Limited; Standard & Poor's)

Die Emittentin bestätigt, dass Angaben im Bezug auf Ratings der Landeshypothekenbanken korrekt wiedergegeben wurden und keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten.

Treugeber Hypo Tirol

Der Treugeber, die HYPO TIROL BANK AG, 6020 Innsbruck, Meraner Strasse 8 wurde am 01.07.1998 auf unbestimmte Zeit in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründet.

Der Treugeber ist als Konzern im Universalbankgeschäft, in der Versicherungsvermittlung, im Private Banking und Leasinggeschäft im Bundesland Tirol, in Italien mit Schwerpunkt Südtirol sowie in den Nischen Zürich, München und Wien tätig. Darüber hinaus ist das Eigengeschäft des Konzerns im Bereich der Finanzanlagen, des Handelsbestandes und der verbrieften Verbindlichkeiten von wesentlicher Bedeutung.

Der Treugeber übt folgende Bankgeschäfte aus:

- Die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft);
- Die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft);
- Den Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen (Kreditgeschäft);

- Den Kauf von Schecks und Wechseln, insbesondere die Diskontierung von Wechseln (Diskontgeschäft);
- Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft);
- Die Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks;
- Den Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit
 - a) ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen- und Valutengeschäft);
 - b) Geldmarktinstrumenten;
 - c) Finanzterminkontrakten (Futures) einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung und Kauf- und Verkaufsoptionen auf die in lit. a und d bis f genannten Instrumente einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung (Termin- und Optionsgeschäft);
 - d) Zinsterminkontrakten, Zinsausgleichsvereinbarungen (Forward Rate Agreements, FRA), Zins- und Devisenswaps sowie Swaps auf Substanzwerte oder auf Aktienindices ("equity swaps");
 - e) Wertpapieren (Effektengeschäft);
 - f) von lit. b bis e abgeleiteten Instrumenten;
- Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantieggeschäft) im Zusammenhang mit der Errichtung und der Verwertung von Wohnbauten;
- Die Ausgabe von Pfandbriefen, Kommunalschuldverschreibungen und die Veranlagung des Erlöses nach den hierfür geltenden besonderen Rechtsvorschriften (Wertpapieremissionsgeschäft - ausgenommen die Ausgabe fundierter Bankschuldverschreibungen);
- Die Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft) eingeschränkt auf die Ausgabe nicht fundierter festverzinslicher Wertpapiere, insbesondere in Form von Wandelschuldverschreibungen, zur Refinanzierung mit dem Kreditgeschäft;
- Die Teilnahme an der Emission Dritter eines oder mehrerer der in Z 7 lit. b bis f genannten Instrumente und die diesbezüglichen Dienstleistungen (Loroemissionsgeschäft);
- Das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft)
- Der Ankauf von Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die Übernahme des Risikos der Einbringlichkeit solcher Forderungen ausgenommen die Kreditversicherung - und im Zusammenhang damit der Einzug solcher Forderungen (Factoringgeschäft)
- Der Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt
- Die Vermittlung von Geschäften nach
 - a) Z 1, ausgenommen durch Unternehmen der Vertragsversicherung;
 - b) Z 3, ausgenommen die im Rahmen der Gewerbe der Immobilienmakler und der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung vorgenommene Vermittlung von Hypothekar- und Personalkrediten;
 - c) Z 7 lit. a, soweit diese das Devisengeschäft betrifft;
 - d) Z 8;
- Die Ausgabe von elektronischem Geld (E-Geldgeschäft).

Das Grundkapital des Treugebers beträgt EUR 18.000.000,00 und ist in 2.400.000 auf den Namen lautende Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf die Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt EUR 7,50. Alleinigter Aktionär des Treugebers ist die Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung.

Angaben zu den Wertpapieren

Zweck des vorliegenden Prospekts der Hypo Wohnbaubank AG ist die Zulassung zur Börsennotierung von Wohnbau-Wandelschuldverschreibungen am Geregelten Freiverkehr an der Wiener Börse.

Das gesamte Emissionsvolumen dieser Wandelschuldverschreibungen der Hypo-Wohnbaubank AG beträgt EUR 30.000.000,00.

Für die Zahlungen der Zinsen und des Kapitals der Wandelschuldverschreibungen haftet ausschließlich die Hypo Tirol Bank AG als Treugeber.

Bei den Wandelschuldverschreibungen handelt es sich um Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung.

Emittentin:	HYPO-WOHNBAUBANK AG
Programmvolumen:	EUR 30.000.000
Emissionswährung:	Euro
Stückelung:	Nominale EUR 100,00
Rang der Wandelschuldverschreibungen:	Die Wandelschuldverschreibungen sind unbesichert und gleichrangig zu anderen unbesicherten Nicht-Dividendenwerten;
Rang der Partizipationsscheine	Die Partizipationsscheine sind unbesichert und nachrangig im Sinne des § 45 Abs. 4 BWG; Partizipationskapital wird daher im Falle der Liquidation oder des Konkurses der Emittentin erst nach den Forderungen anderer, nicht nachrangiger Gläubiger befriedigt
Form:	Auf den Inhaber lautende Wertpapiere, vertreten durch Sammelurkunden gemäß § 24 lit. b) DepotG
Verwahrung:	Oesterreichische Kontrollbank AG als Wertpapiersammelbank
Übertragung:	Die Übertragung der als Sammelkunde verbrieften Wandelschuldverschreibungen erfolgt im Effektengiroverkehr
Verzinsung:	fix zum Zinssatz von 4% p.a.
Zinstermine:	Der Zinsertrag kommt jährlich zum 07.07. zur Auszahlung
Berechnung von Zinsbeträgen:	act/act (ICMA), unadjusted, Following Business Day Convention
Laufzeit der Schuldverschreibungen:	Sofern der Anleger nicht von seinem Wandlungsrecht Gebrauch macht, endet die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen mit 06.07.2020
Wandlungsrecht	Je Nominale EUR 1.000,00 Wandelschuldverschreibung berechtigen den Anleger erstmals mit Stichtag 06.07.2010, danach jeweils zu den auf den 07.07 eines jeden Jahres fallenden Kuponterminen, zur Wandlung in 14 Stück nennwertlose Partizipationsscheine der Emittentin. Dies

	entspricht einem nominellen Wandlungspreis von ca. EUR 71,43 je Partizipationsschein. Der auf 10 Partizipationsscheine entfallende Gewinnanteil entspricht jenem einer Stückaktie der Emittentin
Tilgung:	zum Nominale („par“) Die Tilgung erfolgt gesamtfällig. Sofern nicht gewandelt wird oder die Emittentin von ihrem einmaligen Kündigungsrecht nicht Gebrauch macht, erfolgt die Tilgung am 07.07.2020
Kündigung:	Einmalige Kündigungsmöglichkeit der Emittentin zum 07.07.2018. Eine Kündigung durch den Anleger ist ausgeschlossen
Haftung:	Nur die Hypo Tirol Bank AG haftet mit ihrem gesamten freien Vermögen für die Bedienung und Rückzahlung unbesicherter Emissionen
Cross Default/Drittverzugs Klausel:	Emittentin und Treugeber übernehmen keine Cross Default-Verpflichtung
Negativverpflichtung	Emittentin und Treugeber übernehmen keine Negativverpflichtung
Ratings:	Weder Wertpapier noch die Emittentin waren Gegenstand eines Ratings
ISIN / Wertpapieridentifizierungsnummer:	AT0000A085V9
Börseeinführung:	Geregelter Freiverkehr, Wiener Börse
Zahl-, Berechnungsstelle::	Hauptzahl- und Einreichstelle ist die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG, St. Pölten. Weitere Zahl- und Einreichstellen sind: HYPO - Bank Burgenland AG, Eisenstadt; Hypo Alpe-Adria-Bank AG, Klagenfurt; Oberösterreichische Landesbank AG, Linz; Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, Salzburg; Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, Graz; HYPO TIROL BANK AG, Innsbruck und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz
Hinterlegungsstelle:	Oesterreichische Kontrollbank AG
Anwendbares Recht der Anleihebedingungen:	Österreichisches Recht

3. RISIKOFAKTOREN

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist ein Emissionsinstitut gemäß § 1 Abs 2 Z 1 lit a StWbFG. Sie emittiert treuhändig im Auftrag ihrer Aktionäre auf Basis des StWbFG steuerlich begünstigte Wandelschuldverschreibungen. Sie hat daher mangels Kreditvergabe an Dritte weder das Risiko, dass diese ihren Rückzahlungsverpflichtungen nicht nachkommen (Ausfallsrisiko), noch ein Fristentransformationsrisiko, sowie mangels Refinanzierungsnotwendigkeit auch kein Risiko über zu geringe Finanzmittel zu verfügen (Liquiditätsrisiko). Die Emittentin trifft weiters kein Risiko aus Geschäften mit Finanzprodukten, die von diversen Wertpapieren abgeleitet werden (Risiko aus Derivatgeschäften), weil sie keine solchen Finanzprodukte emittiert.

Alle Aktionäre verfügten – mit Ausnahme der Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, Salzburg und der HYPO-BANK Burgenland AG seit 01.07.2006 – über eine Ausfallsbürgschaft des jeweiligen Bundeslandes für bis zum 02.04.2003 begebene Schuldverschreibungen. Demnach ist das jeweilige Bundesland zur Zahlung verpflichtet, wenn ein potentieller Gläubiger der Hypo-Wohnbaubank AG die Erfüllung seiner Forderungen auch bei der

jeweiligen Landesbank nicht erreicht. Diese öffentlichen Haftungen sind am 01.04.2007 ausgelaufen. **Daher besteht für die gegenständlichen Wandelschuldverschreibungen keine solche Ausfallbürgschaft des Landes Tirol.** Im Übrigen unterliegen die Wandelschuldverschreibungen nicht der gesetzlichen Einlagensicherung.

Der Erwerb von und die Veranlagung in begebene Wandelschuldverschreibungen der Hypo Wohnbaubank AG ist mit Risiken für den Erwerber verbunden. Der Eintritt einer oder mehrerer der nachfolgend angeführten Risikofaktoren kann einen wesentlichen (negativen) Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Soweit für Wandelschuldverschreibungen der Hypo-Wohnbaubank AG ein Anspruch auf Tilgung zum Nennwert oder ein anderer fixer Tilgungsbetrag vorgesehen ist, ist die Rückzahlung dieses Betrages bei (End-)fälligkeit in erster Linie von der Bonität des Treugebers abhängig, der alleine dafür haftet. Die Bonität der Emittentin und des Treugebers hängt von zahlreichen Faktoren wie beispielsweise den allgemeinen unternehmensspezifischen Risiken einer Universalbank, der Ertragsentwicklung, der künftigen Entwicklung des Bankensektors, dem Wettbewerb im Bankensektor, der Entwicklung und Volatilität der Finanzmärkte und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Gleiches gilt sinngemäß für allfällige fixe Zinsbeträge oder sonstige von der Emittentin oder dem Treugeber an Anleger begebene Wandelschuldverschreibungen fix zugesicherte Beträge.

Dementsprechend kann es zu wesentlichen und nachhaltigen Rückgängen der erwarteten Zinszahlungen und des erwarteten Rückzahlungs- oder Tilgungsbetrages bis hin zum Totalverlust der Zinsen und des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Hingewiesen wird auch darauf, dass die Wandelschuldverschreibungen zusätzlichen steuerlichen und rechtlichen Risiken unterliegen, insbesondere können sich in Zukunft die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wandelschuldverschreibungen auch wesentlich zum Nachteil der Emittentin und der Anleger in Wandelschuldverschreibungen ändern.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb der Wandelschuldverschreibungen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung der Wertpapiere angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor dem Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

3.1 Risikofaktoren betreffend die Emittentin

Risiken im Zusammenhang mit der Emittentin sind im Punkt II.1. Risikofaktoren im Bezug auf die Emittentin näher dargestellt:

- Schuldner- oder Emittentenrisiko
- Risiko der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der Hypo Bankengruppe Österreich
- Marktrisiko
- Operationales Risiko
- Risiko potentieller Interessenskonflikte der Organmitglieder der Emittentin aufgrund ihrer Tätigkeit für Gesellschaften der Hypo Bankengruppe Österreich
- IT-Risiko
- Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement
- Risiken des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte
- Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen
- Risiko im Zusammenhang mit der widmungskonformen Verwendung des Emissionserlöses
- Abhängigkeit vom Provisionsgeschäft
- Abhängigkeit vom Wachstum
- Risiken aufgrund der Abhängigkeit von Refinanzierungsmöglichkeiten
- Wettbewerbsrisiko
- Risiko aus Handelsgeschäften
- Kontrahentenrisiko
- Risiken aufgrund des regulatorischen Umfeldes

- Risiken aufgrund von Basel II
- Abhängigkeit von qualifizierten Führungskräften
- Abhängigkeit von ausreichend vorhandenen Eigenmitteln

3.2. Risikofaktoren betreffend den Treugeber

Risiken im Zusammenhang mit dem Treugeber sind im Punkt II.2. Risikofaktoren im Bezug auf den Treugeber näher dargestellt

- Risiko der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der HYPO TIROL Gruppe
- Marktrisiko
- Operationales Risiko
- Risiko potentieller Interessenskonflikte der Organmitglieder des Treugebers aufgrund ihrer Tätigkeit für Gesellschaften der HYPO TIROL Gruppe
- IT-Risiko
- Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement
- Risiken des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte
- Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen
- Abhängigkeit vom Provisionsgeschäft
- Abhängigkeit vom Wachstum
- Risiken aufgrund der Abhängigkeit von Refinanzierungsmöglichkeiten
- Wettbewerbsrisiko
- Risiko aus Handelsgeschäften
- Kontrahentenrisiko
- Risiken aufgrund des regulatorischen Umfeldes
- Risiken aufgrund von Basel II
- Abhängigkeit von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern
- Liquiditätsrisiko
- Abhängigkeit von ausreichend vorhandenen Eigenmitteln
- Kredit-, Ausfallsrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Währungsrisiko
- Länderrisiko

3.3. Risikofaktoren betreffend Wertpapiere

Nachstehend angeführte Risiken in Zusammenhang mit Wertpapieren sind im Punkt II.3. Risikofaktoren in Bezug auf Wertpapiere näher dargestellt.

- Zinsänderungsrisiko und Kursrisiko
- Steuerliches Risiko
- Inflationsrisiko
- Operationales Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Irrationale Faktoren
- Kursrisiko bei Ratingveränderungen
- Rechtliches Risiko
- Risiko der Handelbarkeit/Handelsaussetzung
- Produktspezifische Risiken für Partizipationsscheine

Sollte ein oder sollten mehrere der mit der Emittentin, dem Treugeber und den Wertpapieren verbundene Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen Kursrückgängen der Wertpapiere während der Laufzeit oder im Extremfall zum Totalverlust der Zinsen und des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

II. RISIKOFAKTOREN

Potentielle Anleger sollten sorgfältig die Risiken abwägen, die mit einem Investment in jede Art von Wertpapieren verbunden sind, bevor sie eine Investitionsentscheidung treffen. Der Eintritt jedes der in den Risikofaktoren beschriebenen Ereignisse kann die Fähigkeit der Emittentin beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen gegenüber den Anlegern aus den Wandelschuldverschreibungen zu erfüllen und/oder sie könnten sich nachteilig auf den Marktwert und Handelspreis dieser Wandelschuldverschreibungen oder die Rechte der Anleger im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen auswirken. Als Ergebnis könnten die Anleger einen Teil oder ihr gesamtes Investment (d.h. dass es zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen könnte) verlieren. Im Übrigen unterliegen die Wandelschuldverschreibungen nicht der gesetzlichen Einlagensicherung. Potentielle Anleger sollten daher drei Hauptkategorien von Risiken abwägen, nämlich einerseits Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin, Risikofaktoren in Bezug auf den Treugeber der Emittentin und andererseits Risikofaktoren in Bezug auf die Wertpapiere.

Im Folgenden werden die aus Sicht der Emittentin wesentlichen Risikofaktoren dargestellt. Die nachfolgenden Risikofaktoren erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE EMITTENTIN

Allgemeiner Hinweis

Die Fähigkeit der Emittentin, die vereinbarten Zins- und/oder Tilgungszahlungen zu erfüllen, kann insbesondere durch nachfolgende Risikofaktoren beeinträchtigt werden, wobei es sich nach Ansicht der Emittentin bei den im Folgenden angeführten Risiken um die bedeutendsten Risiken in Bezug auf die Emittentin handelt, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Das Eintreten einer oder mehrerer dieser Risiken kann die Ertrags- und Finanzlage des Anlegers negativ beeinflussen und zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals führen.

Schuldner- oder Emittentenrisiko

Die Emittentin ist ein treuhändiges Emissionsinstitut gemäß BWG § 1 in Verbindung mit §§ 4 Abs. 1., 5 Abs. 1 iVm § 1 Abs 2 Z 1 lit a StWbFG. Die Emittentin begibt die gegenständlichen Wandelschuldverschreibungen als Treuhänderin im eigenen Namen aber auf Rechnung und Gefahr der Treugeber. Die Treugeber haben sich im Rahmen einer Treuhandvereinbarung gegenüber der Emittentin verpflichtet, sie hinsichtlich sämtlicher Aufwendungen und Risiken, die im Zusammenhang mit den begebenen Wandelschuldverschreibungen entstehen, schad- und klaglos zu halten. Die Emittentin trägt daher hinsichtlich der gegenständlichen Wandelschuldverschreibungen grundsätzlich nur das Gestionsrisiko. Im Falle der Umwandlung der Wandelschuldverschreibungen in Partizipationsscheine erlischt jedoch die Treuhandvereinbarung und damit die Ersatzverpflichtungen der Treugeber, sodass die Emittentin das volle Risiko hinsichtlich der Partizipationsscheine trägt.

Die Bedienung (insbesondere des Tilgungsbetrages / Rückführung des eingezahlten Investment) der betreffenden Emission hängt naturgemäß primär von der Bonität des Treugebers ab, der – aufgrund der bereits erwähnten Treuhandlösung – allein für die Bedienung (Zinsen und Tilgung) der Wandelschuldverschreibungen haftet.

Weiters kann dieses Risiko mit Hilfe des so genannten "Ratings" eingeschätzt werden. Ein Rating ist eine Bewertungsskala für die Beurteilung der Bonität von Emittenten. Das Rating wird von unabhängigen Rating-Agenturen aufgestellt, wobei insbesondere das Bonitäts- und Länderrisiko abgeschätzt wird. Die Rating-Skala reicht von "AAA" (beste Bonität) bis "D" (schlechteste Bonität).

Risiko der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der Hypo Bankengruppe Österreich

Aufgrund der Rolle der Emittentin als Teil der Hypo Bankengruppe Österreich, die sämtliche Anteile an der Emittentin hält und wesentlicher Vertrags- und Vertriebspartner ist, kommt dem

Geschäftsverlauf der Hypo Bankengruppe Österreich auch für jenen der Emittentin eine entscheidende Bedeutung zu. Jede Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Hypo Bankengruppe Österreich birgt das Risiko, einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zu bewirken.

Marktrisiko

Unter Marktrisiko versteht man das Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise, insbesondere wegen der Änderung von Zinssätzen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und fremder Währungen sowie Preisschwankungen von Gütern und Derivaten, Verluste entstehen. Die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Produkten und Dienstleistungen und damit ihre Ertragslage hängt im weiteren Sinn wesentlich von diesen Faktoren ab. Im engeren Sinn umfasst das Marktrisiko mögliche negative Wertveränderungen von Positionen des Handels- bzw. Bankbuches der Emittentin. Die Verwirklichung dieses Marktrisikos könnte negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Operationales Risiko

Unter dem operationalen Risiko wird das Risiko nachteiliger Effekte durch menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, Natur- und sonstige Katastrophen, Technologieversagen und Änderungen im externen Umfeld (Event Risk) verstanden; als Beispiele seien genannt: Ausfälle von IT-Systemen, Sachschäden, Fehlverarbeitungen oder Betrugsfälle. Die Verwirklichung derartiger Risiken könnte negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Risiko potentieller Interessenskonflikte der Organmitglieder der Emittentin aufgrund ihrer Tätigkeit für Gesellschaften der Hypo Bankengruppe Österreich

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Emittentin üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Prokurist) in anderen Gesellschaften der Hypo Bankengruppe Österreich aus. Aus dieser Tätigkeit für die Hypo Bankengruppe Österreich können sich potentielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei der Emittentin ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen der Emittentin von jenen der Hypo Bankengruppe Österreich oder einzelner Gesellschaften derselben abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände, gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Jahresabschlusses, Gewinnausschüttung, Beteiligungen, etc.).

IT-Risiko

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin hängt, wie bei Banken üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Ausfälle, Unterbrechungen und Sicherheitsmängel können zu Ausfällen oder Unterbrechungen der Systeme für Kundenbeziehungen, Buchhaltung, Verwahrung, Betreuung und/oder Kundenverwaltung führen. Ausfälle und Unterbrechungen der Datenverarbeitungssysteme können den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder der Emittentin vorübergehend beeinträchtigen, wodurch nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nicht ausgeschlossen werden können.

Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement

Der Eintritt einer aus heutiger Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw. die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken kann dazu führen, dass das System der Emittentin zur Risikosteuerung und zum Risikomanagement überfordert ist bzw. versagt. Dies kann einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Risiken des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte

Das wirtschaftliche und politische Umfeld in Österreich, sowie die Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte haben einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach Dienstleistungen und Finanzprodukten, die von der Emittentin entwickelt und angeboten werden. Eine Änderung des wirtschaftlichen oder politischen Umfeldes oder eine Rezession könnte sich negativ auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken. Jede Änderung der politischen und/oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich, dem einzigen Land, in dem die Emittentin tätig ist, kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin zur Folge haben.

Seit Mitte des Jahres 2007 kam es im Zuge des Verfalls der Immobilienpreise in den USA und in Großbritannien zu einer Neubewertung von Kreditrisiken durch die Marktteilnehmer mit weltweiten negativen Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Die gegenwärtige Finanzkrise ist von einer erheblich eingeschränkten Kreditvergabe von Banken untereinander aber auch gegenüber Dritten gekennzeichnet. Die Dauer und die weiteren Folgen der Finanzkrise sind in ihrem Umfang noch nicht abschätzbar. Risiken bestehen aber insbesondere in einer erhöhten Volatilität und Ausweitung der Credit Spreads der Märkte und damit verbundenen Liquiditätsengpässen auf den weltweiten Finanzmärkten. Im Falle einer anhaltenden Verschlechterung der Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist mit einer weiteren Einschränkung von Kreditvergaben, einem Verfall von Aktienkursen und von sonstigen Vermögenswerten sowie einem allgemeinen Rückgang der Nachfrage nach Wandelschuldverschreibungen zu rechnen und damit mit potenziell negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen

Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ist unter anderem auch abhängig von der Besteuerung erwirtschafteter Gewinne auf Ebene der Emittentin. Jede zukünftige Änderung der Gesetzeslage, der Rechtsprechung oder der steuerlichen Verwaltungspraxis hinsichtlich der Gewinnbesteuerung könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

Risiko im Zusammenhang mit der widmungskonformen Verwendung des Emissionserlöses

Die Emittentin muss gemäß dem Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus (BGBl Nr. 253/1993, idF BGBl Nr. 532/1993, BGBl Nr. 680/1994 und BGBl I Nr. 162/2001) sowie dem Erlass des Bundesministeriums für Finanzen vom 6.6.2002, Z 06 0950/1-IV/6/02 zumindest 65% der ihr zur Verfügung gestellten Mittel (= Emissionserlöse) zur Finanzierung von Wohnbauten im weiteren Sinne einsetzen. Zusätzlich muss der Emissionserlös zu mindestens 80% widmungsgemäß für Wohnbau im engeren Sinn verwendet werden. Diese Verpflichtung muss jeweils bis zum Ende des dritten auf das Jahr der Emission folgenden Wirtschaftsjahres erfüllt werden. Es kann nicht garantiert werden, dass zukünftig jederzeit eine widmungskonforme Verwendung, insbesondere im Hinblick auf mögliche Reduktionen der Bautätigkeit im Siedlungs- und Wohnungsbau, möglich sein wird. Sollte die Finanzierungsnachfrage im Siedlungs- und Wohnungsbau stark sinken, kann die Emittentin zur Sicherstellung der widmungskonformen Verwendung gezwungen sein, die Finanzierungsmittel deutlich unter marktüblichen Finanzierungsbedingungen anzubieten. Diesfalls oder falls eine widmungskonforme Verwendung nicht möglich ist, sind nachteilige Auswirkungen auf die Gewinnlage der Emittentin nicht auszuschließen, wodurch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflusst werden könnte. Zudem besteht in diesem Fall das Risiko, dass steuerliche Begünstigungen auf Seiten des Anlegers in einem solchen Fall nicht weiterhin gegeben sein könnten.

Abhängigkeit vom Provisionsgeschäft

Die aus dem Bankgeschäft der Emittentin resultierenden Provisionserträge haben in den letzten Jahren wesentlich zu den gesamten Betriebserträgen beigetragen. Sollten die Provisionserträge aus dem Bankgeschäft der Emittentin in Zukunft stagnieren oder sogar fallen, kann sich daraus ein erheblich nachteiliger Einfluss auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben.

Abhängigkeit vom Wachstum

Der Bilanzgewinn der Emittentin ist 2007 um ca. 195% von EUR 45.000.000,00 auf EUR 133.000.000,00 gestiegen. Es kann nicht gewährleistet werden, dass die Emittentin auch zukünftig wachsen oder ihr jetziges Gewinn- und Bilanzsummen-Niveau halten können wird. Ein erheblich nachteiliger Effekt auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin kann nicht ausgeschlossen werden, falls das Gewinn- und Bilanzsummen-Niveau nicht annähernd gehalten werden kann.

Risiken aufgrund der Abhängigkeit von Refinanzierungsmöglichkeiten

Die Profitabilität der Emittentin hängt von ihrem Zugang zu kostengünstigen Refinanzierungsmöglichkeiten ab. Der Zugang zu Refinanzierungsmöglichkeiten könnte sich gegenüber der Vergangenheit oder den Planungen der Emittentin einschränken oder verteuern, insbesondere aufgrund einer Änderung der Zinssätze. Ungünstige Refinanzierungsmöglichkeiten könnten sich negativ auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

Wettbewerbsrisiko

Die Emittentin ist in einem intensiven Wettbewerb in den Regionen, in denen sie tätig ist, ausgesetzt. Intensiver Wettbewerb mit anderen Banken und Finanzdienstleistern bzw. eine sich verschärfende Wettbewerbssituation auf dem Heimmarkt Österreich, können die Gewinnmargen weiter unter Druck setzen und die Geschäfts- Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich nachteilig beeinflussen. Insbesondere unterliegt die Emittentin dem Risiko der Verschärfung des Wettbewerbs im Sektor der österreichischen Wohnbaubanken und Wohnbaufinanzierer. In der Vergangenheit war hier bereits ein zunehmender Wettbewerb feststellbar. Es ist zu erwarten, dass sich dieser in Zukunft noch weiter verschärfen könnte, wodurch es zu einer Reduktion des frei verfügbaren Kapitals für die Emittentin kommen könnte. Nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin können für diesen Fall nicht ausgeschlossen werden.

Risiko aus Handelsgeschäften

Die Erlöse der Emittentin aus Handelsgeschäften (Zinshandel, Devisenhandel und Wertpapierhandel) können auf Grund ungünstiger Marktverhältnisse oder ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen sinken. Dies kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin zur Folge haben.

Kontrahentenrisiko

Die Emittentin ist bei Handelsgeschäften dem Risiko ausgesetzt, dass Vertragspartner („Kontrahenten“, insbesondere andere Banken und Finanzinstitute) ihre Verpflichtungen aus den Handelsgeschäften nicht vereinbarungsgemäß erfüllen. Dies kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin zur Folge haben.

Risiken aufgrund des regulatorischen Umfeldes

Die Emittentin ist ausschließlich in Österreich tätig. Die Geschäftstätigkeit der Emittentin unterliegt den österreichischen nationalen und internationalen Gesetzen und Verträgen sowie der Finanzmarktaufsicht (FMA). Eine Änderung der geltenden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin auswirken.

Risiken aufgrund von Basel II

Im Juni 2006 wurden zwei EU-Richtlinien (2006/48/EG vom 14.06.2006 und 2006/49/EG vom 14.06.2006) erlassen; Die Bestimmungen sind - mit Ausnahme einzelner Übergangsbestimmungen, die mit 01.01.2008 in Kraft getreten sind – am 01.01.2007 in Kraft getreten („Basel II“). Die Einführung von Basel II hat zu einer weitgehend neuen, risikoadäquaten Berechnung der Eigenmittelanforderungen, der Einführung adäquater Risikomanagementsysteme, deren Überwachung durch die Finanzaufsicht sowie zur Erhöhung der Transparenz durch verstärkte Offenlegungspflichten der Kreditinstitute geführt. Aufgrund von Basel II ergeben sich für die Emittentin ein erhöhter administrativer Aufwand und

höhere Verwaltungskosten sowie höhere Kapitalanforderungen für bestimmte Geschäfte. Dies könnte zu negativen Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin führen.

Abhängigkeit von qualifizierten Führungskräften

Der Erfolg der Emittentin hängt in hohem Maße von qualifizierten Führungskräften ab, die bei der Emittentin zum überwiegenden Teil schon seit Jahren tätig sind. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass solche qualifizierten Führungskräfte in Schlüsselpositionen auch in Zukunft für die Emittentin tätig sein werden. Der Verlust einer oder mehrerer dieser Führungskräfte könnte einen erheblichen nachteiligen Effekt auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Abhängigkeit von ausreichend vorhandenen Eigenmitteln

Die Emittentin verfügt über eine Eigenkapitalquote von 447,86% per 31.12.2007. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass diese für ein aus heutiger Sicht unabsehbares Ereignis ausreichend ist.

2. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DEN TREUGEBER HYPO TIROL AG

Der Erwerb von und die Veranlagung in Wandelschuldverschreibungen der Emittentin ist wie bereits erwähnt von der Bonität des Treugebers abhängig. Der Eintritt einer oder mehrerer der nachfolgend angeführten Risikofaktoren kann einen wesentlichen (negativen) Einfluss auf die Vermögenslage des Treugebers und in weiterer Folge der Emittentin haben.

Die nachfolgende Aufzählung dieser Risiken ist nicht abschließend, umfasst aber nach Ansicht des Treugebers aus heutiger Sicht alle wesentlichen Risiken:

Risiko der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der HYPO TIROL Gruppe

Aufgrund der Rolle des Treugebers als Konzernmutter und wesentlicher Vertrags- und Vertriebspartner, kommt dem Geschäftsverlauf der HYPO TIROL Gruppe auch im Hinblick auf den Geschäftsverlauf des Treugebers eine entscheidende Bedeutung zu. Jede Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der HYPO TIROL Gruppe birgt das Risiko, einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers zu bewirken.

Marktrisiko

Unter Marktrisiko versteht man das Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise, insbesondere wegen der Änderung von Zinssätzen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und fremder Währungen sowie Preisschwankungen von Gütern und Derivaten, Verluste entstehen. Die Nachfrage nach den vom Treugeber angebotenen Produkten und Dienstleistungen und damit ihre Ertragslage hängt im weiteren Sinn wesentlich von diesen Faktoren ab. Im engeren Sinn umfasst das Marktrisiko mögliche negative Wertveränderungen von Positionen des Handels- bzw. Bankbuches des Treugebers. Die Verwirklichung dieses Marktrisikos könnte negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers haben.

Operationales Risiko

Unter dem operationalen Risiko wird das Risiko nachteiliger Effekte durch menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, Natur- und sonstige Katastrophen, Technologieversagen und Änderungen im externen Umfeld (Event Risk) verstanden; als Beispiele seien genannt: Ausfälle von IT-Systemen, Sachschäden, Fehlverarbeitungen oder Betrugsfälle. Die Verwirklichung des Risikos könnte negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers haben.

Risiko potentieller Interessenskonflikte der Organmitglieder des Treugebers aufgrund ihrer Tätigkeit für Gesellschaften der HYPO TIROL Gruppe

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats des Treugebers üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Prokurist) in anderen Gesellschaften der HYPO Tirol Gruppe

aus. Aus dieser Tätigkeit für die HYPO TIROL Gruppe können sich potentielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei dem Treugeber ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen des Treugebers von jenen der HYPO TIROL Gruppe oder einzelner Gesellschaften derselben abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände, gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Jahresabschlusses, Gewinnausschüttung, Beteiligungen, etc.).

IT-Risiko

Die Geschäftstätigkeit des Treugebers hängt, wie bei Banken üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Ausfälle, Unterbrechungen und Sicherheitsmängel können zu Ausfällen oder Unterbrechungen der Systeme für Kundenbeziehungen, Buchhaltung, Verwahrung, Betreuung und/oder Kundenverwaltung führen. Ausfälle und Unterbrechungen der Datenverarbeitungssysteme können den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder des Treugebers vorübergehend beeinträchtigen, wodurch nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers nicht ausgeschlossen werden können.

Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement

Der Eintritt einer aus heutiger Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw. die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken kann dazu führen, dass das System des Treugebers zur Risikosteuerung und zum Risikomanagement überfordert ist bzw. versagt. Dies kann einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers haben.

Risiken des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte

Das wirtschaftliche und politische Umfeld in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz, sowie die Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte haben einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach Dienstleistungen und Finanzprodukten, die vom Treugeber entwickelt und angeboten werden. Eine Änderung des wirtschaftlichen oder politischen Umfeldes oder eine Rezession könnte sich negativ auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers auswirken. Jede Änderung der politischen und/oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz, kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse des Treugebers zur Folge haben.

Seit Mitte des Jahres 2007 kam es im Zuge des Verfalls der Immobilienpreise in den USA und in Großbritannien zu einer Neubewertung von Kreditrisiken durch die Marktteilnehmer mit weltweiten negativen Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Die gegenwärtige Finanzkrise ist von einer erheblich eingeschränkten Kreditvergabe von Banken untereinander aber auch gegenüber Dritten gekennzeichnet. Die Dauer und die weiteren Folgen der Finanzkrise sind in ihrem Umfang noch nicht abschätzbar. Risiken bestehen aber insbesondere in einer erhöhten Volatilität und Ausweitung der Credit Spreads der Märkte und damit verbundenen Liquiditätsengpässen auf den weltweiten Finanzmärkten. Im Falle einer anhaltenden Verschlechterung der Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist mit einer weiteren Einschränkung von Kreditvergaben und einem Verfall von Aktienkursen sowie von sonstigen Vermögenswerten zu rechnen und damit mit potenziell negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers.

Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen

Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers ist unter anderem auch abhängig von der Besteuerung erwirtschafteter Gewinne auf Ebene des Treugebers. Jede zukünftige Änderung der Gesetzeslage, der Rechtsprechung oder der steuerlichen Verwaltungspraxis hinsichtlich der Gewinnbesteuerung könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers nachteilig beeinflussen.

Abhängigkeit von Provisionsgeschäften

Die aus dem Bankgeschäft des Treugebers resultierenden Provisionserträge haben in den letzten Jahren wesentlich zu den gesamten Betriebserträgen beigetragen. Sollten die Provisionserträge aus dem Bankgeschäft des Treugebers in Zukunft stagnieren oder sogar fallen, kann sich daraus ein erheblich nachteiliger Einfluss auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers ergeben.

Abhängigkeit vom Wachstum

Der Konzernjahresüberschuss des Treugebers ist 2007 auf EUR 25.401.000,00 gestiegen. Es kann nicht gewährleistet werden, dass der Treugeber auch zukünftig wachsen oder sein jetziges Gewinn- und Bilanzsummen-Niveau halten können wird. Aufgrund der Wachstumsraten in den letzten Geschäftsjahren ist es zu einer Ausweitung der personellen Ressourcen gekommen, die einen erheblich nachteiligen Effekt auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers haben kann, falls das Gewinn- und Bilanzsummen-Niveau nicht annähernd gehalten werden kann.

Risiken aufgrund der Abhängigkeit von Refinanzierungsmöglichkeiten

Die Profitabilität des Treugebers hängt vom Zugang zu kostengünstigen Refinanzierungsmöglichkeiten ab. Der Zugang zu Refinanzierungsmöglichkeiten könnte sich gegenüber der Vergangenheit oder den Planungen der Bank einschränken oder verteuern, insbesondere aufgrund einer Änderung der Zinssätze. Ungünstige Refinanzierungsmöglichkeiten könnten sich negativ auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers auswirken.

Wettbewerbsrisiko

Der Treugeber ist eine regionale Bank mit dem Fokus auf das Universalbankgeschäft, Versicherungsvermittlung, Private Banking und Leasinggeschäft im Bundesland Tirol, in Italien mit Schwerpunkt Südtirol sowie in den Nischen Zürich, München und Wien. Der Treugeber ist in einem schwierigen wirtschaftlichen Heimatmarkt (Österreich) tätig. Intensiver Wettbewerb mit anderen Banken bzw. eine sich verschärfende Wettbewerbssituation, insbesondere auf dem Heimatmarkt Österreich, kann die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers erheblich nachteilig beeinflussen.

Risiko aus Handelsgeschäften

Die Erlöse des Treugebers aus Handelsgeschäften (Zinshandel, Devisenhandel und Wertpapierhandel) können auf Grund ungünstiger Marktverhältnisse oder ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen sinken. Dies kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse des Treugebers zur Folge haben.

Kontrahentenrisiko

Der Treugeber ist bei Handelsgeschäften dem Risiko ausgesetzt, dass Vertragspartner („Kontrahenten“, insbesondere andere Banken und Finanzinstitute) ihre Verpflichtungen aus den Handelsgeschäften nicht vereinbarungsgemäß erfüllen. Dies kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse des Treugebers zur Folge haben.

Risiken aufgrund des regulatorischen Umfeldes

Der Treugeber ist in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz tätig. Die Geschäftstätigkeit des Treugebers unterliegt den jeweiligen nationalen und internationalen Gesetzen und Verträgen sowie Aufsicht der jeweiligen Aufsichtsbehörde. Eine Änderung der geltenden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit des Treugebers auswirken.

Risiken aufgrund von Basel II

Im Juni 2006 wurden zwei EU-Richtlinien (2006/48/EG vom 14.06.2006 und 2006/49/EG vom 14.06.2006) erlassen; Die Bestimmungen sind - mit Ausnahme einzelner Übergangsbestimmungen, die mit 01.01.2008 in Kraft getreten sind – am 1.1.2007 in Kraft getreten ist („Basel II“). Die Einführung von Basel II hat zu einer weitgehend neuen, risikoadäquaten Berechnung der Eigenmittelanforderungen, der Einführung adäquater

Risikomanagementsysteme, deren Überwachung durch die Finanzaufsicht sowie zur Erhöhung der Transparenz durch verstärkte Offenlegungspflichten der Kreditinstitute geführt. Aufgrund von Basel II ergeben sich für den Treugeber ein erhöhter administrativer Aufwand und höhere Verwaltungskosten sowie höhere Kapitalanforderungen für bestimmte Geschäfte. Dies könnte zu negativen Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers führen.

Abhängigkeit von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern

Der Erfolg des Treugebers hängt in hohem Maße von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern ab, die beim Treugeber zum überwiegenden Teil schon seit Jahren beschäftigt sind. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass Führungskräfte und Mitarbeiter in Schlüsselpositionen auch in Zukunft für den Treugeber tätig sein werden. Der Verlust einer oder mehrerer dieser Führungskräfte und Mitarbeiter könnte einen erheblichen nachteiligen Effekt auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers haben.

Liquiditätsrisiko

Aufgrund der unterschiedlichen Fristigkeit von Forderungen und Verbindlichkeiten des Treugebers besteht das Risiko, dass der Treugeber seine gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht erfüllen kann.

Abhängigkeit von ausreichend vorhandenen Eigenmitteln

Der Treugeber verfügt über eine Eigenkapitalquote von 10,9 % per 31.12.2007. Der Treugeber kann nicht garantieren, dass diese für ein aus heutiger Sicht unabsehbares Ereignis ausreichend ist.

Kredit-, Ausfallsrisiko

Das Risiko, dass Kunden vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen, trifft den Treugeber aus Geschäften mit Privatkunden, Kommerzkunden, anderen Banken, Finanzinstitutionen und souveränen Schuldern (Staaten). Das Ausmaß uneinbringlicher Kredite sowie erforderliche Wertberichtigungen können die Geschäftsergebnisse des Treugebers erheblich negativ beeinflussen und zu zusätzlichen Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung führen.

Beteiligungsrisiko

Die Erlöse des Treugebers aus Beteiligungen können auf Grund ungünstiger Marktverhältnisse oder ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen sinken. Dies kann eine wesentliche Verschlechterung der Geschäfts- und Finanzergebnisse des Treugebers zur Folge haben.

Währungsrisiko

Wertschwankungen zwischen dem Euro und Währungen außerhalb der Eurozone, in denen der Treugeber tätig ist, können das Ergebnis und den Cash Flow des Treugebers nachteilig beeinflussen.

Länderrisiko

Der Treugeber ist durch Geschäfte mit Kunden in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz auch einem Länderrisiko ausgesetzt, welches sich nachteilig auf die Geschäftsergebnisse des Treugebers auswirken kann. Länderrisiko wird beim Treugeber in Anlehnung an ICAAP/Basel II definiert und fokussiert auf das Risiko des Zahlungsausfalles bedingt durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates sowie den Ausfall von staatlichen Schuldern. Ein Zahlungsausfall durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates und/oder ein Ausfall von staatlichen Schuldern sowie erforderliche Wertberichtigungen können die Geschäftsergebnisse des Treugebers erheblich negativ beeinflussen und zu zusätzlichen Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung führen.

3. RISIKOFAKTOREN IN BEZUG AUF DIE WERTPAPIERE

Zinsänderungsrisiko / Kursrisiko

Änderungen des Zinsniveaus führen bei bestehenden festverzinslichen Wandelschuldverschreibungen zu Kursänderungen. Steigende Zinsen führen zu fallenden Wandelschuldverschreibungskursen und umgekehrt. Je länger die Restlaufzeit von Wandelschuldverschreibungen ist, umso stärker ist die Kursänderung bei Verschiebungen des Zinsniveaus. Bei festverzinslichen Wandelschuldverschreibungen besteht somit bei gleich bleibender Bonität des Schuldners und gleich bleibenden sonstigen Rahmenbedingungen ein verkehrt proportionaler Zusammenhang zwischen Zinsniveau und Kursniveau. Auch bei variabel verzinsten Wandelschuldverschreibungen bewirkt eine Änderung des aktuellen Zinsniveaus in der Regel eine Kursänderung, die aber in der Regel wesentlich geringer ausfallen wird als bei festverzinslichen Wandelschuldverschreibungen. Werden Wandelschuldverschreibungen bis zum Laufzeitende gehalten, kommt bei Tilgung der vereinbarte Tilgungserlös zur Auszahlung. Bei Verkauf vor Laufzeitende erhält der Anleger lediglich den Marktpreis (Kurs); dieser richtet sich bei festverzinslichen Wandelschuldverschreibungen nach der Entwicklung der entsprechenden Kapitalmarkt-Zinsen, weshalb dieser auch beträchtlich unter dem Tilgungskurs liegen kann. Kursveränderungen sind bei sämtlichen Wandelschuldverschreibungen in Abhängigkeit von den diesen inhärenten Risiken (zum Beispiel Schuldnerbonität, etc.) möglich.

Steuerliche Risiken

Für das Fortbestehen der steuerlichen Situation des Anlegers zum Zeitpunkt dieses Prospekts wird ausdrücklich keine Gewähr übernommen. Insbesondere können einerseits die Steuervorteile wegfallen, welche sich nach dem Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus ergeben (d.h. die Befreiung der Zinsen von der Kapitalertragsteuer bis zu 4% vom Nominale und der Ansatz von Anschaffungskosten im Rahmen der Sonderausgaben). Andererseits können sich Gesetzeslage, Rechtsprechung oder Verwaltungspraxis zum Nachteil der Anleger ändern, mitunter sogar rückwirkend. Nachteile aus einer Veränderung der steuerlichen Situation sind ausschließliches Risiko des Anlegers und daher allein von ihm zu tragen.

Inflationsrisiko

Die Gefahr, dass infolge einer Geldentwertung ein Vermögensschaden eintritt (Inflationsrisiko) ist vor allem dann gegeben, wenn die tatsächliche Inflation stärker ausfällt als die erwartete Inflation. Das Inflationsrisiko wirkt sich einerseits auf den Realwert des vorhandenen Vermögens der Emittentin aus. Zum anderen beeinflusst das Inflationsrisiko auch den realen Ertrag, den die Emittentin durch ihr Vermögen erwirtschaften kann bzw. den Ertrag des einzelnen Anlegers, den dieser durch die Wandelschuldverschreibungen erzielen könnte. Demnach kann es bei einer höheren als der erwarteten Inflationsrate zu einer negativen Beeinflussung der Wertentwicklung der Wandelschuldverschreibungen kommen.

Operationales Risiko

Verzugs und Ausfall von Zahlungen oder verspätete Orderausführung betreffend der Wandelschuldverschreibungen sind auch infolge operationaler Risiken möglich. Unter dem operationalen Risiko wird das Risiko nachteiliger Effekte durch menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, Natur- und sonstige Katastrophen, Technologieversagen und Änderungen im externen Umfeld (Event Risk) verstanden; als Beispiele seien genannt: Ausfälle von IT-Systemen, Sachschäden, Fehlverarbeitungen oder Betrugsfälle.

Liquiditätsrisiko

Die Möglichkeit, ein Investment jederzeit zu marktgerechten Preisen zu verkaufen bzw. glattzustellen, wird Handelbarkeit (= Liquidität) genannt. Von einem liquiden Markt kann zum Beispiel dann gesprochen werden, wenn ein Anleger seine Wandelschuldverschreibungen verkaufen kann, ohne dass schon ein durchschnittlich großer Verkaufsantrag (gemessen am marktüblichen Umsatzvolumen) zu spürbaren Kursschwankungen führt und nicht oder nur auf dem deutlich niedrigeren Niveau abgewickelt werden kann. In Abhängigkeit von

Marktnachfrage und Angebot, Volumen und Platzierungsform, etc. der betreffenden Emission besteht die Unsicherheit, dass sich ein liquider Sekundärmarkt entwickelt.

Irrationale Faktoren

Letztlich sei hier auf das Risiko irrationaler Faktoren (Stimmungen, Meinungen, Gerüchte) hingewiesen, welche außerhalb jeglicher fundamentaler Entwicklungen den Ertrag einer Wandelschuldverschreibung beeinflussen können.

Kursrisiko bei Ratingveränderungen

Sollte die Rating-Agentur Moody's Investor Service das dem Treugeber erteilte Rating verändern, aussetzen oder widerrufen, kann sich das auf die Kurse der von der Emittentin treuhändig für den Treugeber begebenen Wandelschuldverschreibung während der Laufzeit negativ auswirken.

Rechtliches Risiko

Der Erwerb, das Halten oder die Veräußerung eines Wertpapiers kann in manchen Ländern oder für manche Personen verboten sein.

Risiken bei Fehlen eines aktiven liquiden Handels oder Handelsaussetzung

Es kann nicht gewährleistet werden, dass sich ein liquider Sekundärmarkt für die Wandelschuldverschreibungen entwickelt oder fortlaufend besteht. In einem solchen Fall oder auch bei vorübergehender Handelsaussetzung können die Wandelschuldverschreibungen unter Umständen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder gewünschten Preis verkauft werden.

Produktspezifische Risiken für Partizipationsscheine

Partizipationsscheine sind von Banken nach § 25 BWG begebene eigenkapitalähnliche Genussscheine, deren Inhaber sowohl an der Gewinnentwicklung als auch an den Verlusten der Emittentin teilnimmt. Im Falle einer Liquidation der Emittentin sind die Anleger der Partizipationsscheine nachrangig zu bedienen. Laufende Ausschüttungen sind nur dann möglich sind, wenn sie im Jahresgewinn Deckung finden. Im schlechtesten Fall ist daher ein Totalverlust des Kapitaleinsatzes sowie der Ausfall von Gewinnanteilen möglich. Insbesondere gilt es zu beachten, dass die Anleger der Partizipationsscheine keinen Anspruch auf Auszahlung eines Gewinnanteils haben, wenn die Emittentin sich dazu entschließt, keine Dividende an die Aktionäre auszuschütten, sondern den Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Partizipationskapital ist nicht kündbar und besteht somit auf Dauer des Unternehmens der Emittentin. Für die Anleger von Partizipationsscheinen besteht damit auch das Risiko, für eine grundsätzlich unbefristete Dauer mit seinem eingesetzten Kapital gebunden zu sein, an der Emittentin und ihrem ungewissen, möglicherweise auch negativen wirtschaftlichen Verlauf auf Dauer beteiligt zu sein, und etwaige alternative Veranlagungen nicht tätigen zu können. Mangels Börseneinführung der Partizipationsscheine besteht weiters das Risiko, dass die Partizipationsscheine nicht oder nur zu einem geringeren Wert als das bei Wandlung in Partizipationsscheine eingesetzte Kapital verkauft werden können.

III. EMITTENTENBESCHREIBUNG

1. VERANTWORTLICHE PERSONEN

1.1. Alle Personen, die für die im Registrierungsformular gemachten Angaben bzw. für bestimmte Abschnitte des Registrierungsformulars verantwortlich sind

Die Hypo-Wohnbaubank AG mit Sitz in Wien ist für die in diesem Prospekt gemachten Angaben mit Ausnahme der Angaben in Punkt IV. Angaben zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG verantwortlich.

Die Hypo-Wohnbaubank AG bestätigt diese nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

1.2. Erklärung der für das Registrierungsformular verantwortlichen Personen, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Registrierungsformular genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen um sicherzustellen, dass die genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage dieses Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. ABSCHLUSSPRÜFER

2.1 Namen und Anschrift der Abschlussprüfer der Emittentin, die für den von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum zuständig waren (einschließlich der Angabe ihrer Mitgliedschaft in einer Berufsvereinigung):

ERNST & YOUNG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

A-1220 Wien / Österreich, Wagramer Strasse 19, vertreten durch Mag. Gerhard Grabner und Dr. Elisabeth Glaser.

Ernst & Young ist ein Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

2.2. Wurden Abschlussprüfer während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums abberufen, nicht wieder bestellt oder haben sie ihr Mandat niedergelegt

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN

Die geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüsse sind unter Punkt 20 Finanzinformation detailliert dargestellt.

Aufgrund der besonderen Struktur der Emittentin sind Kennzahlenvergleiche selbst innerhalb des Bankensektors nur bedingt möglich, beziehungsweise nur in adaptierter Form aussagekräftig. Ein wichtiger Faktor sind die anrechenbaren als auch die erforderlichen Eigenmittel gemäß BWG, wie im Punkt 10 dargestellt.

Die Darstellung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederten Bilanzen zeigt folgendes Bild:

	2007	Veränderung	2006	Veränderung	2005
Aktiva	TEUR	zu Vj i. %	TEUR	zu Vj i. %	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	3.048.205	20,1	2.538.599	12,3	2.260.339
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	-100,0	1.245
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.509	-49,6	4.980	26,8	3.926
Beteiligungen	6	0,0	6	0,0	6
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	0,2	0	-100,0	1
Sachanlagen	0	0,0	0	0,0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	21	>100	0
Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0	0,0	0
	3.050.728		2.543.606		2.265.517
Passiva					
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	0	n/a	0	n/a	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.045.098	20,0	2.538.053	12,3	2.259.844
Sonstige Verbindlichkeiten	22	-15,4	26	44,4	18
Rechnungsabgrenzungsposten	7	-75,9	29	20,8	24
Rückstellungen	24	60,0	15	-61,5	39
		n/a		n/a	
Gezeichnetes Kapital	5.110	0,0	5.110	0,0	5.110
Gewinnrücklagen	113	3,7	109	2,8	106
Hafrücklage	221	0,9	219	0,5	218
Bilanzgewinn	133	195,6	45	-71,5	158
Unversteuerte Rücklagen					
	3.050.728		2.543.606		2.265.517

(Quelle: Jahresabschlüsse der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft)

4. RISIKOFAKTOREN

Siehe Punkt II. Risikofaktoren

5. ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN

5.1. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Hypo-Wohnbaubank AG wurde am 12.08.1994 in Wien (Österreich) gegründet und ist unter der Nummer 112200 a im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien eingetragen.

Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Finanzierung von Wohnbauten gemäß § 1 des Bundesgesetzes über die steuerlichen Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus in der jeweils geltenden Fassung.

Der Emissionserlös wird zweckgebunden und innerhalb von 3 Jahren für die Sanierung und Errichtung von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150m² verwendet. Im Falle einer Vermietung darf die Miete jenen Betrag nicht übersteigen, der für die Zuerkennung von Mitteln aus der Wohnbauförderung maßgebend ist.

Die Hypo-Wohnbaubank AG verzeichnete in den letzten Geschäftsjahren einen steigenden Emissionszuwachs. 2005 EUR 436.900.000,00, 2006 EUR 291.000.000,00 und 2007 EUR 640.000.000,00.

Der Emissionsstand betrug zum 31.12.2005 EUR 2.220.000.000,00 zum 31.12.2006 EUR 2.491.000.000,00 und zum 31.12.2007 EUR 3.100.000.000,00.

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist ausschließlich für die einzelnen Landes-Hypothekenbanken tätig. Deren Rating stellt sich momentan wie folgt dar:

HYPO	STANDARD & POOR'S	MOODY'S
HYPO-BANK BURGENLAND AG		
HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG		A2
Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft	A+	
Hypo Investmentbank Aktiengesellschaft	A+	
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	A	
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK Aktiengesellschaft		
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft		
HYPO TIROL BANK AG		Aa1
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft		Aa1

(Moody's Investors Service Limited; Standard & Poor's)

Die Emittentin bestätigt, dass Angaben im Bezug auf Ratings der Landeshypothekenbanken korrekt wiedergegeben wurden und keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten.

5.1.1. Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Der juristische und kommerzielle Name des Emittenten lautet: „Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft“.

5.1.2. Ort der Registrierung der Emittentin und Registrierungsnummer

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist im Firmenbuch Wien unter der Nummer FN 112200 a eingetragen.

5.1.3. Datum der Gründung und Existenzdauer der Emittentin

Das Datum der Gründung war: 12.08.1994. Die Gesellschaft wurde auf unbestimmte Zeit errichtet.

5.1.4. Rechtsform und Sitz der Emittentin sowie die Rechtsordnung in der sie tätig ist, Land der Gründung der Gesellschaft, Geschäftsanschrift und Telefonnummer

Der Sitz der Gesellschaft lautet:

Brucknerstrasse 8, A-1043 Wien, Österreich, Tel:+ 43 1 505 87 32 24 und 29, Fax:+ 43 1 505 87 32 65, Bankleitzahl 19730, DVR:0942901

Die Hypo-Wohnbaubank ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht.

5.1.5. Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Emittentin

Wichtige Ereignisse haben in letzter Zeit nicht stattgefunden.

5.2. Investitionen

Es wurden weder im Zeitraum der historischen Finanzinformationen noch im laufenden Geschäftsjahr wichtige Investitionen durchgeführt, noch sind solche geplant.

6. GESCHÄFTSÜBERBLICK

6.1. Haupttätigkeitsbereiche

6.1.1. Beschreibung der Wesensart der Geschäfte der Emittentin und ihrer Haupttätigkeiten (sowie der damit im Zusammenhang stehenden Schlüsselfaktoren) unter Angabe der wichtigsten Arten der vertriebenen

Produkte und/oder erbrachten Dienstleistungen, und zwar für jedes Geschäftsjahr innerhalb des Zeitraums, der von den historischen Finanzinformationen abgedeckt wird

Geschäftsgegenstand der Emittentin ist schwerpunktmäßig die Finanzierung von Wohnbauten gemäß § 1 des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues, BGBl. Nr. 253/1993 idF BGBl. I Nr. 162/2001. Der Emissionserlös muss zur Errichtung und Sanierung von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150 m² zur Verfügung stehen und innerhalb von 3 Jahren zur Bedeckung der Errichtungskosten verwendet werden. Im Falle einer Vermietung darf die Miete jenen Betrag nicht übersteigen, der für die Zuerkennung von Mitteln aus der Wohnbauförderung maßgebend ist. Zur Erreichung des Geschäftszweckes werden bzw. können folgende Bankgeschäfte betrieben werden:

§ 1 Abs 1 Z 1 BWG:

Die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagegeschäft);

§ 1 Abs 1 Z 2 BWG:

Die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft) im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 3 BWG;

§ 1 Abs 1 Z 3 BWG:

Das Kreditgeschäft, eingeschränkt auf die Kredit- oder Darlehensgewährung im Zusammenhang mit dem Ankauf, der Errichtung, der Verwertung und der Sanierung von Immobilien mit überwiegender Wohnnutzung sowie von Grundstücken sowie Schuldeinlösungen für die vorgenannten Zwecke;

§ 1 Abs 1 Z 8 BWG:

Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantieg Geschäft) im Zusammenhang mit der Errichtung und der Verwertung von Wohnbauten;

§ 1 Abs 1 Z 10 BWG:

Die Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft) eingeschränkt auf die Ausgabe nicht fundierter festverzinslicher Wertpapiere, insbesondere auch in Form von Wandelschuldverschreibungen (, zur Refinanzierung mit dem Kreditgeschäft gemäß Z 3 BWG;

§ 1 Abs 1 Z 15 BWG:

Das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft) im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 3 BWG;

§ 1 Abs 1 Z 18 BWG:

Die Vermittlung von Geschäften nach § 1 Abs 1 Z 1 und Z 3 BWG im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 3 BWG;

§ 1 Abs. 1 Z 20 BWG

Die Ausgabe von elektronischem Geld (E-Geldgeschäft);

Der Unternehmensgegenstand umfasst ferner:

1. Den Erwerb von Immobilien, Grundstücken und grundstücksähnlichen Rechten (einschließlich Superädifikaten und Baurechten), die Errichtung von Gebäuden, insbesondere von Wohnbauten auf diesen Grundstücken und die kommerzielle Nutzung dieser Grundstücke und grundstücksähnlichen Rechte und der Gebäude, vor allem durch gewerbliche Vermietung oder durch den Abschluss von Leasingverträgen;

2. den Erwerb und die kommerzielle Nutzung von beweglichen Wirtschaftsgütern, insbesondere durch gewerbliche Vermietung oder durch den Abschluss von Leasingverträgen;
3. den Erwerb, die Haltung, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand sowie die Übernahme der Geschäftsführung in diesen.
4. Der Handel mit Waren aller Art.

Die Gesellschaft ist innerhalb dieser Grenzen im In- und Ausland zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft ist weiter berechtigt, Tochtergesellschaften zu gründen.

6.1.2. Angabe etwaiger wichtiger neuer Produkte und/oder Dienstleistungen, die eingeführt wurden, und — in dem Maße, wie die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen offen gelegt wurde — Angabe des Stands der Entwicklung

Wichtige neue Produkte und oder Dienstleistungen wurden nicht eingeführt, noch ist die Einführung geplant.

6.2. Wichtigste Märkte einschließlich einer Aufschlüsselung der Gesamtumsätze nach Art der Tätigkeit und geographischem Markt für jedes Geschäftsjahr innerhalb des Zeitraums der vom historischen Zeitraum abgedeckt wird

Als Spezialbank refinanziert die Hypo-Wohnbaubank AG das Wohnbaugeschäft der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ausschließlich in Österreich. Eine Aufschlüsselung der regionalen Märkte ist daher nicht notwendig.

6.3. Außergewöhnliche Faktoren

Treffen nicht zu.

6.4. Kurze Angaben über die etwaige Abhängigkeit der Emittentin in Bezug auf Patente und Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträge oder neue Herstellungsverfahren, wenn diese Faktoren von wesentlicher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit oder die Rentabilität der Emittentin sind

Treffen nicht zu.

6.5. Grundlage für etwaige Angaben der Emittentin zu ihrer Wettbewerbsposition

Die Hypo-Wohnbaubank AG trifft in diesem Prospekt keine Aussagen zur eigenen Wettbewerbsposition.

7. ORGANISATIONSSTRUKTUR

Eigentümer der Hypo-Wohnbaubank AG sind sämtliche Landes-Hypothekenbanken sowie die Hypo Investmentbank AG. Zur Aktionärsstruktur siehe Punkt 18 Hauptaktionäre.

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat keine Tochtergesellschaften.

8. SACHANLAGEN

Trifft nicht zu.

9. ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE

9.1. Finanzlage

Im Jahr 2007 wurde die erfolgreiche Entwicklung der Hypo-Wohnbaubank AG fortgesetzt. Mit EUR 640.000.000,00 Emissionsvolumen konnte das emissionsstärkste Jahr in der Geschichte der Hypo-Wohnbaubank AG verzeichnet werden. Die Bilanzsumme wurde von EUR 2.544.000,00 (2006) auf EUR 3.051.000,00 (2007) gesteigert. Diese Steigerung ist

hauptsächlich auf die Begebung von Emissionen und die damit verbundene Gewährung von Darlehen zurückzuführen.

Ihre Erträge lukriert die Hypo-Wohnbaubank AG neben der Eigenmittelveranlagung ausschließlich aus der Treuhandprovisionierung der weitergeleiteten Mittel, die einen Basispunkt (0.01%) des gezeichneten Emissionsvolumens beträgt. Der Zuwachs resultiert aus der Steigerung der verwalteten Emissionen.

9.2. Betriebsergebnisse

Es sind der Emittentin keine staatlichen, wirtschaftlichen, steuerlichen, monetären oder politischen Strategien oder Faktoren bekannt, die die Geschäfte der Emittentin direkt oder indirekt wesentlich beeinträchtigt haben oder unter Umständen könnten.

9.3. Jüngste Entwicklungen

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise wurde in Österreich das Interbankenmarktstärkungsgesetz (IBSG) sowie das Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) vom Nationalrat mit dem Ziel beschlossen, im Umfang von bis zu EUR 100 Mrd unter anderem die Eigenkapitalbasis heimischer Banken zu stärken sowie das Vertrauen und die Stabilität des österreichischen Bankensektors zu sichern. Das Gesetz sieht zur Umsetzung der vorgenannten Ziele unterschiedliche Maßnahmen hinsichtlich der betroffenen Banken vor, etwa die Haftungsübernahmen von Verbindlichkeiten durch die Republik Österreich, die Zuführung von Eigenkapital bzw. den Erwerb von Gesellschaftsanteilen durch die Republik Österreich an den jeweils betroffenen Banken. Das IBSG und FinStaG traten am 27.10.2008 in Kraft, wobei das FinStaG unbefristete Geltung besitzt und das IBSG bis 31.12.2009 befristet ist.

10. EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

10.1. Angaben über die Eigenkapitalausstattung der Emittentin (sowohl kurz- als auch langfristig) **10.2. Erläuterung der Quellen und der Beträge des Kapitalflusses der Emittentin und eine ausführliche Darstellung dieser Posten**

10.1.		2007		2006		2005	
Summe Verbindlichkeiten (kurzfristig)							
	garantiert	0,00	48.309.312,59	0,00	46.716.629,58	0,00	40.236.651,15
	besichert	46.287.147,33		46.690.830,04		40.218.841,65	
	nicht garantiert / nicht besichert	22.165,26		25.799,54		17.809,50	
Summe Verbindlichkeiten (langfristig)							
	garantiert	0,00	2.996.810.421,35	0,00	2.491.362.099,06	0,00	2.219.624.904,40
	besichert	2.996.810.421,35		2.491.362.099,06		2.219.624.904,40	
	nicht garantiert / nicht besichert	0,00		0,00		0,00	
Summe Eigenkapital			5.443.945,00		5.437.500,00		5.434.800,00
a.	Gezeichnetes Kapital	5.110.000,00		5.110.000,00		5.110.000,00	
b.	gesetzliche Rücklagen	113.100,00		108.700,00		106.400,00	
c.	andere Rücklagen	220.845,00		218.800,00		218.400,00	

(Quelle Jahresabschlüsse der HYPO Wohnbaubank AG)

Die in der obiger Tabelle angegebenen Summen zum Eigenkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen und anderer Rücklagen berechnet. Zu den anrechenbaren Eigenmitteln gemäß § 23 Abs 14 BWG siehe Punkt 20.1.

Seit dem zuletzt veröffentlichten Jahresabschluss kam es zu keinen wesentlichen Veränderungen der oben angeführten Zahlen.

Kapitalflussrechnung		2007	2006	2005
A.	Kassenbestand	0,00	0,00	0,00
B.	Guthaben bei Zentralnotenbanken	0,00	0,00	0,00
	Forderungen Kreditinstitute (täglich fällig)	10.289,62	127.062,05	167.051,43
	Forderungen Kreditinstitute (sonstige)	3.048.195.185,07	2.538.472.430,96	2.260.172.377,44
C.	Wertpapierbestand	2.509.222,40	4.979.792,72	5.171.244,20
D.	Liquidität (A) + (B) + (C)	3.050.714.697,09	2.543.579.285,73	2.265.510.673,07
E.	Kurzfristige Forderungen	0,00	0,00	0,00
F.	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (täglich fällig)	0,00	0,00	0,00
G.	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (nicht täglich fällig)	48.287.147,33	46.690.830,04	40.218.841,65
H.	Andere kurzfristige Verbindlichkeiten	22.165,26	25.799,54	17.809,50
I.	Kurzfristigen Verbindlichkeiten	48.309.312,59	46.716.629,58	40.236.651,15
J.	Summe kurzfristige Verschuldung (I) - (E) - (D)	3.002.405.384,50	2.496.862.656,15	2.225.274.021,92
K.	Nicht kurzfristige Bankanleihen/Darlehen			
L.	Begebene Schuldverschreibungen	2.996.810.421,35	2.491.362.099,06	2.219.624.904,40
M.	Andere nicht kurzfristige Anleihen/Darlehen			
N.	Nicht kurzfristige Verbindlichkeiten (K) + (L) + (M)	2.996.810.421,35	2.491.362.099,06	2.219.624.904,40
O.	Summe Verschuldung (J) + (N)	-5.594.963,15	-5.500.557,09	-5.649.117,52

(Quelle: Hypo Wohnbaubank AG; einzelne Zahlen wurden dem geprüften Jahresabschluss 2007 entnommen und für die Zwecke des Prospektes neu zusammengestellt).

Es sind folgende Gesellschaften an der Hypo-Wohnbaubank AG im Sinne des § 2 Z 3 BWG qualifiziert beteiligt:

	%
HYPO - BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	12,5
HYPO ALPE-ADRIA-BANK Aktiengesellschaft	12,5
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	12,5
HYPO TIROL BANK Aktiengesellschaft	12,5
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	12,5
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK Aktiengesellschaft	12,5
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	12,5

Die übrigen 12,5% werden je zur Hälfte von der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und der HYPO Investmentbank AG gehalten.

Das Grundkapital beträgt EUR 5.110.000,00 und ist in 70.000 Stückaktien im Nennbetrag à EUR 73,00 geteilt. Von diesem Grundkapital halten oben genannte Gesellschaften jeweils Aktien im Nennbetrag von EUR 638.750,00 (8.750 Stückaktien à EUR 73,00). Ausgenommen davon sind die Niederösterreichische Landesbank – Hypothekenbank AG und Hypo Investmentbank AG mit einem Nennbetrag von je EUR 319.375,00 (je 4.375 Stückaktien à EUR 73,00).

Außer den angeführten Aktionären gibt es keinerlei weitere Stimmrechte und Beteiligungen am Kapital der Emittentin. Die Aktionäre erhalten Stimmrechte gemäß ihrer Beteiligung.

Da die Hypo-Wohnbaubank wie bereits im Detail dargestellt Mittel ausschließlich treuhändig aufnimmt und diese an ihre Aktionäre zur widmungsgemäßen Verwendung auf eigene Rechnung und Gefahr weitergibt, verfügt sie nur über geringe unterlegungspflichtige Aktiva. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 BWG betragen zum Stichtag 31.12.2007 EUR 5.435.845,00. Diese setzten sich zum 31.12.2007 wie folgt zusammen:

Eingezahltes Kapital	EUR	5.110.000,00
Gewinnrücklagen (gesetzliche Rücklagen)	EUR	113.100,00
Hafrücklage	EUR	220.845,00
Abzugsposten gemäß § 23 Abs. 13 Z 1 BWG	EUR	-8.100,00
Summe:	EUR	5.435.845,00

Die erforderlichen Eigenmittel beliefen sich per 31.12.2007 auf EUR 97.098,99, per 31.12.2006 auf EUR 80.628,40 und per 31.12.2005 auf EUR 71.702,84.

10.3. Angaben über den Fremdfinanzierungsbedarf und die Finanzierungsstruktur der Emittentin

Es besteht kein Fremdfinanzierungsbedarf und kein Bedarf an Finanzierungsquellen für wichtige Investitionen und Umweltfragen.

10.4. Angaben über jegliche Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung, die die Geschäfte der Emittentin direkt oder indirekt wesentlich beeinträchtigt haben oder u.U. können

Die Emittentin unterliegt als Kreditinstitut gemäß § 1 Abs 1 BWG den Eigenmittelerfordernissen gemäß § 22 BWG. Weitere Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung, die die Geschäfte der Emittentin direkt oder wesentlich beeinträchtigt haben oder Umständen beeinträchtigen können, bestehen nicht.

10.5. Angaben über erwartete Finanzierungsquellen, die zur Erfüllung der Verpflichtungen von künftigen Investitionen und Sachanlagen benötigt werden

Trifft nicht zu.

11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN

Trifft nicht zu.

12. TRENDINFORMATIONEN

12.1. Angabe der wichtigsten Trends in jüngster Zeit in Bezug auf Produktion, Umsatz und Vorräte sowie Kosten und Ausgabepreise seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres bis zum Datum des Registrierungsformulars

Seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses hat es keine wesentlichen Veränderungen gegeben.

12.2. Angaben über bekannte Trends, Unsicherheiten, Nachfrage, Verpflichtungen oder Vorfälle, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften

Es sind keine Trends, Unsicherheiten, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten des Emittenten zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

Zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag siehe Lagebericht des letzten geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2007 in Anhang 4.

13. GEWINNPROGNOSEN ODER – SCHÄTZUNGEN

Die Emittentin veröffentlicht keine Gewinnprognosen und/oder Gewinnschätzungen.

14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat zwei Organe: Den Aufsichtsrat und den Vorstand. Gemäß BWG hat der österreichische Bundesminister für Finanzen einen Staatskommissär sowie einen stellvertretenden Staatskommissär als Aufsichtsorgane für die Hypo-Wohnbaubank AG zu bestellen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Angaben zu allen Unternehmen und Gesellschaften, bei denen Mitglieder des Aufsichtsrates oder des Vorstandes während der letzten fünf Jahre Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführung- oder Aufsichtsorgane oder Partner waren.

Alle derzeit im Amt befindlichen Organmitglieder sind unter der Adresse der Hypo-Wohnbaubank AG, A-1043 Wien, Brucknerstrasse 8 und den in Punkt 14.1.1. und 14.1.2. angegebenen Adressen erreichbar.

Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in den nachfolgenden Tabellen angeführten Personen.

Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Emittentin

- ist oder war während der letzten 5 Jahre neben den unten offen gelegten Tätigkeiten Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Partner einer Gesellschaft oder eines Unternehmens außerhalb der Tochtergesellschaften der Emittentin;
- wurde während der letzten 5 Jahre in Bezug auf betrügerische Straftaten schuldig gesprochen;
- war während der letzten 5 Jahre als Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements einer Gesellschaft in die Insolvenz, die Insolvenzverwaltung oder Liquidation einer solchen Gesellschaft involviert;
- war von öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) betroffen;
- wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten als untauglich angesehen; sowie
- wurde während der letzten 5 Jahre von einem Gericht für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen
- sämtliche Vorstände haben einschlägige Erfahrung im Banken- und Finanzierungsbereich.

14.1. Namen und Geschäftsanschriften der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie ihre Stellung bei der Emittentin unter Angabe der wichtigsten Tätigkeiten, die sie außerhalb der Emittentin ausüben, sofern diese für die Emittentin von Bedeutung sind:

14.1.1. Vorstand

Vorstand:

Name/Funktion innerhalb der Hypo Wohnbaubank AG	Funktion außerhalb der Hypo Wohnbaubank AG	Position aufrecht
Dr. Hannes Leitgeb 1040 Wien, Brucknerstraße 8 Vorstandsdirektor	Mitglied im Aufsichtsrat der HYPO-Kapitalanlage- Gesellschaft m.b.H. Geschäftsführer der HYPO-Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.	Nein Ja

	Vorstand der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
DI Hans Kvasnicka 3100 St. Pölten, Neugebäudeplatz 1 Vorstandsdirektor	Vorsitzender des Vorstandes der Niederösterreichischen Landesbank – Hypothekenbank AG	Ja
	Aufsichtsrat der GEBAU-NIOBAU Gemeinnützige Baugesellschaft m.b.H.	Nein
	Aufsichtsrat der Gemeinnütze Wohn- und Siedlungsgesellschaft Schönere Zukunft, Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Geschäftsführer der EFH-Beteiligungsgesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsrat der „Wohnungseigentümer“ Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsrat der Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kirchberg am Wagram, gemeinnützige Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Prokurist der HYPO Investmentbank AG	Nein
	Aufsichtsrat der VIA DOMINORUM Grundstückverwertungs Gesellschaft m.b.H.	Nein

14.1.2. Aufsichtsrat

Name/Funktion innerhalb der Hypo Wohnbaubank AG	Funktion außerhalb der Hypo Wohnbaubank AG	Position aufrecht
Generaldirektor Dr. Andras Mitterlehner 4010 Linz, Landstraße 38 Vorsitzender des Aufsichtsrates	Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Vizepräsident im Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Vorstand der Stern & Hafferl Privatstiftung	Ja
	Vorstand der Oberösterreichischen Landesbank Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsrat der Hypo-Bildung GmbH	Ja
	Aufsichtsrat der Hypo Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft	Ja

	Aufsichtsrat der EBS Wohnungsgesellschaft mbH Linz	Ja
	Aufsichtsrat der SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
	Aufsichtsrat der WAG Wohnungsanlagen Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsrat der Oberösterreichischen Kreditgarantie-gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsrat des EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH	Ja
	Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH	Nein
	Geschäftsführer der HYPO Beteiligung Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Geschäftsführer der HYPO Vermögensverwaltung Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Vorstand der SALZBURGER LANDESHYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Nein
	Aufsichtsrat der Bürgschaftsbank Salzburg GmbH	Nein
	Aufsichtsrat der Salzburger Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH	Nein
Vorstandsdirektor Mag. Kurt Makula 9020 Klagenfurt, Alpe-Adria- Platz 1 Mitglied des Aufsichtsrates	Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo- Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo- Haftungs-Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Geschäftsführer der HYPO Consultants Holding GmbH	Ja
	Geschäftsführer der Hypo Alpe-Adria Golf GmbH	Nein
	Geschäftsführer der Consultants Group AMD GmbH	Nein
	Aufsichtsrat der BLOK 67 GmbH	Nein
	Aufsichtsrat der HYPO Consultants	Nein

	<p> Holding</p> <p> Aufsichtsrat der Golfanlage Villach – Finkenstein – Faaker See Errichtungs- und Betriebs GmbH</p> <p> Vorstand der ALPE-ADRIA AGRAR und ENERGIE PRIVATSTIFTUNG</p> <p> Vorstand der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG</p> <p> Aufsichtsrat der Hypo Alpe-Adria-Immobilien AG</p> <p> Aufsichtsrat der HYPO ALPE-ADRIA BETEILIGUNGEN GMBH</p> <p> Aufsichtsrat der Biogaspark Alpe Adria GmbH</p> <p> Aufsichtsrat der Hypo Bildung GmbH</p> <p> Aufsichtsrat der Bergbahnen Nassfeld Pramollo AG</p> <p> Geschäftsführer der Dalmatien Beteiligungs GmbH</p>	<p> Nein</p> <p> Ja</p> <p> Nein</p>
<p> Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer 5010 Salzburg, Residenzplatz 7 Mitglied des Aufsichtsrates</p>	<p> Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken</p> <p> Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H. Vorsitzender im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H. Stv. des Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs- Gesellschaft m.b.H.</p> <p> Aufsichtsrat der Schweppes Gesellschaft m.b.H.</p> <p> Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH</p> <p> Geschäftsführer der HYPO Salzburg Kommunal Leasing GmbH</p> <p> Geschäftsführer der HYPO Grund- und Bau-Leasing Gesellschaft m.b.H.</p> <p> Geschäftsführer der HYPO Mobilienleasing Gesellschaft m.b.H.</p> <p> Geschäftsführer der ALPHA HYPO Grund- und Bau-Leasing Gesellschaft m.b.H.</p> <p> Geschäftsführer der HYPO Liegenschaftsverwertungs</p>	<p> Ja</p> <p> Nein</p> <p> Nein</p> <p> Ja</p> <p> Ja</p> <p> Ja</p> <p> Ja</p> <p> Ja</p> <p> Ja</p>

	<p>Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der GAMMA HYPO Grund- und Bau-Leasing Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der OMEGA Liegenschaftsverwertungs-II Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der HYPO Beteiligung Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der HYPO Vermögensverwaltung Gesellschaft m.b.H.</p> <p>BETA HYPO Grund- und Bau-Leasing Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der OMEGA Liegenschaftsverwertungs-Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Vorstand der SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT</p> <p>Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft</p> <p>Aufsichtsrat der Salzburg Wohnbau Planungs-, Bau- und Dienstleistungs GmbH</p> <p>Aufsichtsrat der Hypo-Bildung GmbH</p> <p>Aufsichtsrat der Gasteiner Bergbahnen Aktiengesellschaft</p> <p>Aufsichtsrat der Windhager Zentralheizung Technik GmbH</p> <p>Aufsichtsrat der RealRendite Immobilien GmbH</p>	<p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Nein</p>
<p>Generaldirektor Mag. Martin Gölls 8010 Graz, Radetzkystraße 15 Mitglied des Aufsichtsrates</p>	<p>Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken</p> <p>Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs- Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Vorstand der Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft</p> <p>Aufsichtsrat der Hypo-Bildung GmbH</p> <p>Geschäftsführer der FUTURA LHB-</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p>

	RLB Leasing Holding GmbH	
	Prokurist der UniCredit Bank Austria AG	Nein
Generaldirektor Dr. Hannes Gruber 6010 Innsbruck, Meraner Straße 8 Mitglied des Aufsichtsrates	Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Nein
	Präsident im Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Stv. des Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs- Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsrat der „Wohnungseigentum“, Tiroler gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H.	Ja
	Ausländische Mandate: Präsident der Hypo Tirol Leasing Italien AG; Bozen Italien	Ja
	Präsident und geschäftsführender Verwaltungsrat der Tirol Immobilien- und Beteiligungs GmbH Bozen; Bozen Italien	Ja
Vorstandsdirektor DKfm. Dr. Jodok Simma 6901 Bregenz, Hypo-Passage 1 Mitglied des Aufsichtsrates	Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Vizepräsident im Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Nein
	Präsident im Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Nein
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs- Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Geschäftsführer der „Hypo-Rent“ Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Ja
	Geschäftsführer der Hypo Immobilien GmbH	Ja
	Vorstand der Vorarlberger Landesbank-Holding	Ja
	Vorstand der Vorarlberger Landes-	Ja

	und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	
	Vorstand der Dr. Rudolf Mandl Privatstiftung	Ja
	Aufsichtsrat der HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG	Ja
	Aufsichtsrat der HYPO EQUITY Management AG	Ja
	Aufsichtsrat der Hypo SüdLeasing GmbH	Ja
	Aufsichtsrat der Fohrenburg Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Ja
	Geschäftsführer der Hypo Versicherungsmakler GmbH	Nein
	Geschäftsführer der ASTRA- Beteiligungs AG	Nein
	Aufsichtsrat der Management Trust Holding Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsrat der Vorarlberger Kraftwerke Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsrat der „Wirtschafts-Standort Vorarlberg“ Betriebsansiedlungs GmbH	Nein
	Aufsichtsrat der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsrat der HYPO EQUITY Beteiligungs AG	Ja
	Aufsichtsrat der ATHENA Erste Beteiligungen AG	Nein
	Aufsichtsrat der ATHENA Zweite Beteiligungen AG	Nein
	Ausländische Mandate: Verwaltungspräsident der Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG, Vaduz	Ja
	Verwaltungspräsident der Hypo Vorarlberg Holding (Italien) GmbH, Bozen, Italien	Ja
	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Internationales Bankhaus Bodensee AG, Friedrichshafen	Ja

Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
Generalsekretär im Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
Geschäftsführer in der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
Geschäftsführer der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.	Ja
Geschäftsführer der Hypo-Bildung-GmbH	Ja
Aufsichtsrat der HYPO-Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.	Ja
Aufsichtsrat der PayLife Bank GmbH	Ja
Vorstand der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft	Nein
Vorstand der HYPO Investmentbank AG	Nein
Prokurist der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft	Nein
Aufsichtsrat der Niederösterreichische Vorsorgekasse AG	Nein
Aufsichtsrat der NÖ Real-Consult AG	
Aufsichtsrat der Landeskrankenhaus Tulln-Immobilienvermietung Gesellschaft m.b.H.	Nein
Aufsichtsrat der VB-Leasing International Holding GmbH	Nein
Aufsichtsrat der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen Aktiengesellschaft	Nein
Aufsichtsrat der EWU Wohnbau Unternehmensbeteiligungs-Aktiengesellschaft	Nein
Aufsichtsrat der Investkredit Investmentbank AG	Nein
Aufsichtsrat der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Austria“ Aktiengesellschaft	Nein
Aufsichtsrat der „Wohnungseigentümer“ Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H.	Nein

	Aufsichtsrat der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.	
	Geschäftsführer der LTB Beteiligungs GmbH	Nein
	Geschäftsführer der Hypo-Bildung GmbH	Ja
	Aufsichtsrat der VIA DOMINORUM Grundstückverwertungs Gesellschaft m.b.H.	Nein
Vorstandsdirektor Mag. Michael Martinek 3100 St.Pölten, Neugebäudeplatz 1 Mitglied des Aufsichtsrates	Kommanditist de Sato Reisebüro Gesellschaft m.b.H. Nfg. KG.	Ja
	Vorstand der Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsrat der Niederösterreichische Vorsorgekasse AG	Ja
	Aufsichtsrat der NÖ Beteiligungsfinanzierungen GmbH	Ja
	Vorstand der Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse	Nein
	Vorstand der Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft	Nein
	Aufsichtsrat der ATHOS Immobilien Aktiengesellschaft	Nein
	Aufsichtsrat der Sparkasse Lambach Bank-Aktiengesellschaft	Nein
	Aufsichtsrat der Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft	Nein
	Aufsichtsrat der Bausparkasse der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft	Nein

14.1.3. Staatskommissäre

Sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, hat der Bundesminister für Finanzen bei Kreditinstituten deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro übersteigt einen Staatskommissär und dessen Stellvertreter für eine Funktionsperiode von längstens fünf Jahren zu bestellen. Die Staatskommissäre und deren Stellvertreter handeln als Organe der Finanzmarktaufsicht und sind in dieser Funktion ausschließlich deren Weisungen unterworfen.

Ihnen kommen die folgenden Rechte zu:

Teilnahmerecht: Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter sind vom Kreditinstitut zu den Hauptversammlungen, Generalversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen, zu den Sitzungen des Aufsichtsrates sowie zu entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates rechtzeitig einzuladen. Auf ihren Antrag ist ihnen jederzeit das Wort zu erteilen.

Alle Niederschriften über diese Sitzungen sind dem Staatskommissär und seinem Stellvertreter zu übersenden.

Einspruchsrecht: Der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung dessen Stellvertreter haben gegen Beschlüsse der Hauptversammlung, Generalversammlung und sonstiger Mitgliederversammlungen sowie gegen Beschlüsse des Aufsichtsrates und entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates, durch die sie gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA für verletzt erachten, unverzüglich Einspruch zu erheben und hievon der FMA zu berichten. Im Einspruch haben sie anzugeben, gegen welche Vorschriften nach ihrer Ansicht der Beschluss verstößt.

Durch den Einspruch wird die Wirksamkeit des Beschlusses bis zur aufsichtsbehördlichen Entscheidung aufgeschoben. Das Kreditinstitut kann binnen einer Woche, gerechnet vom Zeitpunkt des Einspruches, die Entscheidung der FMA beantragen. Wird nicht binnen einer Woche nach Einlangen des Antrages entschieden, tritt der Einspruch außer Kraft. Wird der Einspruch bestätigt, so ist die Vollziehung des Beschlusses unzulässig.

Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger des Kreditinstituts Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Bescheide des Bundesministers für Finanzen und der Finanzmarktaufsicht erforderlich ist.

Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen des Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der Finanzmarktaufsicht mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen-Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln;

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Staatskommissäre in die Emittentin entsandt:

Name	Funktionsbeginn	Stellung
Sektionschef Dr. Arthur Winter	01.05.1999	Staatskommissär
Oberrätin Mag. Elisabeth Vitzthum	24.11.2003	Stellvertreter

14.2. Interessenkonflikte zwischen den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management

Die Hypo-Wohnbaubank AG erklärt nach bestem Wissen und Gewissen auf Basis einer von ihr durchgeführten Erhebung zur Offenlegung potenzieller Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates, dass keinerlei potentielle Interessenskonflikte zwischen den Verpflichtungen gegenüber der emittierenden Gesellschaft einerseits und den von Seiten der in Punkt 14.1. genannten Personen einschließlich deren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits, abgesehen von den wie folgt und in Verbindung mit den in Punkt 14.1. angeführten Funktionen bestehen.

Es bestehen keine Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund deren eine in Punkt 14.1. genannte Person zum Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans bzw. zum Mitglied des oberen Managements bestellt wurde.

Die in Punkt 14.1. genannten Personen halten keine Wertpapiere der Emittentin.

15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN

15.1. Betrag der gezahlten Vergütung (einschließlich etwaiger erfolgsgebundener oder nachträglicher Vergütungen) und Sachleistungen an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

An Mitglieder des Aufsichtsrates wurden und werden keine Bezüge und oder Vergünstigungen geleistet. Die Mitglieder des Vorstandes haben im Jahr 2005 Entschädigungen von insgesamt rund EUR 5.233,00, 2006 rund EUR 3.488,00 und 2007 EUR 7.080,00 erhalten.

15.2. Angabe der Gesamtbeträge, die von der Emittentin oder ihren Tochtergesellschaften als Reserve oder Rückstellungen gebildet werden, um Pensions- und Rentenzahlungen vornehmen oder ähnliche Vergünstigungen auszahlen zu können

Es bestehen keine Rückstellungen für Pensions- und Rentenzahlungen.

16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

16.1. Ende der laufenden Mandatsperiode und gegebenenfalls Angabe des Zeitraums, während dessen die jeweilige Person ihre Aufgabe ausgeübt hat

Die Mandatsperiode der beiden Vorstandsmitglieder Dr. Hannes Leitgeb und DI Hans Kvasnicka läuft jeweils bis 30.06.2010.

Die Mandatsperiode sämtlicher Mitglieder des Aufsichtsrates läuft bis zur ordentlichen Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2010.

16.2. Angaben über die Dienstleistungsverträge, die zwischen den Mitgliedern der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane und der Emittentin bzw. ihren Tochtergesellschaften geschlossen wurden und die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen oder Negativerklärung

Es bestehen keine zwischen den Mitgliedern der Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane und der Emittentin abgeschlossenen Dienstleistungsverträge, die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen.

16.3. Angaben über den Auditausschuss und den Vergütungsausschuss, einschließlich der Namen der Ausschussmitglieder und einer Zusammenfassung des Aufgabenbereichs des Ausschusses

Der Prüfungsausschuss besteht aus sämtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrates. Siehe Punkt 14.1.2. Der Aufgabenbereich des Prüfungsausschusses richtet sich nach § 63a Abs 4 BWG. Neben dem Prüfungsausschuss wurde keine separater Vergütungsausschuss eingerichtet.

16.4. Erklärung, ob die Emittentin der/den Corporate-Governance-Regelung/en im Land der Gründung der Gesellschaft genügt. Sollte die Emittentin einer solchen Regelung nicht folgen, ist eine dementsprechende Erklärung zusammen mit einer Erläuterung aufzunehmen, aus der hervorgeht, warum die Emittentin dieser Regelung nicht Folge leistet

Der österreichische Corporate Governance Kodex richtet sich vorrangig an österreichische börsennotierte Aktiengesellschaften und erlangt Geltung durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen. Die Emittentin hat keine Aktien an einer Börse notiert. Der Vorstand der Emittentin ist daher der Ansicht, dass die zwingenden Bestimmungen des österreichischen Rechts ausreichende Rahmenbedingungen für die Corporate Governance Struktur sind und hat sich aus diesem Grund nicht dem Corporate Governance Kodex unterworfen.

17. BESCHÄFTIGTE

17.1. Angabe der Zahl der Beschäftigten zum Ende des Berichtszeitraumes/im Durchschnitt für jedes Geschäftsjahr, das von den historischen Finanzinformationen abgedeckt wird

Die Hypo-Wohnbaubank AG beschäftigt und beschäftigte keine Arbeitnehmer.

17.2. Aktienbesitz und Aktienoptionen

Die Mitglieder des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgans und des oberen Managements sind weder im Besitz von Aktien der Emittentin noch haben diese eine Option auf Aktien.

17.3. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen, mittels deren Beschäftigte am Kapital der Emittentin beteiligt werden können

Derartige Vereinbarungen bestehen nicht.

18. HAUPTAKTIONÄRE

18.1. Angabe des Namens jeglicher Person, die nicht Mitglied der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane ist und die direkt oder indirekt eine Beteiligung am Kapital der Emittentin oder den entsprechenden Stimmrechten hält, die gemäß den nationalen Bestimmungen zu melden ist, zusammen mit der Angabe des Betrags der Beteiligung dieser Person, oder Negativerklärung

Es sind folgende Gesellschaften an der Hypo-Wohnbaubank AG im Sinne des § 2 Z 3 BWG qualifiziert beteiligt:

	%
HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	12,5
HYPO ALPE-ADRIA-BANK Aktiengesellschaft	12,5
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	12,5
HYPO TIROL BANK Aktiengesellschaft	12,5
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	12,5
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK Aktiengesellschaft	12,5
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	12,5

Die übrigen 12,5% werden je zur Hälfte von der Niederösterreichischen Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und der HYPO Investment AG gehalten.

Das Grundkapital beträgt EUR 5.110.000,00 und ist in 70.000 Stückaktien im Nennbetrag à EUR 73,00 geteilt. Von diesem Grundkapital halten - mit Ausnahme der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und der Hypo Investmentbank AG - oben genannte Gesellschaften jeweils Aktien im Nennbetrag von EUR 638.750,00 (8.750 Stückaktien à EUR 73,00). Die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und die Hypo Investmentbank AG halten jeweils Aktien im Nennbetrag von EUR 319.375,00 (4.375 Stückaktien à EUR 73,00).

18.2. Information über den Umstand, ob die Hauptaktionäre der Emittentin unterschiedliche Stimmrechte haben oder Negativerklärung

Außer den angeführten Aktionären gibt es keinerlei weiteren Stimmrechte und Beteiligungen am Kapital der Emittentin. Die Aktionäre erhalten Stimmrechte gemäß ihrer Beteiligung.

18.3. Sofern der Emittentin bekannt, Angabe, ob an der Emittentin unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen, und wer diese Beteiligungen hält bzw. diese Beherrschung ausübt. Beschreibung der Art und Weise einer derartigen Kontrolle und der vorhandenen Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs einer derartigen Kontrolle

Siehe Punkt 18.1. Dem Vorstand der Emittentin ist nicht bekannt, ob einzelne oder mehrere Aktionäre gemeinsam die Emittentin beherrschen und/oder kontrollieren. Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs der Kontrolle sind aus der Sicht des Vorstandes der Emittentin nicht erforderlich. Die Aktionärsrechte können nach Maßgabe des österreichischen Gesellschaftsrechts, insbesondere des Aktiengesetzes ausgeübt werden.

18.4. Beschreibung etwaiger der Emittentin bekannten Vereinbarungen, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle des Emittenten führen könnte

Der Emittentin sind keine etwaigen Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle der Emittentin führen können.

19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN

Da die Hypo-Wohnbaubank wie bereits im Detail dargestellt (siehe Punkt 10.1) Finanzmittel ausschließlich treuhändig aufnimmt und diese an ihre Aktionäre zur widmungsgemäßen Verwendung auf eigene Rechnung und Gefahr weitergibt, führt die Emittentin laufend (und momentan zu 100%) Geschäfte mit verbundenen Parteien aus.

Begebene / ausstehende Wohnbauanleihen: (in EUR Mrd.)	2005	2006	2007
(1) Oö. Landesbank	0,726	0,784	0,863
(2) HYPO TIROL BANK AG	0,463	0,497	0,508
(3) Vorarl. Landes- und Hypothekenbank AG	0,256	0,299	0,361
(4) SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	0,097	0,195	0,348
(5) Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	0,250	0,276	0,320
(6) Nö. Landesbank-Hypothekenbank AG	0,240	0,253	0,279
(7) HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG	0,092	0,092	0,212
(8) HYPO-BANK BURGENLAND AG	0,096	0,095	0,106
GESAMT:	2,220	2,491	2,997

(Quelle: Jahresabschlüsse der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft)

Die Hypo-Wohnbaubank AG lukriert von den Landeshypothekenbanken eine Treuhandprovision für die Emission von Wohnbauanleihen. Die Höhe der Treuhandprovision beträgt ein Basispunkt (0,01%) des gezeichneten Emissionsvolumens. Die Wandelschuldverschreibungen werden (wurden) treuhändig im eigenen Namen auf Rechnung der Landeshypothekenbanken begeben. Die Innenrevision der Emittentin wird durch die Hypo-Alpe-Adria-Bank International AG durchgeführt. Die Hypo-Alpe-Adria-Bank International AG erhält dafür jährlich EUR 10.000,00.

20. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN

20.1. Historische Finanzinformationen

Die nach den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung aufgestellten Jahresabschlüsse der Hypo-Wohnbaubank AG für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005 sind diesem Prospekt als Anhang 2 bis 4 angefügt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des UGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt

Eigenkapitalveränderungsrechnung

1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>
a) Einbezahltes Kapital	5.110.000,00	5.110.000,00	5.110.000,00
b) Gewinnrücklagen (gesetzliche Rücklage)	113.100,00	108.700,00	106.400,00
c) Haftrücklage	220.845,00	218.800,00	218.400,00
d) Abzugsposten immaterielle Vermögensgegenstände	-8.100,00	-96,44	-851,84
Anrechenbare Eigenmittel	<u>5.435.845,00</u>	<u>5.437.403,56</u>	<u>5.433.948,16</u>
Bemessungsgrundlage gemäß § 22 BWG	<u>1.213.737,40</u>	<u>1.007.854,95</u>	<u>896.285,44</u>
Eigenmittel in %	<u>447,86 %</u>	<u>539,50 %</u>	<u>606,27 %</u>

2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG

Bemessungsgrundlage gemäß § 22 BWG

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>
hievon gewichtete Aktiva	<u>1.213.737,40</u>	<u>1.007.854,95</u>	<u>896.285,44</u>
davon 8 % Eigenmittelerfordernis gemäß § 22 Abs 1 BWG	<u>97.099,00</u>	<u>80.628,40</u>	<u>71.702,84</u>

(Quelle: Jahresabschlüsse der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft)

Zur Kapitalflussrechnung siehe Punkt 10.1. Angaben über die Eigenkapitalausstattung der Emittentin.

20.2. Pro-forma Finanzinformationen

Es werden in den Prospekt keine Pro forma-Finanzinformationen aufgenommen.

20.3. Jahresabschluss

Die Emittentin erstellt nach den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung einen Jahresabschluss. Die Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12. 2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005 sind diesem Prospekt als Anhang 2 bis 4 angefügt.

20.4. Prüfung der historischen Finanzinformationen

20.4.1. Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, A-1220 Wien, Wagramer Strasse 19, hat in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung von Abschlussprüfungen den Jahresabschluss der Emittentin Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 274 (1) des österreichischen Unternehmensgesetzbuches versehen.

Die Wortlaute der Bestätigungsvermerke sind in den Jahresabschlüssen der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005, die dem Prospekt als Anhang 2 bis 4 angehängt sind, wiedergegeben.

Die Jahresabschlüsse 2005, 2006 und 2007 des Treugebers wurden anlässlich der Antragstellung auf Billigung des vorliegenden Prospektes bei der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

20.4.2. Angabe sonstiger Informationen im Prospekt, das von den Abschlussprüfern geprüft wurde

Es bestehen keine sonstigen Informationen, die von einem Abschlussprüfer geprüft wurden.

20.4.3. Wurden die Finanzdaten im Registrierungsformular nicht dem geprüften Jahresabschluss der Emittentin entnommen, so ist die Quelle dieser Daten und die Tatsache anzugeben, dass die Daten ungeprüft sind

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzdaten betreffend die Zwischenabschlüsse zum 30.06.2007 und 30.06.2008 (Anhang 5 und 6 zu diesem Prospekt) wurden von der Emittentin erstellt und wurden weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch prüferisch durchgesehen.

20.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen

Der letzte geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007 wurde am 24.04.2008 von der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die letzten ungeprüften Finanzinformationen der Emittentin wurden zum 30.06.2008 erstellt.

20.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen

20.6.1 Hat die Emittentin seit dem Datum des letzten geprüften Jahresabschlusses vierteljährliche oder halbjährliche Finanzinformationen veröffentlicht, so sind diese in das Registrierungsformular aufzunehmen

Die Emittentin veröffentlicht keine Zwischenfinanzinformationen.

20.6.2 Zwischenfinanzinformationen

Da dieser Prospekt mehr als neun Monate nach Ablauf des letzten geprüften Finanzjahres (2007) erstellt wurde, muss die Emittentin Zwischenfinanzinformationen über das laufende Geschäftsjahr und das vorangegangene Geschäftsjahr offenlegen, die allerdings nicht geprüft sein müssen und die sich zumindest jeweils auf die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres beziehen sollten.

Ungeprüfte Zwischenabschlüsse zum 30.06.2007 und 30.06.2008 sind diesem Prospekt als Anhang 5 und 6 angeschlossen. Die Zwischenabschlüsse wurden weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch prüferisch durchgesehen.

20.7. Dividendenpolitik

Die Dividendenausschüttung unterliegt keinen etwaigen Beschränkungen. Vom Gewinn 2005 wurden EUR 156.000,00 vor KeSt-Abzug ausgeschüttet. Für die Ausschüttung des Jahres 2005 bedeutet dies eine Dividende pro Aktie (vor KeSt-Abzug) von EUR 2,23. Für das Geschäftsjahr 2006 wurde kein Gewinn ausgeschüttet. Für das Geschäftsjahr 2007 fand wieder eine Ausschüttung in Höhe von EUR 120.000,00 statt, dies entspricht einer Dividende pro Aktie (vor KeSt-Abzug) von EUR 1,71.

20.8. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Gegen die Emittentin gab es innerhalb der letzten 12 Monate keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren bzw. wurden keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren abgeschlossen, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin auswirken bzw. ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Emittentin sind solche Verfahren auch nicht anhängig, eingeleitet oder droht deren Einleitung.

20.9. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin

Seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses sowie des ungeprüften Zwischenabschlusses zum 30.06.2008 ist es zu keinen wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Hypo-Wohnbaubank AG gekommen.

21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

21.1. Aktienkapital

21.1.1. Betrag des ausgegebenen Kapitals und für jede Kategorie des Aktienkapitals

Das Grundkapital der Emittentin beträgt EUR 5.110.000,00 und ist zur Gänze bar einbezahlt. Von dem in 70.000 Stückaktien im Nennbetrag à EUR 73,00 geteilten Grundkapital halten die unter „Hauptaktionäre“ angeführten Gesellschaften - mit Ausnahme der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und der Hypo Investmentbank AG - jeweils Aktien im Nennbetrag von EUR 638.750,00 (8.750 Stückaktien à EUR 73,00). Die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft und die Hypo Investmentbank AG halten jeweils Aktien im Nennbetrag von EUR 319.375,00 (4.375 Stückaktien à EUR 73,00).

Die satzungsmäßig mögliche bedingte Kapitalerhöhung wird vom Vorstand nur insoweit durchgeführt, als Anleger von der Gesellschaft begebener Wandelschuldverschreibungen von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (siehe Kapitel Satzung und Statuten der Gesellschaft).

21.1.2. Sollten Aktien vorhanden sein, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals sind, so sind die Anzahl und die wesentlichen Merkmale dieser Aktien anzugeben

Trifft nicht zu.

21.1.3. Angabe der Anzahl, des Buchwertes sowie des Nennwertes der Aktien, die Bestandteil des Eigenkapitals der Emittentin sind und die von der Emittentin selbst oder in ihrem Namen oder von Tochtergesellschaften der Emittentin gehalten werden

Trifft nicht zu.

21.1.4. Angabe etwaiger wandelbarer Wertpapiere, umtauschbarer Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen, wobei die geltenden Bedingungen und Verfahren für die Wandlung, den Umtausch oder die Zeichnung darzulegen sind

Eine Auflistung von derzeit laufenden Wandelschuldverschreibungen der Emittentin findet sich in der Wertpapierbeschreibung unter Punkt 6.2.

Das Wandlungsverfahren bei diesen Anleihen ist derart gestaltet, dass je Nominale EUR 1.000,00 Wandelschuldverschreibungen den Anleger zur Wandlung in 14 Stück nennwertlose Partizipationsscheine der Emittentin berechtigen. Dies entspricht einem nominellen Wandlungspreis von rd. EUR 71,43 je Partizipationsschein.

Bei in ATS begebenen Anleihen berechtigen je Nominale ATS 10.000,00 Wandelschuldverschreibungen zur Wandlung in 10 Stück Partizipationsscheine à Nominale ATS 100,00. Der nominelle Wandlungspreis entspricht diesen Anleihen somit rd. EUR 72,67 je Partizipationsschein (ATS 1.000,00).

Die Wandlungserklärung kann ausschließlich durch Ausfüllen eines diesbezüglichen von einer als Zahlstelle definierten Bank rechtzeitig vor einem Wandlungstermin kostenlos zur Verfügung gestellten Formulars gemäß den Bestimmungen des AktG erfolgen. Die Wandlungserklärung muss spätestens 15 Bankarbeitstage vor dem Wandlungstermin der jeweiligen Hauptzahlstelle mittels eingeschriebenen Briefes zugegangen sein. Die Wandlungserklärung ist für den Anleger sofort bindend und wird gegenüber der Emittentin mit fristgerechtem Eingang bei der Hauptzahlstelle wirksam.

21.1.5. Angaben über eventuelle Akquisitionsrechte und deren Bedingungen und/oder über Verpflichtungen in Bezug genehmigtes, aber noch nicht geschaffenes Kapital oder in Bezug auf Kapitalerhöhung

Trifft nicht zu.

21.1.6. Angaben über das Kapital eines jeden Mitglieds der Gruppe, worauf ein Optionsrecht besteht oder bei dem man sich bedingt oder bedingungslos darauf geeinigt hat, dieses Kapital an ein Optionsrecht zu knüpfen, sowie Einzelheiten über derlei Optionen, die auch jene Personen betreffen, die diese Optionsrechte erhalten haben

Trifft nicht zu.

21.1.7 Die Entwicklung des Aktienkapitals mit besonderer Hervorhebung der Angaben über etwaige Veränderungen, die während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums erfolgt sind

Trifft nicht zu.

21.2. Satzungen und Statuten der Gesellschaft

21.2.1. Beschreibung der Zielsetzungen der Emittentin und an welcher Stelle sie in der Satzung und den Statuten der Gesellschaft verankert sind

Die Emittentin ist eine Wohnbaubank. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs 1 der Satzung der Emittentin schwerpunktmäßig die Finanzierung von Wohnbauten gemäß § 1 des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues, BGBl Nr. 253/1993, idF BGBl Nr. 532/1993, BGBl Nr. 680/1994 und BGBl I Nr. 162/2001. Zur Erreichung des Geschäftszweckes werden folgende Bankgeschäfte betrieben:

- die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft);
- die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft) im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft;
- das Kreditgeschäft, eingeschränkt auf die Kredit- oder Darlehensgewährung im Zusammenhang mit dem Ankauf, der Errichtung, der Verwertung und der Sanierung von Immobilien mit überwiegender Wohnnutzung sowie von Grundstücken sowie Schuldeinlösungen für die vorgenannten Zwecke;
- die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen im Zusammenhang mit der Errichtung und Verwertung von Wohnbauten, soweit die übernommene Leistung in Geld zu erfolgen hat;
- die Ausgabe festverzinslicher Wertpapiere, insbesondere auch in Form von Wandelschuldverschreibungen (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft) zur Refinanzierung im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft;
- das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalbeteiligungsgeschäft) im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft;
- die Vermittlung von Geschäften nach § 1 Abs. 1 Z. 1 und Z. 3 BWG im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft;

Der Unternehmensgegenstand umfasst ferner:

- den Erwerb von Immobilien, Grundstücken und grundstücksähnlichen Rechten (einschließlich Superädifikaten und Baurechten), die Errichtung von Gebäuden, insbesondere von Wohnbauten auf diesen Grundstücken und die kommerzielle

Nutzung dieser Grundstücke und grundstücksähnlichen Rechte und der Gebäude, vor allem durch gewerbliche Vermietung oder durch den Abschluss von Leasingverträgen;

- den Erwerb und die kommerzielle Nutzung von beweglichen Wirtschaftsgütern, insbesondere durch gewerbliche Vermietung oder durch den Abschluss von Leasingverträgen;
- den Erwerb, die Haltung, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand sowie die Übernahme der Geschäftsführung in diesen.
- den Handel mit Waren aller Art.

Die Gesellschaft ist innerhalb dieser Grenzen im In- und Ausland zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft ist weiter berechtigt, Tochtergesellschaften zu errichten.

21.2.2. Zusammenfassung etwaiger Bestimmungen der Satzung und der Statuten der Emittentin sowie der Gründungsurkunde oder sonstiger Satzungen, die die Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane betreffen

Gemäß § 5 der Satzung besteht der Vorstand aus zwei bis vier Mitgliedern, wobei die Bestellung der Mitglieder durch den Aufsichtsrat erfolgt. Die Vorstandsmitglieder können höchstens auf fünf Jahre bestellt und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne von § 74 Abs 4 AktG abberufen werden. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse einstimmig, wenn er aus zwei Mitgliedern besteht, sonst mit einfacher Stimmenmehrheit.

Die Gesellschaft wird nach außen von zwei Vorstandsmitgliedern gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten. Mit den gesetzlichen Einschränkungen kann die Hypo-Wohnbaubank AG auch durch zwei Gesamtprokuristen vertreten werden. Die Erteilung von Einzelvertretungsvollmacht an Vorstandsmitglieder sowie die Erteilung von Einzelprokura oder Einzelhandlungsvollmacht ist ausgeschlossen.

Gemäß § 7 der Satzung wählt die ordentliche Hauptversammlung den Aufsichtsrat der Emittentin, der aus vier bis zwölf Mitgliedern besteht. Die Aufsichtsräte werden falls bei der Bestellung nicht eine kürzere Funktionsperiode festgelegt wird, nicht länger als bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem das Aufsichtsratsmitglied bestellt wurde, wird nicht mitgerechnet. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann seine Funktion mit sofortiger Wirkung durch eingeschriebenen Brief an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates niederlegen. Scheiden Mitglieder des Aufsichtsrates, aus welchem Grund immer, aus dem Aufsichtsrat aus, ist spätestens in der nächsten ordentlichen Hauptversammlung eine Ersatzwahl durchzuführen. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter Vorsitzender und oder ein Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, wobei bei Stimmgleichheit die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden entscheidet.

21.2.3. Beschreibung der Rechte, Vorrechte und Beschränkungen, die an jede Kategorie der vorhandenen Aktien gebunden sind

Sämtliche Aktien der der Hypo-Wohnbaubank AG sind Stückaktien. Eine Übertragung der Stückaktie ist gemäß § 3 der Satzung an die Zustimmung des Aufsichtsrates der Emittentin gebunden. Die Gesellschaft ist berechtigt auch ohne Zustimmung der Inhaber stimmrechtsloser Vorzugsaktien weitere Vorzugsaktien mit vor- oder gleichstehenden Rechten zu schaffen. Die Emittentin hat derzeit keine Vorzugsaktien ausgegeben.

21.2.4. Erläuterung, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Rechte der Inhaber von Aktien zu ändern, wobei die Fälle anzugeben sind, in denen die Bedingungen strenger ausfallen als die gesetzlichen Vorschriften

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechtes bestehen nicht.

Soweit das Gesetz nicht zwingend eine andere Mehrheit vorschreibt, beschließt die Hauptversammlung gemäß § 9 der Satzung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und in Fällen, in denen eine Kapitalmehrheit gefordert ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

21.2.5. Beschreibung der Art und Weise, wie die Jahreshauptversammlungen und die außerordentlichen Hauptversammlungen der Aktionäre einberufen werden, einschließlich der Teilnahmebedingungen

Gemäß § 9 der Satzung wird die Jahreshauptversammlung mindestens einmal im Jahr vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat einberufen und findet am Sitz der Gesellschaft statt. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaft, bei einem österreichischen Notar, bei einer inländischen Bank oder bei einer in der Einberufung zur Hauptversammlung bestimmten anderen Hinterlegungsstelle spätestens 3 Werktage vor der Hauptversammlung ihre Aktien bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen. Für die Hinterlegung müssen mindestens 14 Tage seit der Einberufung zur Verfügung stehen. Fällt der letzte Tag dieser Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag so muss auch noch der folgende Werktag zur Hinterlegung zur Verfügung stehen. Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten Samstage, Karfreitag und der 24.12.

21.2.6. Kurze Beschreibung etwaiger Bestimmungen der Satzung und der Statuten der Emittentin sowie der Gründungsurkunde oder sonstiger Satzungen, die u.U. eine Verzögerung, einen Aufschub oder sogar die Verhinderung eines Wechsels in der Kontrolle der Emittentin bewirken

Die Aktien der Emittentin sind Stückaktien, deren Übertragung an die Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft gebunden ist. Durch eine ausständige oder verweigerte Zustimmung der Emittentin können eine Verzögerung, ein Aufschub oder eine Verhinderung des Wechsels in der Kontrolle der Emittentin bewirkt werden.

21.2.7. Angabe (falls vorhanden) etwaiger Bestimmungen der Satzung und der Statuten der Emittentin sowie der Gründungsurkunde oder sonstiger Satzungen, die für den Schwellenwert gelten, ab dem der Aktienbesitz offen gelegt werden muss

Trifft nicht zu.

21.2.8. Darlegung der Bedingungen, die von der Satzung und den Statuten der Emittentin sowie der Gründungsurkunde oder sonstigen Satzungen vorgeschrieben werden und die die Veränderungen im Eigenkapital betreffen, sofern diese Bedingungen strenger sind als die gesetzlichen Vorschriften

Trifft nicht zu.

22. WESENTLICHE VERTRÄGE

Es gibt keine wesentlichen Verträge, die nicht im normalen Geschäftsablauf abgeschlossen wurden.

23. ANGABEN VON SEITEN DRITTER, ERKLÄRUNGEN VON SEITEN SACHVERSTÄNDIGER UND INTERESSENERKLÄRUNGEN

Dieser Prospekt enthält Verweise auf Daten zum Rating der Gesellschafter der Emittentin, die aus Moody's Investors Service Limited und Standard & Poor's entnommen sind. Die Gesellschaft hat die Externen Daten korrekt wiedergegeben und, soweit es der Gesellschaft

bekannt ist und sie es aus den veröffentlichten Informationen ableiten konnte, sind darin keine Tatsachen ausgelassen, die die veröffentlichten Informationen unrichtig oder irreführend gestalten würden. Anleger sollten diese Informationen dennoch sorgfältig abwägen.

Die Emittentin hat die Zahlenangaben, Marktdaten und sonstigen Informationen, die Dritte ihren Studien zu Grunde gelegt haben, nicht überprüft und übernimmt daher keine Verantwortung oder Garantie für die Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben aus Studien Dritter.

24. EINSEHBARE DOKUMENTE

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können die folgenden Dokumente oder deren Kopien am Sitz der Hypo-Wohnbaubank AG, 1043 Wien / Österreich, Brucknerstrasse 8 eingesehen werden:

- a) dieser Prospekt
- b) die Satzung des Emittenten
- c) die Jahresabschlüsse der Emittentin für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005
- d) die Zwischenabschlüsse zum 30.06.2007 und 30.06.2008

25. ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN

Trifft nicht zu.

IV. ANGABEN ZUM TREUGEGER HYPO TIROL BANK AG

1. VERANTWORTLICHE PERSONEN

1.1. Alle Personen, die für die im Registrierungsformular gemachten Angaben bzw. für bestimmte Abschnitte des Registrierungsformulars verantwortlich sind

Für die inhaltliche Richtigkeit der gemachten Angaben in Punkt IV. Angaben zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG ist die HYPO TIROL BANK AG, 6020 Innsbruck, Meraner Strasse 8, verantwortlich.

1.2. Erklärung der für das Registrierungsformular verantwortlichen Personen, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Registrierungsformular genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern können

Die HYPO TIROL BANK AG erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen wurden, die die Aussage des Prospektes wahrscheinlich verändern.

2. ABSCHLUSSPRÜFER

2.1. Namen und Anschrift der Abschlussprüfer des Treugebers, die für den von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum zuständig waren (einschließlich der Angabe ihrer Mitgliedschaft in einer Berufsvereinigung)

Die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft hat durch Dipl. Kfm. Univ. Dorotea-E. Rebmann als Wirtschaftsprüferin in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59 a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften die Konzernjahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007 und für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernjahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 zum 31.12.2005 wurde gemäß den unternehmensrechtlichen Vorschriften geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die PwC Inter-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft ist Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

2.2. Wurden Abschlussprüfer während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums abberufen, nicht wieder bestellt oder haben sie ihr Mandat niedergelegt

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN

Die geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüsse sind unter Punkt 20 Finanzinformation detailliert dargestellt.

Die Darstellung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederten Bilanzen zeigt folgendes Bild:

Aktiva

In Tsd €	Notes	2007	2006	2005	Veränderung	
					In TEUR	in %
Barreserve	(9),(39)	69.618	51.743	51.346	397	0,8
Forderungen an Kreditinstitute	(10),(40)	1.156.701	1.409.977	885.966	524.011	59,1
Forderungen an Kunden	(10),(40)	5.890.774	5.196.320	4.927.335	268.985	5,5
Risikovorsorge	(11),(41)	-112.121	-116.394	-106.588	-9.806	9,2
Handelsaktiva	(13),(42)	402.593	684.773	969.263	-284.490	-29,4
Finanzanlagen	(14),(43)	4.814.324	4.146.835	2.990.524	1.156.311	38,7
Investment Properties	(15),(44)	154.043	152.938	111.979	40.959	36,6
Immaterielle Vermögenswerte	(16),(45)	2.450	3.103	3.583	-480	-13,4
Sachanlagen	(17),(46)	113.033	92.109	90.016	2.093	2,3
Sonstige Vermögenswerte	(19),(47)	54.602	43.678	55.260	-11.582	-21,0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(20)	10.478	13.394	19.114	-5.720	-29,9
Latente Ertragsteuerausprüche	(21),(48)	119.266	82.860	56.611	26.249	46,4
SUMME AKTIVA		12.675.761	11.761.336	10.054.409	1.706.927	17,0
Buchwerte von Finance-Leasing-Verträgen		745.470	730.672	714.591	16.081	2,3

(Quelle: Jahresabschlüsse HYPO TIROL AG)

4. RISIKOFAKTOREN

Siehe Punkt II. Risikofaktoren

5. ANGABEN ÜBER DEN TREUGEBER

5.1. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung des Treugebers

Geschichte:

Die vom Land Tirol mit Beschluss des Landtages vom 12. und 15.02.1898 gegründete „Tirolische Landes-Hypothekenanstalt“ führt nunmehr seit 02.06.2000 die Bezeichnung „Hypo Tirol Bank AG“ (vormals „Landes-Hypothekenbank Tirol AG“).

Mit Gesetz vom 09.10.1997 hat der Landtag beschlossen, das bankgeschäftliche Unternehmen der Landes-Hypothekenbank Tirol in die Landes-Hypothekenbank Tirol Aktiengesellschaft einzubringen. Gemäß § 3 des Einbringungsgesetzes, bewirkt die Einbringung den Rechtsübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach § 92 BWG.

Gem. § 6 Einbringungsgesetz bleibt die Landes Hypothekenbank Tirol als Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung weiterhin bestehen und hat im Auftrag des Landes Tirol nach kaufmännischen Grundsätzen die Aktien der Hypo Tirol Bank AG, zu verwalten. Die Laufzeit des Treugebers ist nicht begrenzt.

Die Hypo Tirol Bank AG agiert in folgenden Geschäftsfeldern:

Bereich Privatkunden

Dieser Bereich besteht aus den Geschäftsstellen, einer Privat- Banking - Einheit, v.a. für Ärzte, Freiberufler, und Top-Privatkunden, einem Wohnbau Center und dem Marktservice Center. Der Treugeber bietet sämtliche Serviceleistungen im Einlagen- und Ausleihungsbereich sowie im Girozahlungsverkehr für Privatkunden.

Bereich Kommerzkunden:

Dies umfasst vor allem Gewerbe und Industrie, den Tourismussektor, Öffentliche Institutionen, und Gemeinnütziger Wohnbau.

Italien:

Bank Italien, dies umfasst Geschäftsstellen bzw. Beratungszentren in Bozen, Meran, Bruneck, Brixen, Trient. Dazu kommen freiberufliche Finanzberater und institutionelle Vertriebspartner. Im Frühjahr 2008 wurde eine neue Niederlassung in Verona eröffnet, die Schließung der Geschäftsstelle in Bruneck erfolgt per Jahresende.

Leasing Italien:

Der Fokus liegt auf dem Immobilienleasing in Verbindung mit Produktinnovationen, wie z.B. dem Seilbahnleasing.

Deutschland:

Die Eröffnung einer Niederlassung in Rosenheim ist für 2009 geplant.

Märkte:

Der wichtigste Markt des Treugebers ist die Europaregion Tirol. Dazu gehören: Tirol, Südtirol, Trentino, Süddeutschland, Schweiz und Wien.

Wien/Deutschland/Schweiz:

Im Zuge der Strategie und Aufbauorganisation aGOra wurde ein neuer Bereich Zielmärkte geschaffen. Er umfasst Wien und Umgebung, München und Zürich, die dynamischen Wachstumsmärkte im Konzern. Wien: Vor allem Finanzierungen sind hier ein Wachstumsmotor. Zürich: Vermögensverwaltung und -beratung für Devisenausländer. München: Konzentration auf Bauträger-Zwischenfinanzierungen sowie Wohnungs-Endfinanzierungen und großvolumige Investitionsfinanzierungen.

Treasury:

Dies umfasst Aktivitäten der mittel –und langfristigen Refinanzierung sowie der Veranlagung des Treugebers sowohl auf dem nationalen als auch auf dem internationalen Geld –und Kapitalmarkt. Weiters befindet sich hier das Fondsmanagement für private und institutionelle Kunden.

Immobilien/ Beteiligungen:

Immobilienmanagement, Leasing Österreich, Beteiligungsgeschäft; Hier wird auf die Kompetenz als Wohnbauträger und Bauträgerfinanzierer bzw. Immobilienspezialist gesetzt. Ein konzerneigenes Immobilienveranlagungsportfolio soll aufgebaut und gezielte Immobilieninvestments ermöglicht werden.

5.1.1. Juristischer und kommerzieller Name des Treugebers

Der juristische Name des Treugebers lautet: „HYPO TIROL BANK AG“. Der kommerzielle Name des Treugebers lautet: „HYPO Tirol“.

5.1.2. Ort der Registrierung und Registrierungsnummer des Treugebers

Die HYPO TIROL BANK AG ist beim Landesgericht Innsbruck als zuständiges Handelsgericht unter FN 171611 w eingetragen.

5.1.3. Datum der Gründung und Existenzdauer des Treugebers

Der Treugeber wurde am 01.07.1998 auf unbestimmte Zeit gegründet.

5.1.4. Rechtsform, Sitz, Rechtsordnung, Gründungsland, Geschäftsanschrift und Telefonnummer des Treugebers

Die HYPO TIROL BANK AG wurde nach dem Recht der Republik Österreich in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründet und hat ihren Sitz in Innsbruck. Die Geschäftsanschrift ist A-

6020 Innsbruck, Meraner Strasse 8. Die Telefonnummer lautet: 05 0700-7000. Die HYPO TIROL BANK AG ist in und entsprechend der Rechtsordnung der Republik Österreich tätig.

5.1.5. Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit des Treugebers

Wichtige Ereignisse haben in letzter Zeit nicht stattgefunden.

5.2. Investitionen

5.2.1. Beschreibung der wichtigsten Investitionen des Treugebers für jedes Geschäftsjahr für den Zeitraum, der von den historischen Finanzinformationen abgedeckt wird bis zum Datum des Registrierungsformulars

Mit August 2008 konnte das neue Geschäftsgebäude (die Zentrale) in der Meraner Strasse planmäßig fertig gestellt und bezogen werden.

In Verona wurde im Mai 2008 eine neue Niederlassung eröffnet, eine weitere ist in Rosenheim geplant.

Die Modernisierung zweier weiterer Geschäftsstellen in Innsbruck wird ebenfalls vorangetrieben und im Herbst fertiggestellt sein.

5.2.2. Beschreibung der wichtigsten laufenden Investitionen des Treugebers, einschließlich der geographischen Verteilung dieser Investitionen und der Finanzierungsmethode

Trifft nicht zu.

5.2.3. Angaben über die wichtigsten künftigen Investitionen des Treugebers, die von seinen Verwaltungsorganen bereits verbindlich beschlossen sind

Trifft nicht zu.

6. GESCHÄFTSÜBERBLICK

6.1. Haupttätigkeitsbereiche

6.1.1. Beschreibung der Wesensart der Geschäfte des Treugebers und seiner Haupttätigkeiten (sowie der damit im Zusammenhang stehenden Schlüsselfaktoren) unter Angabe der wichtigsten Arten der vertriebenen Produkte und/oder erbrachten Dienstleistungen, und zwar für jedes Geschäftsjahr innerhalb des Zeitraums, der von den historischen Finanzinformationen abgedeckt wird

Die HYPO TIROL BANK AG ist als Konzern im Universalbankgeschäft, Versicherungsvermittlung, Private Banking und Leasinggeschäft im Bundesland Tirol, in Italien mit Schwerpunkt Südtirol sowie in den Nischen Zürich, München und Wien tätig. Sie betreut in 21 Geschäftsstellen in Österreich, einer Niederlassung in München, fünf Zweigstellen und Beratungszentren sowie freien Finanzberatern in Italien über 80.000 Kunden. Im Mai 2008 wurde eine neue Niederlassung in Verona eröffnet, und eine weitere ist in Rosenheim geplant.

Darüber hinaus ist das Eigengeschäft des Konzerns im Bereich der Finanzanlagen, des Handelsbestandes und der verbrieften Verbindlichkeiten von wesentlicher Bedeutung.

Der Konzernabschluss 2006 wurde erstmals nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften IAS/IFRS erstellt.

Bankgeschäft lt. erteilter Konzession

§ 1 Abs. 1 Z 1 BWG:

Die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 2 BWG:

Die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 3 BWG:

Der Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen (Kreditgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 4 BWG:

Der Kauf von Schecks und Wechseln, insbesondere die Diskontierung von Wechseln (Diskontgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 5 BWG:

Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 6 BWG:

Die Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks

§ 1 Abs. 1 Z 7 BWG:

Der Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit

a) ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen- und Valutengeschäft);

b) Geldmarktinstrumenten;

c) Finanzterminkontrakten (Futures) einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung und Kauf- und Verkaufsoptionen auf die in lit. a und d bis f genannten Instrumente einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung (Termin- und Optionsgeschäft);

d) Zinsterminkontrakten, Zinsausgleichsvereinbarungen (Forward Rate Agreements, FRA), Zins- und Devisenswaps sowie Swaps auf Substanzwerte oder auf Aktienindices ("equity swaps");

e) Wertpapieren (Effektengeschäft);

f) von lit. b bis e abgeleiteten Instrumenten;

§ 1 Abs. 1 Z 8 BWG:

Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantiegeschäft) im Zusammenhang mit der Errichtung und der Verwertung von Wohnbauten;

§ 1 Abs. 1 Z 9 BWG:

Die Ausgabe von Pfandbriefen, Kommunalschuldverschreibungen und die Veranlagung des Erlöses nach den hierfür geltenden besonderen Rechtsvorschriften (Wertpapieremissionsgeschäft - ausgenommen die Ausgabe fundierter Bankschuldverschreibungen);

§ 1 Abs. 1 Z 10 BWG:

Die Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft) eingeschränkt auf die Ausgabe nicht fundierter festverzinslicher Wertpapiere, insbesondere auch in Form von Wandelschuldverschreibungen, zur Refinanzierung mit dem Kreditgeschäft gemäß Z3;

§ 1 Abs. 1 Z 11 BWG:

Die Teilnahme an der Emission Dritter eines oder mehrerer der in Z 7 lit. b bis f genannten Instrumente und die diesbezüglichen Dienstleistungen (Loroemissionsgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 15 BWG:

Das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 16 BWG:

Der Ankauf von Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die Übernahme des Risikos der Einbringlichkeit solcher Forderungen ausgenommen die Kreditversicherung - und im Zusammenhang damit der Einzug solcher Forderungen (Factoringgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 17 BWG:

Der Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt

§ 1 Abs. 1 Z 18 BWG:

Die Vermittlung von Geschäften nach

- a) Z 1, ausgenommen durch Unternehmen der Vertragsversicherung;
- b) Z 3, ausgenommen die im Rahmen der Gewerbe der Immobilienmakler und der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung vorgenommene Vermittlung von Hypothekar- und Personalkrediten;
- c) Z 7 lit. a, soweit diese das Devisengeschäft betrifft;
- d) Z 8;

§ 1 Abs. 1 Z 20 BWG:

Die Ausgabe von elektronischem Geld (E-Geldgeschäft)

6.1.2. Angabe etwaiger wichtiger neuer Produkte und/oder Dienstleistungen, die eingeführt wurden, und — in dem Maße, wie die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen offen gelegt wurde — Angabe des Stands der Entwicklung

Trifft nicht zu.

6.2. Wichtigste Märkte einschließlich einer Aufschlüsselung der Gesamtumsätze nach Art der Tätigkeit und geographischem Markt für jedes Geschäftsjahr innerhalb des Zeitraums der vom historischen Zeitraum abgedeckt wird

Der wichtigste Markt des Treugebers ist die Europaregion Tirol. Dazu gehören: Tirol, Südtirol, Trentino, Süddeutschland, Schweiz und Wien.

Berichtsperiode: 2007

Berichterstattung nach Regionen

in Tsd €	Österreich	Italien	Deutschland	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	62.082	15.411	5.983	-9.729	73.747
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-13.603	-1.200	0	-216	-15.019
Provisionsüberschuss	26.547	5.723	650	-596	32.324
Handelsergebnis	15.899	0	0	0	15.899
Verwaltungsaufwand	-61.689	-13.304	-2.773	-11.955	-89.721
sonstiges betriebliches Ergebnis	5.835	1.098	23	-49	6.907
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10.665	0	0	0	10.665
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.736	7.728	3.883	-22.545	34.802

Berichtsperiode: 2006

Berichterstattung nach Regionen

in Tsd €	Österreich	Italien	Deutschland	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	77.719	16.164	4.085	-5.167	92.801
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-17.388	-5.305	-21	0	-22.714
Provisionsüberschuss	25.731	5.757	170	47	31.705
Handelsergebnis	9.250	0	0	0	9.250
Verwaltungsaufwand	-60.956	-12.905	-1.385	-12.221	-87.467
sonstiges betriebliches Ergebnis	8.322	1.046	0	1.707	11.075
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10.153	0	0	0	10.153
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	52.831	4.757	2.849	-15.634	44.803

Berichtsperiode: 2005

Berichterstattung nach Regionen

In Tsd €	Österreich	Italien	Deutschland	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	97.436	13.965	2.321	-381	113.341
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-17.983	-2.253	0	-380	-20.616
Provisionsüberschuss	22.321	5.395	87	126	27.929
Handelsergebnis	6.952	0	0	0	6.952
Verwaltungsaufwand	-57.524	-12.871	-961	-14.846	-86.202
sonstiges betriebliches Ergebnis	2.709	-643	0	-1.029	1.037
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	892	0	0	0	892
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54.803	3.593	1.447	-16.510	43.333

Werte in: TEUR

Berichtsperiode: 2007

Berichterstattung nach Geschäftsbereichen

In Tsd €						Summe
	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Segmente
Zinsüberschuss	40.046	44.186	7.059	-7.815	-9.729	73.747
<i>davon Ergebnis aus assoziierten Unternehmen (Equity-Methode)</i>	0	0	85	0	0	85
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.042	-9.454	-2.307	0	-216	-15.019
Provisionsüberschuss	24.111	6.282	-261	2.788	-596	32.324
Handelsergebnis	0	0	0	15.899	0	15.899
Verwaltungsaufwand	-45.904	-19.895	-8.117	-3.850	-11.955	-89.721
sonstiges betriebliches Ergebnis	234	2.295	4.427	0	-49	6.907
Finanzanlageergebnis	0	0	0	10.665	0	10.665
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.445	23.414	801	17.687	-22.545	34.802
Bilanzsumme Aktiva	1.338.528	3.512.509	1.084.338	6.398.352	342.034	12.675.761
Bilanzsumme Passiva	1.784.490	764.802	89.488	9.799.149	237.832	12.675.761
Risikogewichtete Aktiva	1.174.929	2.337.419	763.642	1.437.897	158.353	5.872.240
ökonomische Eigenmittel 1)	95.962	189.624	63.004	132.078	40.322	520.990
Return on Capital Employed (ROCE) 1)	16,1%	12,3%	1,3%	13,4%	n.a.	6,7%
Cost-Income-Ratio (CIR)	71,3%	37,7%	72,3%	35,4%	n.a.	69,6%
1) ungeprüfte Zahlen auf Basis interner Managementinformationen						

Werte in: TEUR

Berichtsperiode: 2006

Berichterstattung nach Geschäftsbereichen

In Tsd €						Summe
	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Segmente
Zinsüberschuss	39.542	37.220	10.681	10.525	-5.167	92.801
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-6.393	-12.671	-3.650	0	0	-22.714
Provisionsüberschuss	23.862	5.053	-7	2.750	47	31.705
Handelsergebnis	0	0	0	9.250	0	9.250
Verwaltungsaufwand	-44.959	-17.036	-9.060	-4.191	-12.221	-87.467
sonstiges betriebliches Ergebnis	142	2.634	6.592	0	1.707	11.075
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	0	0	-181	10.334	0	10.153
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.194	15.200	4.375	28.668	-15.634	44.803
Bilanzsumme Aktiva	1.268.275	2.970.385	996.725	6.148.241	377.710	11.761.336
Bilanzsumme Passiva	1.686.639	637.284	90.513	9.092.150	254.750	11.761.336
Risikogewichtete Aktiva	1.144.386	1.851.676	720.264	1.362.238	140.982	5.219.546
unterlegte Eigenmittel	93.944	146.208	59.798	124.016	38.219	462.185
Return on Capital Employed (ROCE)	13,0%	10,4%	7,3%	23,1%	n.a.	9,7%
Cost-Income-Ratio (CIR)	70,8%	37,9%	52,5%	18,6%	n.a.	60,4%

Werte in: TEUR

Berichtsperiode: 2005

Berichterstattung nach Geschäftsbereichen

In Tsd €						Summe
	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Segmente
Zinsüberschuss	36.580	30.029	14.889	32.224	-381	113.341
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-10.164	-10.453	-372	752	-380	-20.616
Provisionsüberschuss	21.382	5.652	-712	1.481	126	27.929
Handelsergebnis	0	0	0	6.952	0	6.952
Verwaltungsaufwand	-45.603	-15.049	-6.637	-4.067	-14.846	-86.202
sonstiges betriebliches Ergebnis	-387	3.074	-620	0	-1.029	1.037
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	0	-1	-1.312	2.205	0	892
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.808	13.252	5.236	39.547	-16.510	43.333
Bilanzsumme Aktiva	1.295.542	2.781.897	925.825	4.713.651	337.494	10.054.409
Bilanzsumme Passiva	1.753.335	591.037	83.109	7.409.303	217.625	10.054.409
Risikogewichtete Aktiva	1.176.085	1.469.944	713.763	1.101.618	131.869	4.593.279
unterlegte Eigenmittel	98.794	128.266	61.596	100.371	38.323	427.350
Return on Capital Employed (ROCE)	1,8%	10,3%	8,5%	39,4%	n.a.	10,1%
Cost-Income-Ratio (CIR)	79,2%	38,8%	49,0%	10,0%	n.a.	57,8%

(Quelle: Jahresabschlüsse der HYPO TIROL AG)

6.3. Außergewöhnliche Faktoren

Trifft nicht zu.

6.4. Kurze Angaben über die etwaige Abhängigkeit des Treugebers in Bezug auf Patente und Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträge oder neue Herstellungsverfahren, wenn diese Faktoren von wesentlicher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit oder die Rentabilität des Treugebers

Trifft nicht zu.

6.5. Grundlage für etwaige Angaben zur Wettbewerbsposition

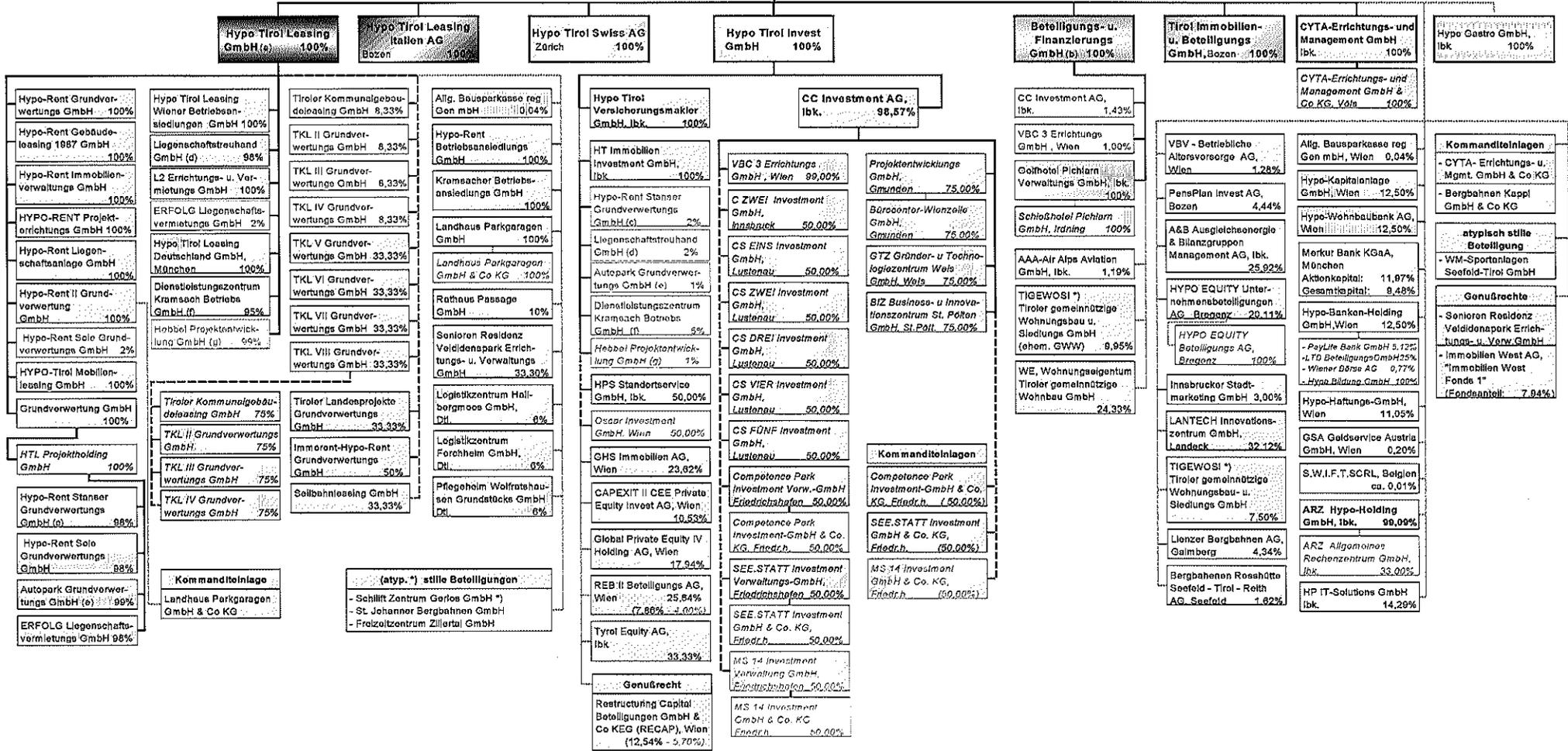
Trifft nicht zu.

7. ORGANISATIONSSTRUKTUR

7.1. Ist der Treugeber Teil einer Gruppe, kurze Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Treugebers innerhalb dieser Gruppe

Die Hypo Tirol Bank AG ist die Konzernmutter. Seit 30.9.2008 gab es keine wesentlichen Veränderungen des Konzerns.

HYPO TIROL BANK AG



7.2. Liste der wichtigsten Tochtergesellschaften des Treugebers, einschließlich Name, Land der Gründung oder des Sitzes, Anteil an Beteiligungsrechten und – falls nicht identisch – Anteil der gehaltenen Stimmrechte

HYPOTIROL LEASING GMBH, Innsbruck 100,00% 31.12.2007
Hypo-Rent Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
Hypo-Rent Gebäudeleasing 1987 Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100%
Hypo-Rent Immobilienverwaltungs-Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
HYPO-RENT Projekterrichtungs-Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
Hypo-Rent Liegenschaftsanlage-Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
Hypo-Rent II Grundverwertung GmbH, Innsbruck 100,00%
Hypo-Rent Stanser Grundverwertungs-Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
HYPO-RENT Sole Grundverwertungs-GmbH, Innsbruck 100,00%
HYPO-Tirol Mobilienleasing Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 100,00%
Grundverwertung GmbH, Innsbruck 100,00%
HYPO TIROL INVEST GmbH, Innsbruck 100,00%
Hypo Tirol Leasing Wiener Betriebsansiedlungen GmbH, Innsbruck 100,00%
Liegenschaftstreuhand GmbH, Innsbruck 100,00%
L2 Errichtungs- und Vermietungsgesellschaft mbH, Innsbruck 100,00%
Autopark Grundverwertungs GmbH, Innsbruck 100,00%
CYTA-Errichtungs- und Management GmbH, Völs 100,00%
CYTA-Errichtungs- und Management GmbH & CO KG, Völs 100,00%
CC Investment AG, Innsbruck 100,00 %
HTL Projektholding GmbH, Innsbruck 100,00%
HTL Deutschland GmbH, München 100,00%
ERFOLG Liegenschaftsvermietungs GmbH, Innsbruck 100,00%
VBC 3 Errichtungs GmbH, Wien 100,00%
Golfhotel Pichlarn Verwaltungs GmbH, Innsbruck 100,00%
Dienstleistungszentrum Kramsach Betriebsgesellschaft mbH, Innsbruck 100,00%
Hypo Tirol Leasing Italia AG, Bozen 100,00%
Tirol Immobilien und Beteiligungs GmbH (IBG), Bozen 100,00%
Hypo Tirol Swiss AG, Zürich 100,00%
Tiroler Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL II Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL III Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL IV Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL V Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL VI Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL VII Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
TKL VIII Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 33,33%
Tiroler Landesprojekte Grundverwertungs GmbH, Innsbruck 33,33%
Immorent-Hypo-Rent Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck 50,00%
Seilbahnleasing GmbH, Innsbruck 33,33%
Competence Park Investment Verwaltungs GmbH, Friedrichshafen 50,00%
Competence Park Investment Verwaltungs GmbH & CO KG, Friedrichshafen 50,00%
SEE.STATT Investment Verwaltungs-GmbH, Friedrichshafen 50,00%
SEE.STATT Investment Verwaltungs-GmbH & CoKG, Friedrichshafen 50,00%
C ZWEI Investment GmbH, Innsbruck 50,00%

8. SACHANLAGEN

Trifft nicht zu.

9. ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE

9.1. Finanzlage

Zu den Angaben zur Finanzlage des Treugebers Siehe Punkt 20 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Treugebers.

9.2. Betriebsergebnisse

9.2.1. Angaben über wichtige Faktoren, einschließlich ungewöhnlicher oder seltener Vorfälle oder neuer Entwicklungen, die die Geschäftserträge des Treugebers erheblich beeinträchtigen, und über das Ausmaß, in dem die Erträge derart geschmälert wurden

Trifft nicht zu.

9.2.2. Falls der Jahresabschluss wesentliche Veränderungen bei den Nettoumsätzen oder den Nettoerträgen ausweist, sind die Gründe für derlei Veränderungen in einer ausführlichen Erläuterung darzulegen

Trifft nicht zu.

9.2.3. Angaben über staatliche, wirtschaftliche, steuerliche, monetäre oder politische Strategien oder Faktoren, die die Geschäfte des Treugebers direkt oder indirekt wesentlich beeinträchtigt haben oder u.U. können

Trifft nicht zu.

10. EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

10.1. Angaben über die Eigenkapitalausstattung des Treugebers (sowohl kurz- als auch langfristig)

Das Grundkapital des Treugebers beträgt EUR 18.000.000,00 und ist in 2.400.000 auf den Namen lautende Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf die Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt EUR 7,50.

Das Eigenkapital des Treugebers beträgt zum 31.12.2007 nach Rücklagendotierungen EUR 379.018.000,00

In Tsd €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Available-for-Sale-Rücklagen	Rücklagen aus Währungsumrechnung	Effekte aus Erstanwendung	Konzern-gewinn	Summe Eigenkapital
Entwicklung des IFRS-Eigenkapitals								
Stand 01.01.2005	18.000	91.233	209.030	18.536	-3	5.251	2.042	344.089
Jahresgewinn	0	0	26.286	0	0	0	4.500	30.786
Währungsumrechnung	0	0	0	0	-44	0	0	-44
Bewertungsänderungen	0	0	138	0	0	0	0	138
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	683	0	0	0	683
Gesamtergebnis 2005	0	0	26.424	683	-44	0	4.500	31.563
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-1.440	-1.440
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2005	18.000	91.233	235.454	19.219	-47	5.251	5.102	374.212
Stand 01.01.2006	18.000	91.233	235.454	19.219	-47	5.251	5.102	374.212
Jahresgewinn	0	0	31.340	0	0	0	3.898	35.238
Währungsumrechnung	0	0	0	0	-68	0	0	-68
Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-14.989	0	0	0	-14.989
Gesamtergebnis 2006	0	0	31.340	-14.989	-68	0	3.898	20.181
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-5.000	-5.000
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	-6.327	0	0	0	678	-5.649
Stand 31.12.2006	18.000	91.233	260.467	4.230	-115	5.251	4.678	383.744
Stand 01.01.2007	18.000	91.233	260.467	4.230	-115	5.251	4.678	383.744
Konzernjahresüberschuss	0	0	20.101	0	0	0	5.300	25.401
Währungsumrechnung	0	0	0	0	-9	0	0	-9
Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-23.466	0	0	0	-23.466
Gesamtergebnis 2007	0	0	20.101	-23.466	-9	0	5.300	1.926
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-4.500	-4.500
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	-1.380	0	85	0	-857	-2.152
Stand 31.12.2007	18.000	91.233	279.188	-19.236	-39	5.251	4.621	379.018

(Quelle: Jahresabschlüsse der HYPO TIROL AG)

10.2. Erläuterung der Quellen und der Beträge des Kapitalflusses des Treugebers und eine ausführliche Darstellung dieser Posten

Kapitalflussrechnung

in Tsd €	2007	2006	2005
Jahresüberschuss vor Fremdanteilen	25.401	35.238	30.786
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibung / Zuschreibung auf Sach-, Anlage- und Umlaufvermögen	12.680	20.116	19.204
Dotierung / Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	-4.308	5.180	-2.304
Ergebnisse aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-8.660	-9.791	-3.001
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	4.476	7.638	6.972
Sonstige Anpassungen	-67.215	-92.800	-113.342
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus lfd. Geschäftstätigkeit nach Korrektur zahlungsunwirksamer Posten			
Forderungen an Kreditinstitute	250.797	-515.775	-191.690
Forderungen an Kunden	-691.308	-267.203	-354.347
Handelsaktiva	299.035	321.957	-154.026
Sonstige Aktiva	-8.008	17.302	2.326
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-369.521	285.244	252.779
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	436.594	179.104	370.952
Verbriefte Verbindlichkeiten	660.523	943.641	758.190
Handelsspassiva	116.695	123.009	9.245
Sonstige Verbindlichkeiten	-13.690	16.162	10.298
Erhaltene Zinsen	490.180	354.357	499.910
Gezahlte Zinsen	-410.068	-262.459	-394.458
Ertragsteuerzahlungen	-8.262	-10.222	-10.210
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	715.341	1.150.698	737.284
Mittelzufluss aus der Veräußerung / Tilgung von			
Finanzanlagen	555.008	1.117.281	543.648
Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten und Investment Properties	1.941	14.215	5.548

Mittelabfluss durch Investitionen in			
Finanzanlagen	-1.232.786	-2.276.382	-1.307.634
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-30.167	-41.395	-33.510
Sonstige Veränderungen	18.683	-10.698	6.447
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-687.321	-1.196.979	-785.501
Zahlungswirksame Veränderungen Nachrang- und Ergänzungskapital	24.488	72.384	1.080
Dividendenzahlungen	-4.500	-5.000	-1.440
Sonstige Finanzierungstätigkeit	0	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	19.988	67.384	-360
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	51.743	51.346	99.146
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	715.341	1.150.698	737.284
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-687.321	-1.196.979	-785.501

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	19.988	67.384	-360
Effekte aus Änderungen Wechselkurs, Bewertung, Konsolidierungskreis	-30.133	-20.706	777
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	69.618	51.743	51.346

(Quelle: Jahresabschlüsse der HYPO TIROL AG)

10.3. Angaben über den Fremdfinanzierungsbedarf und die Finanzierungsstruktur des Treugebers

Aktiva

In Tsd €	Notes	2007	2006	2005	Veränderung	
					in TEUR	in %
Barreserve	(9),(39)	69.618	51.743	51.346	397	0,8
Forderungen an Kreditinstitute	(10),(40)	1.156.701	1.409.977	885.966	524.011	59,1
Forderungen an Kunden	(10),(40)	5.890.774	5.196.320	4.927.335	268.985	5,5
Risikovorsorge	(11),(41)	-112.121	-116.394	-106.588	-9.806	9,2
Handelsaktiva	(13),(42)	402.593	684.773	969.263	-284.490	-29,4
Finanzanlagen	(14),(43)	4.814.324	4.146.835	2.990.524	1.156.311	38,7
Investment Properties	(15),(44)	154.043	152.938	111.979	40.959	36,6
Immaterielle Vermögenswerte	(16),(45)	2.450	3.103	3.583	-480	-13,4
Sachanlagen	(17),(46)	113.033	92.109	90.016	2.093	2,3
Sonstige Vermögenswerte	(19),(47)	54.602	43.678	55.260	-11.582	-21,0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(20)	10.478	13.394	19.114	-5.720	-29,9
Latente Ertragsteuerausprüche	(21),(48)	119.266	82.860	56.611	26.249	46,4
SUMME AKTIVA		12.675.761	11.761.336	10.054.409	1.706.927	17,0
Buchwerte von Finance-Leasing-Verträgen		745.470	730.672	714.591	16.081	2,3

(Quelle: Jahresabschlüsse der HYPO TIROL AG)

Passiva

in Tsd €	Notes	2007	2006	2005	Veränderung	
					in TEUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(23),(49)	229.827	599.128	313.639	285.489	91,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(23),(49)	3.104.042	2.666.829	2.478.391	188.438	7,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	(23),(50)	8.001.668	7.328.511	6.360.308	968.203	15,2
Handelsspassiva	(22),(51)	448.037	316.113	164.867	151.246	91,7
Rückstellungen	(24),(52)	32.704	32.738	37.364	-4.626	-12,4
Sonstige Verbindlichkeiten	(25),(53)	63.045	74.636	56.623	18.013	31,8
	davon aus laufendenden Steuerverpflichtungen	0	5.949	8.186	-2.237	-27,3
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte	(20)	2.350	4.450	6.300	-1.850	-29,4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(21),(54)	124.014	91.395	71.833	19.562	27,2
Nachrang- und Ergänzungskapital	(26),(55)	291.056	263.792	190.872	72.920	38,2
Eigenkapital	(III),(28),(56)	379.018	383.744	374.212	9.532	2,5
SUMME PASSIVA		12.675.761	11.761.336	10.054.409	1.706.927	17,0

(Quelle: Jahresabschlüsse der HYPO TIROL AG)

10.4. Angaben über jegliche Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung, die die Geschäfte des Treugebers direkt oder indirekt wesentlich beeinträchtigt haben oder u.U. können

Der Treugeber unterliegt als Kreditinstitut gemäß § 1 Abs 1 BWG den Eigenmittelerfordernissen gemäß § 22 ff BWG. Es bestehen keine darüber hinausgehenden Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung, die die Geschäfte des Treugebers direkt oder wesentlich beeinträchtigt haben oder unter Umständen beeinträchtigen können.

10.5. Angaben über erwartete Finanzierungsquellen, die zur Erfüllung der Verpflichtungen der künftigen Investitionen und Sachanlagen benötigt werden

Trifft nicht zu.

11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN

Trifft nicht zu.

12. TRENDINFORMATIONEN

12.1. Angabe der wichtigsten Trends in jüngster Zeit in Bezug auf Produktion, Umsatz und Vorräte sowie Kosten und Ausgabepreise seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres bis zum Datum des Registrierungsformulars

Seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses hat es keine wesentlichen Veränderungen gegeben.

12.2. Angaben über bekannte Trends, Unsicherheiten, Nachfrage, Verpflichtungen oder Vorfälle, die voraussichtlich die Aussichten des Treugebers zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften

Es sind keine Trends, Unsicherheiten, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten des Treugebers zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

Zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag siehe Lagebericht des letzten geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2007. Der Geschäftsbericht 2007 kann auf der Homepage des Treugebers (www.hypotirool.com) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung „Downloads – Konzern“ eingesehen werden.

13. GEWINNPROGNOSEN ODER - GEWINNSCHÄTZUNGEN

Der Treugeber veröffentlicht keine Gewinnprognosen und/oder Gewinnschätzungen.

14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT

14.1 Namen und Geschäftsanschriften der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie ihre Stellung bei dem Treugeber unter Angabe der wichtigsten Tätigkeiten, die sie außerhalb des Treugebers ausüben, sofern diese für den Treugeber von Bedeutung sind

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Angaben zu allen Unternehmen und Gesellschaften, bei denen Mitglieder des Aufsichtsrates oder des Vorstandes während der letzten fünf Jahre Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführung- oder Aufsichtsorgane oder Partner waren.

Alle derzeit im Amt befindlichen Organmitglieder sind unter der Adresse der Hypo-Tirol Bank AG, 6020 Innsbruck, Meraner Strasse 8, erreichbar.

Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in den nachfolgenden Tabellen angeführten Personen.

Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats des Treugebers

- ist oder war während der letzten 5 Jahre neben den unten offen gelegten Tätigkeiten Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Partner einer Gesellschaft oder eines Unternehmens außerhalb der Tochtergesellschaften des Treugebers;
- wurde während der letzten 5 Jahre in Bezug auf betrügerische Straftaten schuldig gesprochen;
- war während der letzten 5 Jahre als Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements einer Gesellschaft in die Insolvenz, die Insolvenzverwaltung oder Liquidation einer solchen Gesellschaft involviert;
- war von öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) betroffen;
- wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten als untauglich angesehen; sowie
- wurde während der letzten 5 Jahre von einem Gericht für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.
- sämtliche Vorstände haben einschlägige Erfahrung im Banken- und Finanzierungsbereich.

14.1.1. Vorstand

Der Vorstand des Treugebers besteht derzeit aus folgenden Mitgliedern:

Name und Funktion innerhalb der HYPO TIROL BANK AG	Wesentliche Funktionen außerhalb der HYPO TIROL BANK AG per 30.9.2008	Position aufrecht
<p>Dr. Johann Gruber, geboren 1961 Vorstandsvorsitzender</p>	<p>Aufsichtsratsmandate Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien</p> <p>Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H., Wien</p> <p>HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG, Bregenz, stellvertretender Vorsitzender</p> <p>HYPO EQUITY Beteiligungs AG, Bregenz, stellvertretender Vorsitzender</p> <p>ASTRA-Beteiligungs AG, Bregenz, stellvertretender Vorsitzender (bis 14.05.2008)</p> <p>„Wohnungseigentum“, Tiroler gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H., Innsbruck</p> <p>Tyrol Equity AG, Innsbruck</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>
<p>Dr. Günter Unterleitner, geboren 1961 Mitglied des Vorstandes</p>	<p>Aufsichtsratsmandate HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG, Bregenz</p> <p>HYPO EQUITY Beteiligungs AG, Bregenz</p> <p>ASTRA-Beteiligungs AG, Bregenz (bis 14.05.2008)</p> <p>Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungs GmbH, Innsbruck, stellvertretender Vorsitzender</p> <p>ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH, Innsbruck, stellvertretender Vorsitzender</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>
<p>Werner Pfeifer, geboren 1950 Mitglied des Vorstandes</p>	<p>Aufsichtsrats-/Verwaltungsmandate</p> <p>Allgemeine Bausparkasse reg Gen mbH, Wien</p> <p>GHS Immobilien AG, Wien</p> <p>Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H., Wien, stellvertretender Vorsitzender</p> <p>Hypo Bildung GmbH, Wien, Vorsitzender</p> <p>Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, Vorsitzender</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>

Die HYPO TIROL BANK AG wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

14.1.2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat des Treugebers besteht derzeit aus folgenden Mitgliedern:

Name und Funktion innerhalb der HYPO TIROL BANK AG	Wesentliche Funktionen außerhalb der HYPO TIROL BANK AG per 30.9.2008	Position aufrecht
Ing. Helmut Mader, geboren 1941 Vorsitzender des Aufsichtsrates	Landtagspräsident	Nein
Dr. Simon Brüggli, geboren 1955 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates	Rechtsanwalt	Ja
Dr. Toni Ebner, geboren 1957 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates	Chefredakteur Dolomiten	Ja
Dr. Siegfried Dillersberger, geboren 1942 Mitglied des Aufsichtsrates	Rechtsanwalt	Nein
Dr. Heinrich Lechner, geboren 1955 Mitglied des Aufsichtsrates Betriebsratsvorsitzender	---	---
Klaus Fuchs, geboren 1954 Mitglied des Aufsichtsrates REF Intensivkreditbetreuung	---	---
Peter Pichler, geboren 1969 Mitglied des Aufsichtsrates REF Bonitätsprüfung	---	---
Dkfm. Günter Zoller, geboren 1943 Mitglied des Aufsichtsrates	Beamter	Nein
Dr. Bernd Guggenberger, geboren 1970 Mitglied des Aufsichtsrates	Rechtsanwalt	Ja
Ingrid Walch, geboren 1964 Mitglied des Aufsichtsrates REF Fin. abwicklung Wohnbau	---	---
Dr. Jürgen Bodenseer, geboren 1947 Mitglied	Präsident der Wirtschaftskammer	Ja
Mag. Wilfried Stauder, geboren 1963 Mitglied	Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	

14.1.3. Staatskommissäre

Sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, hat der Bundesminister für Finanzen bei Kreditinstituten deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro übersteigt einen Staatskommissär und dessen Stellvertreter für eine Funktionsperiode von längstens fünf Jahren zu bestellen. Die Staatskommissäre und deren Stellvertreter handeln als Organe der Finanzmarktaufsicht und sind in dieser Funktion ausschließlich deren Weisungen unterworfen.

Ihnen kommen die folgenden Rechte zu:

Teilnahmerecht: Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter sind vom Kreditinstitut zu den Hauptversammlungen, Generalversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen, zu den Sitzungen des Aufsichtsrates sowie zu entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates rechtzeitig einzuladen. Auf ihren Antrag ist ihnen jederzeit das Wort zu erteilen. Alle Niederschriften über diese Sitzungen sind dem Staatskommissär und seinem Stellvertreter zu übersenden.

Einspruchsrecht: Der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung dessen Stellvertreter haben gegen Beschlüsse der Hauptversammlung, Generalversammlung und sonstiger Mitgliederversammlungen sowie gegen Beschlüsse des Aufsichtsrates und entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates, durch die sie gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA für verletzt erachten, unverzüglich Einspruch zu erheben und hievon der FMA zu berichten. Im Einspruch haben sie anzugeben, gegen welche Vorschriften nach ihrer Ansicht der Beschluss verstößt.

Durch den Einspruch wird die Wirksamkeit des Beschlusses bis zur aufsichtsbehördlichen Entscheidung aufgeschoben. Das Kreditinstitut kann binnen einer Woche, gerechnet vom Zeitpunkt des Einspruches, die Entscheidung der FMA beantragen. Wird nicht binnen einer Woche nach Einlangen des Antrages entschieden, tritt der Einspruch außer Kraft. Wird der Einspruch bestätigt, so ist die Vollziehung des Beschlusses unzulässig.

Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger des Kreditinstituts Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Bescheide des Bundesministers für Finanzen und der Finanzmarktaufsicht erforderlich ist.

Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen des Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der Finanzmarktaufsicht mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen-Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln;

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Staatskommissäre in den Treugeber entsandt:

Name	Funktionsbeginn	Stellung
Ministerialrat Dr. Kurt Bartl	01.03.2001	Staatskommissär
Amtsleiter Josef Dorfinger	01.03.2001	Stellvertreter

14.2 Interessenkonflikte zwischen den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management

Die HYPO Tirol AG erklärt nach bestem Wissen und Gewissen auf Basis einer von ihr durchgeführten Erhebung zur Offenlegung potenzieller Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates, dass keinerlei potentielle Interessenskonflikte zwischen den Verpflichtungen gegenüber dem Treugeber einerseits und den von Seiten der in Punkt 14.1. genannten Personen einschließlich deren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits, abgesehen von den wie folgt und in Verbindung mit den in Punkt 14.1. angeführten Funktionen bestehen.

Es bestehen keine Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund deren eine in Punkt 14.1. genannte Person zum Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans bzw. zum Mitglied des oberen Managements bestellt wurde.

Die in Punkt 14.1. genannten Personen halten keine Wertpapiere des Treugebers.

15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN

15.1. Betrag der gezahlten Vergütung (einschließlich etwaiger erfolgsgebundener oder nachträglicher Vergütungen) und Sachleistungen an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Aktivbezüge der Vorstände des Treugebers beliefen sich auf EUR 800.000,00 (Vorjahr EUR 900.000,00). Die Aufwendungen der Bank für Versorgungsbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betragen abzüglich der ASVG-Vergütungen im Berichtsjahr EUR 500.000,00 (Vorjahr EUR 800.000,00 Mio.).

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen im Jahr 2007 EUR 40.000,00. (Vorjahr EUR 40.000,00).

15.2. Angabe der Gesamtbeträge, die vom Treugeber oder seinen Tochtergesellschaften als Reserve oder Rückstellungen gebildet werden, um Pensions- und Rentenzahlungen vornehmen oder ähnliche Vergünstigungen auszahlen zu können

Der Treugeber hat Rückstellungen iHv EUR 6.839.000,00 gebildet, um Pensions- und Rentenzahlungen vorzunehmen oder ähnliche Vergünstigungen auszahlen zu können.

16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

16.1. Ende der laufenden Mandatsperiode der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Die Mandatsperiode der Vorstandsmitglieder, Dr. Johann Gruber, Dr. Günter Unterleitner und Werner Pfeifer endet per 30.06.2012.

Die Mandatsperiode der Aufsichtsratsmitglieder läuft bis zur ordentlichen Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2009.

16.2. Angaben über Dienstleistungsverträge zwischen Mitgliedern der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane und dem Treugeber bzw. Tochtergesellschaften und die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen

Es bestehen keine zwischen den Mitgliedern der Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane und dem Treugeber abgeschlossenen Dienstleistungsverträge, die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen.

16.3. Auditausschuss und Vergütungsausschuss

Der Prüfungsausschuss besteht aus folgenden Mitgliedern:

Name	Funktion
Mag. Wilfried Stauder	Vorsitzender
Dr. Toni Ebner	1. Vorsitzender-Stellvertreter
Dr. Siegfried Dillersberger	2. Vorsitzender-Stellvertreter
Dr. Jürgen Bodenseer	Mitglied
Dr. Heinrich Lechner	Mitglied
Peter Pichler	Mitglied
Dr. Bernd Guggenberger	Ersatzmitglied
Dkfm. Günter Zoller	Ersatzmitglied
Ingrid Walch	Ersatzmitglied
Klaus Fuchs	Ersatzmitglied

Der Aufgabenbereich des Prüfungsausschusses richtet sich nach § 63a Abs 4 BWG. Neben dem Prüfungsausschuss wurde kein separater Vergütungsausschuss eingerichtet.

16.4. Erklärung, ob der Treugeber der/den Corporate-Governance-Regelung/en im Land der Gründung der Gesellschaft genügt. Sollte der Treugeber einer solchen Regelung nicht folgen, ist eine dementsprechende Erklärung zusammen mit einer Erläuterung aufzunehmen, aus der hervorgeht, warum der Treugeber dieser Regelung nicht Folge leistet

Der österreichische Corporate Governance Kodex richtet sich vorrangig an österreichische börsennotierte Aktiengesellschaften. Der Treugeber hat keine Aktien an einer Börse notiert. Der Vorstand des Treugebers ist daher der Ansicht, dass die zwingenden Bestimmungen des österreichischen Rechts ausreichende Rahmenbedingungen für die Corporate Governance Struktur sind und hat sich aus diesem Grund nicht dem Corporate Governance Kodex unterworfen.

17. BESCHÄFTIGTE

17.1. Angabe der Zahl der Beschäftigten zum Ende des Berichtszeitraumes/im Durchschnitt für jedes Geschäftsjahr, das von den historischen Finanzinformationen abgedeckt wird

Im Jahresdurchschnitt hat der Treugeber 2007 812 Arbeitnehmer, 2006 787 Arbeitnehmer und 2005 731 Arbeitnehmer beschäftigt.

17.2. Aktienbesitz und Aktienoptionen der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Die Mitglieder des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgans und des oberen Managements sind weder im Besitz von Aktien des Treugebers noch haben diese eine Option auf Aktien.

17.3. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen, mittels deren Beschäftigte am Kapital des Treugebers beteiligt werden können

Derartige Vereinbarungen bestehen nicht.

18. HAUPTAKTIONÄRE

18.1. Angabe des Namens jeglicher Person, die nicht Mitglied der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane ist und die direkt oder indirekt eine Beteiligung am Kapital des Treugebers oder den entsprechenden Stimmrechten hält, die gemäß den nationalen Bestimmungen zu melden ist, zusammen mit der Angabe des Betrags der Beteiligung dieser Person, oder Negativerklärung

Das Grundkapital des Treugebers beträgt EUR 18.000.000,00 und ist in 2.400.000 auf den Namen lautende Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf die Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt EUR 7,50. Alleiniger Aktionär des Treugebers ist die Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung.

18.2. Information über den Umstand, ob die Hauptaktionäre des Treugebers unterschiedliche Stimmrechte haben oder Negativerklärung

Trifft nicht zu, der Treugeber hat nur einen Aktionär.

18.3. Sofern dem Treugeber bekannt, Angabe, ob an dem Treugeber unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen, und wer diese Beteiligungen hält bzw. diese Beherrschung ausübt. Beschreibung der Art und Weise einer derartigen Kontrolle und der vorhandenen Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs einer derartigen Kontrolle

Siehe Punkt 18.1. Der Treugeber steht im Alleineigentum der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung. Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs der Kontrolle sind aus der Sicht des Vorstandes des Treugebers nicht erforderlich. Die Aktionärsrechte können nach Maßgabe des österreichischen Gesellschaftsrechts, insbesondere des Aktiengesetzes ausgeübt werden.

18.4. Beschreibung etwaiger dem Treugeber bekannten Vereinbarungen, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle des Treugebers führen könnte

Dem Treugeber sind keine etwaigen Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle des Treugebers führen können.

19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden von der Treugeberin Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Deren Umfang stellt sich für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 wie folgt dar:

Gegenüber dem Land Tirol wird bis zum Auslaufen der Landeshaftung im Jahr 2017 eine jährliche Haftungsprovision in Höhe von EUR 727.000,00 bezahlt und im Verwaltungsaufwand erfasst. Die HYPO TIROL BANK AG verwaltet als Dienstleister für das Land Tirol die vergebenen Wohnbauförderungsdarlehen. Weiters finanziert das Unternehmen das Land Tirol zu marktüblichen Konditionen.

Die Vorschüsse und Kredite an Vorstände, Geschäftsführer der zum Konsolidierungskreis zählenden Unternehmen und Aufsichtsräte haften zum Bilanzstichtag 31.12.2005 mit EUR 400.000,00, zum 31.12.2006 mit EUR 300.000,00 und zum 31.12.2007 mit EUR 200.000 aus.

Die in den nachstehenden Tabellen unter „Verbundene Unternehmen“ ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten betreffen die Tochterunternehmen, wobei die Geschäftsbeziehungen mit den vollkonsolidierten Gesellschaften im Wege der Schuldenkonsolidierung eliminiert werden. In den Beteiligungen dargestellte Beträge betreffen im Wesentlichen die Geschäftsbeziehungen mit den assoziierten Unternehmen.

In Tsd €	Equity Beteiligungen	Sonstige Beteiligungen	Aktionäre mit signifikantem Einfluss
2007			
Forderungen an Kunden	936.881	70.996	297.544
Handelsaktiva	0	0	11.334
Forderungen	936.881	70.996	308.878
2006			
Forderungen an Kunden	902.647	63.291	308.597
Handelsaktiva	0	0	11.869
Forderungen	902.647	63.291	320.466
2005			
Forderungen an Kunden	919.377	60.494	273.991
Handelsaktiva	0	0	12.606
Forderungen	919.377	60.494	286.597

In Tsd €	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen	Aktionäre mit signifikantem Einfluss
2007			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57.998	186	55.877
Verbindlichkeiten	57.998	186	55.877
2006			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.014	73	57.928
Verbindlichkeiten	24.014	73	57.928
2005			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.363	1.013	47.915
Verbindlichkeiten	26.363	1.013	47.915

20. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DES TREUGEBERS

20.1. Historische Finanzinformation

Die in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59 a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernjahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007 und für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie der gemäß den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung erstellter Konzernjahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 zum 31.12.2005 können auf der Homepage des Treugebers (www.hypotiro.com) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung „Downloads – Konzern“ eingesehen werden.

Die Konzernabschlüsse 2005, 2006 und 2007 des Treugebers wurden anlässlich der Antragstellung auf Billigung des vorliegenden Prospektes bei der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des UGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

20.2. Pro-forma Finanzinformationen

Es werden in den Prospekt keine Pro forma-Finanzinformationen aufgenommen.

20.3. Jahresabschluss

Der Treugeber erstellt seit 2006 seine Konzernjahresabschlüsse in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59 a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften. Der Konzernjahresabschluss zum 31.12.2005 wurde in Übereinstimmung mit den unternehmensrechtlichen Vorschriften nach dem UGB geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Konzernjahresabschlüsse des Treugebers zum 31.12.2007, 31.12.2006 und zum 31.12.2005 können auf der Homepage des Treugebers (www.hypotiro.com) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung „Downloads – Konzern“ eingesehen werden.

Die Konzernabschlüsse 2005, 2006 und 2007 des Treugebers wurden anlässlich der Antragstellung auf Billigung des vorliegenden Prospektes bei der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

20.4. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

20.4.1. Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die PwC INTER_TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, hat die Konzernjahresabschlüsse des Treugebers für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 und für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005 unter Einbeziehung der Konzernbuchführung geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Wortlaute der Bestätigungsvermerke sind in den Jahresabschlüssen der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005 wiedergegeben und können auf der Homepage des Treugebers (www.hypotiro.com) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung „Downloads – Konzern“ eingesehen werden.

Die Konzernabschlüsse 2005, 2006 und 2007 des Treugebers wurden anlässlich der Antragstellung auf Billigung des vorliegenden Prospektes bei der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

20.4.2. Angabe sonstiger geprüfter Informationen im Prospekt, die vom Abschlussprüfer geprüft wurden

Es bestehen keine sonstigen Informationen, die von einem Abschlussprüfer geprüft wurden.

20.4.3. Wurden die Finanzdaten im Registrierungsformular nicht dem geprüften Jahresabschluss des Treugebers entnommen, so ist die Quelle dieser Daten und die Tatsache anzugeben, dass die Daten ungeprüft sind

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzdaten betreffend die Zwischenabschlüsse zum 30.06.2007 und 30.06.2008 (Anhang 7 und 8 zu diesem Prospekt) wurden vom Treugeber erstellt und wurden weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch prüferisch durchgesehen.

20.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen

Der letzte geprüfte Konzernjahresabschluss des Treugebers für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007 wurde am 26.3.2008 von der PwC INTER_TREUHAND-GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die letzten ungeprüften Finanzinformationen des Treugebers wurden zum 30.06.2008 erstellt.

20.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen

20.6.1. Hat der Treugeber seit dem Datum des letzten geprüften Jahresabschlusses vierteljährliche oder halbjährliche Finanzinformationen veröffentlicht, so sind diese in das Registrierungsformular aufzunehmen

Der Treugeber hat einen Zwischenbericht per 30.06.2008 veröffentlicht. Der Zwischenbericht wurde nicht geprüft.

20.6.2. Zwischeninformationen

Da dieser Prospekt mehr als neun Monate nach Ablauf des letzten geprüften Finanzjahres (2007) erstellt wurde, muss der Treugeber Zwischenfinanzinformationen über das laufende Geschäftsjahr und das vorangegangene Geschäftsjahr offenlegen, die allerdings nicht geprüft sein müssen und die sich zumindest jeweils auf die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres beziehen sollten.

Zwischenabschlüsse zum 30.06.2007 und 30.06.2008 sind diesem Prospekt als Anhang 7 und 8 angeschlossen. Beide Zwischenabschlüsse wurden von einem Wirtschaftsprüfer weder geprüft noch prüferisch durchgesehen.

20.7. Dividendenpolitik

Die Dividendenausschüttung unterliegt keinen etwaigen Beschränkungen. Vom Gewinn 2005 wurden EUR 5.000.000,00 ausgeschüttet. Für die Ausschüttung des Jahres 2005 bedeutet dies eine Dividende pro Aktie (vor KeSt-Abzug) von EUR 2.083,00. Für das Geschäftsjahr 2006 wurden EUR 4.500.000,00 ausgeschüttet. Dies entspricht einer Dividende pro Aktie von EUR 1.875,00. Für das Geschäftsjahr 2007 fand eine Ausschüttung in Höhe von EUR 4.500.000,00 statt, dies entspricht einer Dividende pro Aktie (vor KeSt-Abzug) von EUR 1.875,00.

20.8. Gerichts- und Schiedsverfahren

Gegen den Treugeber gab es innerhalb der letzten 12 Monate keine staatliche Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren bzw wurden keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren abgeschlossen, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität des Treugebers und/oder der Gruppe auswirken bzw. ausgewirkt haben. Nach Kenntnis des Treugebers sind solche Verfahren auch nicht anhängig, eingeleitet oder droht deren Einleitung.

20.9. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelspositionen des Treugebers

Seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses sowie des ungeprüften Zwischenabschlusses zum 30.06.2008 ist es zu keinen wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition des Treugebers gekommen.

21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

21.1. Aktienkapital

21.1.1. Betrag des ausgegebenen Kapitals und für jede Kategorie des Aktienkapitals

Das Grundkapital des Treugebers beträgt EUR 18.000.000,00 und ist in 2.400.000 auf den Namen lautende Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf die Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt EUR 7,50.

21.1.2. Sollten Aktien vorhanden sein, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals sind, so sind die Anzahl und die wesentlichen Merkmale dieser Aktien anzugeben

Trifft nicht zu.

21.1.3. Angabe der Anzahl, des Buchwertes sowie des Nennwertes der Aktien, die Bestandteil des Eigenkapitals des Treugebers sind und die vom Treugeber selbst oder in seinem Namen oder von Tochtergesellschaften des Treugebers gehalten werdend

Trifft nicht zu.

21.1.4. Angabe etwaiger wandelbarer Wertpapiere, umtauschbarer Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen, wobei die geltenden Bedingungen und Verfahren für die Wandlung, den Umtausch oder die Zeichnung darzulegen sind

Trifft nicht zu.

21.1.5. Angaben über eventuelle Akquisitionsrechte und deren Bedingungen und/oder über Verpflichtungen in Bezug auf genehmigtes, aber noch nicht geschaffenes Kapital oder in Bezug auf Kapitalerhöhungen

Trifft nicht zu.

21.1.6. Angaben über das Kapital eines jeden Mitglieds der Gruppe, worauf ein Optionsrecht besteht oder bei dem man sich bedingt oder bedingungslos darauf geeinigt hat, dieses Kapital an ein Optionsrecht zu knüpfen, sowie Einzelheiten über derlei Optionen, die auch jene Personen betreffen, die diese Optionsrechte erhalten haben

Trifft nicht zu.

21.1.7. Die Entwicklung des Aktienkapitals mit besonderer Hervorhebung der Angaben über etwaige Veränderungen, die während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums erfolgt sind

Trifft nicht zu.

21.2. Satzungen und Statuten der Gesellschaft

21.2.1. Beschreibung der Zielsetzungen des Treugebers und an welcher Stelle sie in der Satzung und den Statuten der Gesellschaft verankert sind

Gegenstand des Unternehmens des Treugebers sind

- Fortführung des Unternehmens „der Landes-Hypothekenbank Tirol“ als Bank des Landes Tirol nach aktienrechtlichen Grundsätzen unter Bedachtnahme auf die Interessen des Landes Tirol, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft;
- Führung eines selbstständigen Unternehmens, das Bankgeschäfte durchführt und alle jeweils üblichen Bankdienstleistungen erbringt, dies alles im Rahmen eines Vollbankbetriebes im Umfang der erteilten Konzession;
- Durchführung von Hypothekenbankgeschäften;
- Durchführung aller im BWG aufgezählten Neben- und Hilfstätigkeiten, die Kreditinstituten gestattet sind;

- Vermittlung und Durchführung von Handelsgeschäften;
- An- und Vermietung sowie die An- und Verpachtung von Mobilien und Immobilien aller Art.

Der Treugeber ist berechtigt, sich an Unternehmen und Gesellschaften im In- und Ausland zu beteiligen und Gesellschaften zu gründen.

Die Zielsetzungen des Unternehmens finden sich in § 3 der Satzung des Treugebers.

21.2.2. Zusammenfassung der Bestimmungen der Satzungen und Statuten im Zusammenhang mit den Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, und Aufsichtsorgane

Gemäß § 21 der Satzung besteht der Vorstand aus drei Mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder können höchstens auf fünf Jahre bestellt und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne von § 74 Abs 4 AktG abberufen werden. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Ist ein Vorsitzender des Vorstandes ernannt, so gibt seine Stimme bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

Die Gesellschaft wird nach außen von zwei Vorstandsmitgliedern gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten. Mit den gesetzlichen Einschränkungen kann der Treugeber auch durch zwei Gesamtprokuristen vertreten werden. Die Erteilung von Einzelvertretungsbefugnis an Vorstandsmitglieder, Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte ist ausgeschlossen.

Gemäß § 24 Abs 5 der Satzung wählt die Hauptversammlung den Aufsichtsrat des Treugebers, der aus drei, höchstens neun Vertreter der Kapitalgeber besteht, wobei die Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung berechtigt ist ein Drittel der Vertreter der Kapitalgeber in den Aufsichtsrat zu entsenden. Weitere Mitglieder werden vom Betriebsrat entsandt. Die Aufsichtsräte werden falls bei der Bestellung nicht eine kürzere Funktionsperiode festgelegt wird, nicht länger als bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem das Aufsichtsratsmitglied bestellt wurde, wird nicht mitgerechnet. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann seine Funktion unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist mit schriftlicher Anzeige an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und bei seiner Verhinderung an dessen Stellvertreter niederlegen. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß einberufen wurde mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Hat die Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung ein Drittel der Vertreter der Kapitalgeber in den Aufsichtsrat entsandt, so ist die Teilnahme von entsandten Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl zu der Zahl der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder weiteres Beschlusserfordernis. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden entscheidet.

21.2.3. Beschreibung der Rechte, Vorrechte und Beschränkungen, die an jede Kategorie der vorhandenen Aktien gebunden sind

Sämtliche Aktien des Treugebers sind auf Namen lautende Stückaktien. Eine Übertragung der Stückaktie ist gemäß § 13 der Satzung an die Zustimmung des Aufsichtsrates des Treugebers gebunden. Der Aufsichtsrat darf seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern, insbesondere wenn von Seiten der Gesellschaft zu befürchten ist, dass der Unternehmensgegenstand - wie in § 3 der Satzung beschrieben - nicht im vollen Umfang aufrecht erhalten werden kann. Die Zustimmungspflicht des Aufsichtsrates zur Übertragung kann durch Beschluss der Hauptversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals aufgehoben werden. Weiters kann bei einer beabsichtigten Übertragung an Dritte die Zustimmung von einem allen übrigen Aktionären einzuräumenden Vorkaufsrecht abhängig gemacht werden. Bei Kapitalerhöhungen ist die Gesellschaft berechtigt auch ohne Zustimmung der Vorzugsaktionäre weitere Vorzugsaktien mit und ohne Bezugsrechten sowie mit und ohne Vorrechten am Gewinn, mit vorhergehenden oder gleichstehenden Rechten auszugeben.

21.2.4. Erläuterung, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Rechte der Inhaber von Aktien zu ändern, wobei die Fälle anzugeben sind, in denen die Bedingungen strenger ausfallen als die gesetzlichen Vorschriften

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Falls die Aktien nicht voll eingezahlt sind, gilt die geleistete Mindesteinlage als eine Stimme.

Die Hauptversammlung beschließt gemäß § 42 der Satzung über Satzungsänderungen, namentlich Änderungen des Unternehmensgegenstandes gemäß § 3 der Satzung, Änderungen von Aktiengattungen und/oder die Aufhebung der Beschränkung der Übertragung gemäß § 13 der Satzung, mit einer Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. In anderen Fällen, soweit das Gesetz nicht zwingend eine andere Mehrheit vorschreibt, beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals; diese Mehrheit ist auch bei Wahlen erforderlich.

21.2.5. Beschreibung der Art und Weise, wie die Jahreshauptversammlungen und die außerordentlichen Hauptversammlungen der Aktionäre einberufen werden, einschließlich der Teilnahmebedingungen

Gemäß § 37 der Satzung wird die Hauptversammlung vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat einberufen und findet am Sitz der Gesellschaft statt. Nach Wahl des Einberufenden können Hauptversammlungen und sonstige Versammlungen auch am Sitz einer Zweigniederlassung, am Ort einer Zweigstelle oder in der österreichischen Landeshauptstadt einberufen werden. Bei Namensaktien kann die Teilnahme an der Hauptversammlung von der schriftlichen Anmeldung abhängig gemacht werden. Die Anmeldung muss spätestens am dritten Tag von der Hauptversammlung eingelangt sein. Bei auf Inhaber lautenden Aktien sind nur jene Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einem inländischen öffentlichen Notar oder bei einem Kreditinstitut spätestens 3 Werktage vor der Hauptversammlung bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen. Für die Hinterlegung müssen mindestens 14 Tage seit der Einberufung zur Verfügung stehen. Fällt der letzte Tag dieser Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag so muss auch noch der folgende Werktag zur Hinterlegung zur Verfügung stehen. Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten Samstage, Karfreitag und der 24.12.

21.2.6. Kurze Beschreibung etwaiger Bestimmungen der Satzung und der Statuten des Treugebers sowie der Gründungsurkunde oder sonstiger Satzungen, die u.U. eine Verzögerung, einen Aufschub oder sogar die Verhinderung eines Wechsels in der Kontrolle des Treugebers bewirken

Die Aktien des Treugebers sind auf Namen lautende Stückaktien, deren Übertragung an die Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft gebunden ist. Durch eine ausständige oder verweigerte Zustimmung des Treugebers können eine Verzögerung, ein Aufschub oder eine Verhinderung des Wechsels in der Kontrolle des Treugebers bewirkt werden.

21.2.7. Angabe (falls vorhanden) etwaiger Bestimmungen der Satzung und der Statuten des Treugebers sowie der Gründungsurkunde oder sonstiger Satzungen, die für den Schwellenwert gelten, ab dem der Aktienbesitz offen gelegt werden muss

Trifft nicht zu.

21.2.8. Darlegung der Bedingungen, die von der Satzung und den Statuten des Treugebers sowie der Gründungsurkunde oder sonstigen Satzungen vorgeschrieben werden und die die Veränderungen im Eigenkapital betreffen, sofern diese Bedingungen strenger sind als die gesetzlichen Vorschriften

Gemäß § 18 der Satzung muss der Vorstand für die Hereinnahme von Ergänzungskapital und nachrangigem Kapital einschließlich der Rahmenbedingungen die Zustimmung des Aufsichtsrates einholen.

22. WESENTLICHE VERTRÄGE

Es gibt keine wesentlichen Verträge, die nicht im normalen Geschäftsablauf abgeschlossen wurden.

23. ANGABEN VON SEITEN DRITTER, ERKLÄRUNGEN VON SEITEN SACHVERSTÄNDIGER UND INTERESSENERKLÄRUNGEN

Trifft nicht zu.

24. EINSEHBARE DOKUMENTE

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können die folgenden Dokumente oder deren Kopien am Sitz der HYPO TIROL AG, 6020 Innsbruck/ Österreich, Meraner Strasse 8 eingesehen werden:

- a) dieser Prospekt
- b) die Satzung des Treugebers
- c) die Jahresabschlüsse des Treugebers für das Geschäftsjahr 2007 zum 31.12.2007, für das Geschäftsjahr 2006 zum 31.12.2006 sowie für das Geschäftsjahr 2005 zum 31.12.2005
- d) die Zwischenabschlüsse zum 30.6.2007 und 30.6.2008

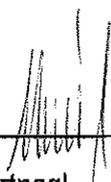
25. ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN

Trifft nicht zu.

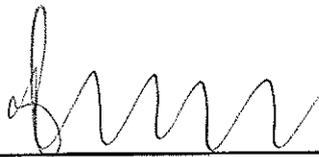
**ERKLÄRUNG GEMÄß VERORDNUNG (EG) NR. 809/2004 DER
KOMMISSION VOM 29. APRIL 2004**

Der Treugeber mit seinem Sitz in Innsbruck, Österreich, ist für die in diesem Prospekt in Punkt IV. enthaltene Angaben zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG verantwortlich und erklärt, dass er die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt enthaltene Treugeberbeschreibung seines Wissens nach richtig ist und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

HYPO TIROL BANK AG
als Treugeber



Peter Hörtnagl
(Prokurist)



Werner Pfeifer
(Vorstand)

Innsbruck, am _____

V. WERTPAPIERBESCHREIBUNG

A. Wandelschuldverschreibungen

1. VERANTWORTLICHE PERSONEN

1.1. Alle Personen, die für die im Registrierungsformular gemachten Angaben bzw. für bestimmte Abschnitte des Registrierungsformulars verantwortlich sind

Die Hypo-Wohnbaubank AG mit Sitz in Wien ist für die in diesem Prospekt gemachten Angaben mit Ausnahme der Angaben in Punkt IV. Angaben zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG verantwortlich.

Die Hypo-Wohnbaubank AG bestätigt diese nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

1.2. Erklärung der für das Registrierungsformular verantwortlichen Personen, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Registrierungsformular genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen um sicherzustellen, dass die genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage dieses Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. RISIKOFAKTOREN

2.1. Klare Offenlegung der Risikofaktoren, die für die anzubietenden und/oder zum Handel zuzulassenden Wertpapiere von wesentlicher Bedeutung sind

Siehe Punkt II.

3. WICHTIGE ANGABEN

3.1. Interessenskonflikte von Seiten natürlicher und juristischer Personen die an der Emission/ dem Angebot beteiligt sind

Aufgrund einer besonderen zivilrechtlichen Vereinbarung (Treuhandvereinbarung) ist neben der Emittentin auch der Treugeber an der Emission beteiligt. Diesem fließt der Erlös aus Emission zu, den sie entsprechend den in Punkt 3.2. beschriebenen Zwecken verwenden wird. Im Gegenzug haftet allein der Treugeber für die Zahlung der Zinsen und des Kapitals dieser Wandelschuldverschreibungen mit seinem Vermögen, während der Emittentin lediglich das Gestionsrisiko verbleibt. Die Emittentin ist verpflichtet, alle vom Treugeber oder auf dessen Rechnung zur Bedienung der Wandelschuldverschreibungen erhaltene Beträge bei Fälligkeit an die Anleger der Wandelschuldverschreibungen weiterzuleiten.

3.2. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge

Die Emittentin verpflichtet sich, folgende Auflagen des "Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus" (BGBl. 253/1993, idF BGBl. I Nr. 162/2001) einzuhalten. Der Emissionserlös muss zur Errichtung, zur Erhaltung oder nützlichen Verbesserung durch bautechnische Maßnahmen von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150 m² oder von überwiegend zu Wohnzwecken bestimmten Gebäuden zur Verfügung stehen und wird innerhalb von 3 Jahren zur Bedeckung der Kosten verwendet.

4. ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDEN WERTPAPIERE

4.1. Beschreibung des Typs und der Kategorie der anzubietenden und/oder zum Handel zuzulassenden Wertpapiere einschließlich der ISIN

Es handelt sich bei den Wertpapieren um:

4 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2020/1	AT0000A085V9	EUR	30.000.000,00
-----	---------------------------------------	--------------	-----	---------------

Wandelschuldverschreibungen:

Als „Wandelschuldverschreibungen“ gelten in diesem Prospekt Schuldverschreibungen, die dem Anleger zunächst Rechte wie aus Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung verschaffen, ihm aber zugleich das Recht einräumen, zu gewissen, in den Anleihebedingungen vorgesehenen Stichtagen, diese Schuldverschreibung in Partizipationsscheine der Emittentin umzutauschen. Zur Ermöglichung dieses Umtauschs hat die Emittentin durch Beschluss der Hauptversammlung sowie deren Aufsichtsrat die Ausgabe von Partizipationskapital im erforderlichen Umfang beschlossen.

Solange der Anleger der Wandelschuldverschreibung von der Ausübung seines Umtauschrechts absieht, entspricht das Wertpapier Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung. Diese weisen zu definierten Kuponterminen eine im vorhinein festgelegte fixe Verzinsung auf.

Partizipationsscheine:

Zur Beschreibung der Partizipationsscheine verweisen wir auf den anschließenden Punkt B dieser Wertpapierbeschreibung, der die lt. Anhang XIV der Durchführungsverordnung der Europäischen Kommission 809/2004 erforderlichen Angaben beinhaltet.

Die ISIN / Wertpapieridentifizierungsnummer der gegenständlichen Emission lautet AT0000A085V9.

4.2. Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden

Die Hypo-Wohnbaubank AG übt die ihr gemäß der oben erwähnten BMF-Konzession zustehende Emissionsbefugnis gemäß § 3 Abs. 12 der Satzung treuhändig für ihre Aktionäre aus.

Die Emission der Wandelschuldverschreibungen durch die Emittentin wird durch deren Bankenkonzession nach § 1 Abs. 1 Z 10 BWG abgedeckt. Die satzungsmäßige Ermächtigung zur Begebung von Wandelschuldverschreibungen findet sich in § 2 Abs. 1 Z 5 der Satzung der Hypo-Wohnbaubank AG.

Für die Verzinsung und Rückzahlung der Wandelschuldverschreibungen haftet die Hypo Tirol AG als Treugeber mit ihrem gesamten Vermögen, nicht jedoch die Hypo-Wohnbaubank AG.

Diese Rechtskonstruktion wurde durch das Bundesministerium für Finanzen (GZ 27 0200/4-V/13/95) ausdrücklich bestätigt. Die Wandelschuldverschreibung scheint demnach in der Bilanz der Hypo-Wohnbaubank AG nur als Treuhandvermögen auf, in der Bilanz der jeweiligen Landes-Hypothekenbank jedoch als verbriefte Verbindlichkeit.

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus oder im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen gilt österreichisches Recht. Es gilt weiters die Satzung der Hypo-Wohnbaubank AG in der derzeit geltenden Fassung. Für alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen gilt ausschließlich das in Wien sachlich zuständige Gericht als gemäß § 104 Jurisdiktionsnorm vereinbarter Gerichtsstand. Verbrauchergerichtsstände sowie der Gerichtsstand nach § 83a Jurisdiktionsnorm (siehe dazu unten Punkt 4.10.) bleiben davon unberührt.

Das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus“, sieht für die in diesem Prospekt beschriebenen Wandelschuldverschreibungen steuerliche Begünstigungen bezüglich der Anschaffungskosten und der Versteuerung der Erträge vor. Ausführliche Angaben dazu finden sich unten unter Punkt 4.14. dieses Abschnitts.

Hinsichtlich der für Partizipationsscheine erforderlichen Angaben wird auf Punkt 1.2. im anschließenden Abschnitt B der Wertpapierbeschreibung verwiesen.

4.3. Angabe, ob es sich bei den Wertpapieren um Namenspapiere oder um Inhaberpapiere handelt und ob die Wertpapiere verbrieft oder stückelos sind

Die Wandelschuldverschreibungen wurden auf Inhaberpapiere begeben und sind zur Gänze durch eine Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz vertreten. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Wandelschuldverschreibungen besteht nicht. Die Sammelurkunden tragen die Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern der Emittentin. Erhöht oder vermindert sich das Nominale der Emission, wird die jeweilige Sammelurkunde entsprechend angepasst. Die Sammelurkunden werden bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4; Strauchgasse 3, 1011 Wien, als Wertpapiersammelbank hinterlegt.

4.4. Währung der Wertpapieremission

Die Emission wurde in Euro (EUR) begeben.

4.5. Rang der Wertpapiere, die angeboten und/oder zum Handel zugelassen werden sollen, einschließlich der Zusammenfassung etwaiger Klauseln, die den Rang beeinflussen können oder das Wertpapier derzeitigen oder künftigen Verbindlichkeiten des Emittenten nachordnen können

Bei den Wertpapieren handelt es sich um nicht fundierte, nicht nachrangige Wandelschuldverschreibungen.

Hinsichtlich der Partizipationsscheine wird auf Punkt 1.5.2. in Abschnitt B dieser Wertpapierbeschreibung verwiesen.

4.6. Beschreibung der Rechte die an die Wertpapiere gebunden sind - einschließlich ihrer etwaigen Beschränkungen-, und des Verfahrens zur Ausübung dieser Rechte

Wandlungsrecht

Wandelschuldverschreibungen sind Anleihen einer Aktiengesellschaft (= AG), die neben dem Forderungsrecht auch ein Wandelrecht verbiefen. Sie können gemäß den Wandelbedingungen in nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs. 4 und 5 BWG der Hypo-Wohnbaubank AG gewandelt (= umgetauscht) werden.

Je Nominale EUR 1.000,00-- Wandelschuldverschreibung berechtigen den Anleger zur Wandlung in 14 Stück nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs. 4 und 5 BWG (die „Partizipationsscheine“) der Hypo-Wohnbaubank AG. Dies entspricht einem nominellen Wandlungspreis von rd. EUR 71,43 je Partizipationsschein. Die Wandlungserklärung kann ausschließlich durch Ausfüllen eines diesbezüglichen von einer als Zahlstelle gemäß Punkt 5.4.2. definierten Bank rechtzeitig vor einem Wandlungstermin kostenlos zur Verfügung gestellten Formulars gemäß den Bestimmungen des AktG erfolgen. Die Wandlungserklärung muss spätestens 15 Bankarbeitstage vor dem Wandlungstermin der in Punkt 5.4.2. genannten Hauptzahlstelle mittels eingeschriebenen Briefes zugegangen sein. Die Wandlungserklärung ist für den Anleger sofort bindend und wird gegenüber der Emittentin mit fristgerechtem Eingang bei der Hauptzahlstelle wirksam.

Gleichzeitig ist das Wertpapierdepot bekanntzugeben, dem die in Partizipationsscheine umzutauschenden Wandelschuldverschreibungen zu entnehmen sind. Mit der Wandlung in Partizipationsscheine endet die Treuhandschaft der Emittentin für den Treugeber. Die Ausgabe der Partizipationsscheine erfolgt durch die Emittentin auf eigene Rechnung.

Das Wandlungsrecht kann erstmals mit Stichtag 06.07.2010, danach jeweils zum auf den 07.07. eines jeden Jahres fallenden Kupontermin ausgeübt werden.

Tritt durch eine Maßnahme (Ausgabe neuer Aktien, weiterer Partizipationsscheine, Genussrechte gemäß § 174 Abs. 3 AktG anderer Wertpapiere mit Bezugsrechten oder Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen etc.) eine Verwässerung der Vermögensrechte der Anleger von Wandelschuldverschreibungen ein, so wird dies durch die Gesellschaft angemessen ausgeglichen.

Die Emittentin wird die Maßnahmen zum Verwässerungsschutz gemäß den in Punkt 7.6. beschriebenen Bekanntmachungen veröffentlichen. Sollten damit Bezugsrechte verbunden sein, werden Depotinhaber darüber üblicherweise auch über die Depotbanken informiert. Führt eine Ausgabe von Aktien, Genussrechten oder weiteren Wandelschuldverschreibungen zu keiner Verwässerung, so kann auch die Information an die Anleger von Wandelschuldverschreibungen unterbleiben.

Kündigungsrecht

Die Wandelschuldverschreibungen können von der Emittentin zum 07.07.2018 unter Einhaltung einer Frist von 5 Bankarbeitstagen vorzeitig aufgekündigt werden. Eine Kündigung durch den Anleger ist ausgeschlossen.

Recht auf Zinszahlung

Die Wandelschuldverschreibungen verbriefen einen festen Zinsertrag nach Maßgabe der unter Punkt 4.7. festgelegten Zinssätze und Zinsberechnungsmethode. Der Zinsertrag kommt jährlich zum 07.07. zur Auszahlung.

Rückzahlung / Recht auf Tilgung

Die Wandelschuldverschreibungen werden, soweit der Anleger sein Recht auf Wandlung nicht ausübt und die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht nicht Gebrauch macht, am Ende der Laufzeit entsprechend den Bestimmungen unter Punkt 4.8. zur Gänze zum Nennwert zurückgezahlt.

Sollte ein Rückzahlungstermin, Zinszahlungstermin oder sonstiger, sich im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen ergebender Zahlungstermin auf einen Termin fallen, an dem die Banken in Wien nicht zum Geschäftsbetrieb geöffnet sind, so hat der Anleger der Wandelschuldverschreibungen erst am darauf folgenden Tag Anspruch auf Zahlung von Kapital und Zinsen.

Änderung der Anleihebedingungen

Die Emittentin ist berechtigt, die Anleihebedingungen an geänderte wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse, insbesondere an Änderungen der Rechtslage, anzupassen. Eine derartige Anpassung darf nicht zu einer wirtschaftlichen und rechtlichen Schlechterstellung der Anleger führen, sofern diese nicht angemessen ausgeglichen wird. Eine Änderung der Anleihebedingungen wird mit der Veröffentlichung auf der Homepage der Emittentin, <http://www.hypo-wohnbaubank.at>, wirksam. Die Emittentin wird sonstige erforderliche Mitteilungen und Veröffentlichungen gemäß Punkt 7.6. vornehmen.

4.7. Angaben zu Zinssatz und Bestimmung zur Zinsschuld

Die Verzinsung erfolgt in Jahresperioden, die sich jeweils vom 07.07 bis einschließlich 06.07 des Folgejahres erstrecken. Der Nominalzinssatz für die gesamte Laufzeit von 07.01.2008 bis 06.07.2020 beträgt 4 % p.a. Im Falle der Wandlung endet die Verzinsung mit dem dem Wandlungstermin vorangehenden Tag. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf Basis act/act (ICMA) mit Ende der Zinsperiode, auch wenn diese kein Bankarbeitstag ist (unadjusted). Für etwaige Verzögerungen durch Auszahlung am darauffolgenden Bankarbeitstag (Following Business Day Convention) werden keine zusätzlichen Zinsen ausgezahlt.

Ansprüche auf Zahlung fälliger Zinsen verjähren drei Jahre, der Anspruch auf das Kapital dreißig Jahre nach Tilgungstermin.

Keine zusätzlichen Beträge für Abzugssteuern (z.B. für die KEST)

Die Emittentin zahlt für Abzugssteuern im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen, wie etwa der österreichischen Kapitalertragsteuer (siehe dazu unten unter Punkt 4.14), keine zusätzlichen Beträge, die notwendig wären, um zu gewährleisten, dass die Anleger trotz Abzugssteuern Zahlungen erhalten, die jenen ohne Abzugssteuern entsprächen. Das Gleiche gilt für Abzugssteuern im Zusammenhang mit den Partizipationsscheinen.

4.8. Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren

Die Wandelschuldverschreibungen werden, soweit der Anleger sein Recht auf Wandlung nicht ausübt und die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht nicht Gebrauch macht, mit Ende der Laufzeit am 07.07.2020 zur Gänze zum Nennwert zurückgezahlt. Übt die Emittentin ihr Recht zur vorzeitigen Kündigung gemäß Punkt 4.6. aus, so erfolgt die Rückzahlung am 07.07.2018

Die Rückzahlung erfolgt über die depotführenden Banken.

4.9. Angabe der Rendite

Die Rendite der Wandelschuldverschreibungen ohne Wandlung in einen Partizipationsschein errechnet sich für die Restlaufzeit aus dem dafür bezahlten Preis (Kurs) und dem Kupon von 4 %. Da der Kurs je nach den vorherrschenden Marktgegebenheiten variiert, kann die Rendite nicht bestimmt angegeben werden.

Entscheidet sich der Anleger der Wandelschuldverschreibung, von seinem Wandlungsrecht Gebrauch zu machen, so bestimmt sich die Rendite an der Gewinnentwicklung der Emittentin. Ähnlich einer Aktie verbrieft der Partizipationsschein einen Gewinnanteil in prozentmäßiger Höhe. Mangels voraussehbarer Höhe von Dividende ist die Errechnung einer Rendite aus den Partizipationsscheinen im Vorhinein nicht möglich.

4.10. Vertretung von Schuldtitelinhabern unter Angabe der die Anleger vertretenden Organisation und der auf die Vertretung anwendbaren Bestimmungen. Angabe des Ortes, an dem die Öffentlichkeit die Verträge einsehen kann, die diese Vertretung regeln

Alle Rechte aus der Wandelschuldverschreibung sind durch den einzelnen Anleger der Wandelschuldverschreibung selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin bzw. der Treugeberbank direkt, an deren Sitz zu den üblichen Geschäftsstunden, sowie in schriftlicher Form (eingeschriebene Postsendung) oder im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

Seitens der Emittentin und der Treugeberbank ist keine organisierte Vertretung der Anleger der Wandelschuldverschreibungen vorgesehen. Zur Wahrung der Ausübung der Rechte von Anlegern von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren (Teil-)Schuldverschreibungen inländischer Emittenten und bestimmter anderer Schuldverschreibungen ist jedoch, wenn deren Rechte wegen des Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet oder die Rechte der Emittentin oder der Treugeberbank in ihrem Gange gehemmt würden, insbesondere im Konkursfall der Emittentin, nach den Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Schuldverschreibungsgläubiger zu bestellen. Seine Rechtshandlungen bedürfen in bestimmten Fällen einer kuratelgerichtlichen Genehmigung und seine Kompetenzen werden vom Gericht innerhalb des Kreises der gemeinsamen Angelegenheiten der Anleger näher festgelegt. Die Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 können durch Vereinbarung oder Anleihebedingungen nicht aufgehoben oder verändert werden, es sei denn, es ist eine für den Anleger gleichwertige gemeinsame Interessensvertretung vorgesehen. Hinsichtlich jener Angelegenheiten, die vom Kurator wahrzunehmen sind, gilt die ausschließliche unabdingbare Zuständigkeit des ihn bestellenden Gerichts (§ 83a Jurisdiktionsnorm).

4.11. Im Falle von Neuemissionen Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Billigungen, die die Grundlage für die erfolgte bzw. noch zu erfolgende Schaffung der Wertpapiere und/oder deren Emission bilden

Die in diesem Prospekt beschriebenen Wandelschuldverschreibungen wurden mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Emittentin begeben:

Um eine allfällige Wandlung der Wandelschuldverschreibungen in Partizipationsscheine zu ermöglichen, hat die Hauptversammlung der Emittentin und deren Aufsichtsrat die Ausgabe von Partizipationsscheine in ausreichendem Umfang beschlossen.

4.12. Angabe des erwarteten Emissionstermins der Wertpapiere

Trifft nicht zu.

4.13. Darstellung etwaiger Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere

Es liegt keine Beschränkung in Bezug auf die freie Handel- oder Übertragbarkeit der Wohnbau-Wandelschuldverschreibungen vor. Zu den steuerlichen Folgen einer Veräußerung vor dem Ende der steuerlich relevanten Behaltfrist siehe untenstehend unter 4.14 (Steuerliche Behandlung).

4.14. Steuerliche Behandlung

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wandelschuldverschreibungen in Österreich steuerrechtlich bedeutsam sind. Er ist keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die damit verbunden sind, und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger entscheidend sein können. Die Zusammenfassung basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können, möglicherweise auch mit rückwirkender Geltung, welche die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen.

Potenziellen Anlegern wird empfohlen, ihre steuerrechtlichen Berater zu konsultieren, um die Konsequenzen des Erwerbs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wandelschuldverschreibungen zu analysieren.

4.14.1. Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, und Körperschaften, die im Inland ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz haben, unterliegen in Österreich mit ihrem Welteinkommen der Einkommen- oder Körperschaftsteuer (unbeschränkte Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, und Körperschaften, die im Inland weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz haben, unterliegen in Österreich nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht (beschränkte Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht). Der Körperschaftsteuersatz beträgt einheitlich 25%, der Einkommensteuersatz ist progressiv, mit einem Höchststeuersatz von 50%. Besteht eine Kapitalertragsteuerpflicht, kommt generell ein einheitlicher Steuersatz von 25% zur Anwendung; für Wandelschuldverschreibungen besteht jedoch eine Steuerbefreiung, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Wandelschuldverschreibungen sind ertragsteuerrechtlich als Forderungswertpapiere einzustufen.

4.14.2. Besteuerung natürlicher Personen, die in Österreich unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind

4.14.2.1. Kapitalertragsteuerpflicht und die Befreiung davon

Zinsen, die auf die Wandelschuldverschreibung an eine natürliche, in Österreich unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Person gezahlt werden, unterliegen grundsätzlich dem Kapitalertragsteuerabzug in Höhe von 25%, wenn sie von einer inländischen kuponauszahlenden Stelle ausgezahlt werden. Werden die Zinsen nicht von einer inländischen Kuponstelle ausgezahlt, ist dennoch die 25%-ige Endbesteuerung anzuwenden, allerdings über eine Steuererklärung des Anlegers.

Das "Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus" (in der derzeit geltenden Fassung) sieht für hierin beschriebenen Wandelschuldverschreibungen, die von privaten Anlegern gehalten werden, allerdings, unter anderem, folgende steuerrechtliche Begünstigung vor: für die Zeit der Hinterlegung bei einem inländischen Kreditinstitut ist im Ausmaß von bis zu 4% des Nominalwertes der Wandelschuldverschreibung, dh EUR 4,00 pro Wandelschuldverschreibung, keine Kapitalertragsteuer (KESt) von den Erträgen abzuziehen.

Bei natürlichen Personen, die die Wandelschuldverschreibungen privat oder betrieblich halten, gilt die Einkommensteuer für die Kapitalerträge daraus inklusive des kapitalertragsteuerfreien Anteils generell als abgegolten; die Zinsen werden daher nicht zusammen mit anderen Einkünfte des Anlegers besteuert (Endbesteuerung). Gewisse Ausnahmen bestehen, falls der jeweilige Durchschnittssteuersatz unter 25% liegt.

4.14.2.2. Abzug von Sonderausgaben

Das Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus sieht außerdem vor, dass private Anleger die Anschaffungskosten für den Ersterwerb der hierin beschriebenen Wandelschuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Emission im Rahmen des einheitlichen Höchstbetrages von generell EUR 2.920,00 pro Jahr als Sonderausgaben absetzen können; für Alleinerzieher und bei mindestens drei Kindern erhöht sich dieser Betrag. Voraussetzung dafür ist, dass die Wandelschuldverschreibungen für mindestens 10 Jahre bei einem inländischen Kreditinstitut hinterlegt werden. Nebenkosten oder Zinsen, die beim Erwerb der Wandelschuldverschreibungen anfallen, können nicht als Sonderausgaben abgezogen werden.

4.14.2.3. Veräußerung

Bei einer Veräußerung durch eine natürliche Person, die die Wandelschuldverschreibungen im Privatvermögen hält, ist der Gewinn nur dann steuerpflichtig, wenn seit Anschaffung der Wandelschuldverschreibungen nicht mehr als ein Jahr vergangen ist (Spekulationsgeschäft). Die Besteuerung erfolgt nach dem progressiven Einkommensteuertarif von bis zu 50%, wobei die Summe sämtlicher Spekulationsgewinne eines Jahres bis zu EUR 440,00 steuerfrei ist. Der Gewinn ergibt sich aus der Differenz von Veräußerungserlös und Anschaffungskosten der jeweiligen Wandelschuldverschreibungen. Verluste aus Spekulationsgeschäften können nur eingeschränkt verrechnet werden. Ob Gewinne, die eine natürliche Person als privater Anleger erzielt, auch dann steuerpflichtig sind, wenn der Anleger Wandelschuldverschreibung hält, die sich auf Anteile von mindestens 1% an der Gesellschaft beziehen (oder solche während der letzten fünf Jahre gehalten hat), oder der Anleger generell während der letzten fünf Jahre vor der jeweiligen Veräußerung Anteile an der Gesellschaft in Höhe von mindestens 1% gehalten hat, ist nicht gänzlich geklärt; eine Steuerpflicht ist mit der neuern und herrschenden Literaturmeinung aber zu verneinen.

Bei einer Veräußerung von Wandelschuldverschreibungen, die im Betriebsvermögen gehalten werden, ist der Gewinn oder Verlust unabhängig von der Haltezeit als Teil des betrieblichen Ergebnisses steuerwirksam.

4.14.2.4. Ausübung des Wandlungsrechts

Bei Ausübung des Wandlungsrechts kommt es zu einer Veräußerung der Wandelschuldverschreibung und dem Erwerb von Partizipationsscheinen. Veräußerungserlös ist bei dieser Art der Veräußerung jedoch der Wert der Wandelschuldverschreibungen im Zeitpunkt der Wandlung. Die Differenz zwischen diesem Veräußerungserlös und den Anschaffungskosten für die Wandelschuldverschreibung ist steuerpflichtig, wenn die Wandelschuldverschreibung Teil eines Betriebsvermögens ist oder nicht mehr als ein Jahr gehalten wurde.

4.14.3. Besteuerung natürlicher Personen, die in Österreich beschränkt einkommensteuerpflichtig sind

4.14.3.1. EU-Anleger

Das EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) sieht in Umsetzung der EG-Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 03.06.2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen die Erhebung einer EU-Quellensteuer vor.

Die Zinsen aus den Wandelschuldverschreibungen unterliegen der EU-Quellensteuer, wenn sie von einer österreichischen Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer gezahlt oder zu dessen Gunsten eingezogen werden und der wirtschaftliche Eigentümer eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ist. Es ist gleichgültig, ob die Wandelschuldverschreibungen im Privatvermögen oder im Betriebsvermögen gehalten werden.

Die EU-Quellensteuer beträgt 20% und erhöht sich ab 01.07.2011 auf 35%. Sie wird an der Quelle einbehalten.

Befreiung von der EU-Quellensteuer

Die Einbehaltung der EU-Quellensteuer kann vermieden werden, indem der wirtschaftliche Eigentümer eine Bescheinigung seines ausländischen Wohnsitzfinanzamtes vorlegt, aus welcher hervorgeht, dass die Zinsen in seinem Ansässigkeitsstaat deklariert werden.

4.14.3.2. Nicht EU-Anleger

Natürliche Personen, die außerhalb der EU ansässig sind, können einen allfälligen Kapitalertragsteuerabzug vermeiden, wenn sie der kuponauszahlenden Stelle ihre Ausländereigenschaft nachweisen. Generell, gilt die Befreiung vom Kapitalertragsteuerabzug in Höhe von 4% des Nominales der Wandelschuldverschreibungen auch für beschränkt steuerpflichtige Personen, wenn es sich um private Anleger handelt, solange sie die Wandelschuldverschreibungen bei einem inländischen Kreditinstitut hinterlegen.

4.14.3.3. Veräußerungsgewinne

Veräußerungsgewinne einer natürlichen Person, die beschränkt einkommensteuerpflichtig ist, sind nur dann in Österreich steuerpflichtig, wenn sie einem inländischen Betrieb zuzurechnen sind. Das Gleiche gilt für Gewinne, die im Zeitpunkt der Ausübung des Wandlungsrechts realisiert werden.

4.14.3.4. Besteuerung von Kapitalgesellschaften

Für kapitalertragsteuerpflichtige Zinserträge besteht eine Befreiungsvorschrift, wenn sie unbeschränkt oder beschränkt körperschaftsteuerpflichtigen Kapitalgesellschaften zufließen. Um in den Genuss der Befreiung zu kommen, muss dem Abzugsverpflichteten eine Befreiungserklärung übermittelt werden, die bestimmte Informationen enthält, eine Kopie davon dem Finanzamt zukommen und die Wandelschuldverschreibungen auf dem Depot eines Kreditinstituts hinterlegt werden.

Gewinne aus der Veräußerung der Wandelschuldverschreibungen (oder aus der Ausübung des Wandlungsrechts) zählen zum allgemeinen betrieblichen Ergebnis.

Auf die Besteuerung von Privatstiftungen wird hier nicht eingegangen.

4.14.3.5. Erbschaft- und Schenkungssteuer

In Österreich wird keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer erhoben. Gewisse unentgeltliche Übertragungen unterliegen allerdings einer Meldepflicht nach dem Schenkungsmeldegesezt.

4.14.4. Besteuerung der Partizipationsscheine

Partizipationsscheine, die durch Ausübung des Wandlungsrechts erworben werden, gelten in diesem Zeitpunkt zum Wert der Wandelschuldverschreibung als angeschafft. Gewinnausschüttungen auf die Partizipationsscheine unterliegen generell der 25%-igen Kapitalertragsteuer, wenn sie an natürliche Personen gezahlt werden, unabhängig davon, ob die Partizipationsscheine privat oder betrieblich gehalten werden; es handelt sich dabei um eine Endbesteuerung.

Werden die Partizipationsscheine erst im Zuge der Wandlung ausgegeben, fallen auch sie unter die steuerlichen Begünstigungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus: Gewinnausschüttungen sind bis zu 4% des Nominalbetrages der Partizipationsscheine von der Kapitalertragsteuer befreit solange die Partizipationsscheine bei einem inländischen Kreditinstitut hinterlegt sind.

Gewinne aus der Veräußerung von Partizipationsscheinen unterliegen, wenn sie natürlichen, unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Personen zufließen, die die Partizipationsscheine im Privatvermögen halten, nur dann der Besteuerung, wenn sie weniger als ein Jahr gehalten wurden (Spekulationsgeschäft) oder wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre Anteile im Ausmaß von mindestens 1% an der Emittentin gehalten hat. In letzteren Fall unterliegen der Gewinne einem Steuersatz, der der Hälfte des jeweiligen Durchschnittssteuersatz entspricht, im Fall von Spekulationsgewinnen kommt der normale Durchschnittssteuersatz zur Anwendung. Ob für die Berechnung der erwähnten 1%-Grenze auch Wandelschuldverschreibungen als Anteile anzusehen

sind, ist unklar, aber eher zu verneinen. Der Veräußerungsgewinn ist die Differenz zwischen den Anschaffungskosten für die Partizipationsscheine und dem Veräußerungserlös.

Veräußerungsgewinne, die ein Betrieb im Zusammenhang mit den Partizipationsscheinen erzielt, sind generell als betriebliche Einnahmen steuerpflichtig.

Die Kapitalertragsteuer auf Gewinnausschüttungen, die einer Kapitalgesellschaft gezahlt werden, kann entweder erstattet werden oder wird nicht einbehalten.

Die Kapitalertragsteuer von Anlegern, die nicht der unbeschränkten Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuer unterliegen, ist möglicherweise aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen oder innerstaatlichen Bestimmungen zu reduzieren. Die Befreiung von der Kapitalertragsteuer in Höhe von 4% des Nominales der Partizipationsscheine gilt auch in diesem Zusammenhang, wenn sie von privaten Anlegern gehalten und bei einem inländischen Kreditinstitut hinterlegt werden. Natürliche Personen, die nur beschränkt einkommensteuerpflichtig sind, können mit Gewinnen aus der Veräußerung von Partizipationsscheinen eine österreichische Steuerpflicht auslösen, wenn sie innerhalb der letzten fünf Jahre zu mindestens 1% der Anteile an der Gesellschaft gehalten haben. Auch diese Besteuerung kann durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt sein.

5. BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ANGEBOT

5.1. Bedingungen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung

5.1.1. Bedingungen denen das Angebot unterliegt

Trifft nicht zu. Die Wandelschuldverschreibungen wurden bereits begeben.

5.1.2. Gesamtsumme der Emission/des Angebots. Ist der Betrag nicht festgelegt, Beschreibung der Vereinbarungen und des Zeitpunkts für die Ankündigung des endgültigen Angebotbetrags an das Publikum

Das Gesamtnominale beträgt EUR 30.000.000,00 (EUR dreißig Millionen) und zwar 300.000 Wandelschuldverschreibungen mit je EUR 100,00 Nominale. Die Emittentin hat von ihrem Aufstockungsrecht gemäß § 1 der Anleihebedingungen Gebrauch gemacht und das Emissionsvolumen auf EUR 30.000.000,00 erhöht.

5.1.3. Frist - einschließlich etwaiger Änderungen - während deren das Angebot gilt und Beschreibung des Antragsverfahrens

Trifft nicht zu.

5.1.4. Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Zeichner

Trifft nicht zu.

5.1.5. Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung (entweder in Form der Anzahl der Wertpapiere oder des aggregierten zu investierenden Betrags)

Trifft nicht zu.

5.1.6. Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung

Die Wandelschuldverschreibungen werden zur Gänze durch Sammelurkunden (§ 24 lit b Depotgesetz) vertreten. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Wandelschuldverschreibungen besteht daher nicht. Die Sammelurkunden werden bei der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt. Die Lieferung der Wandelschuldverschreibungen erfolgt gegen Zahlung im Wege der depotführenden Banken innerhalb der marktüblichen Fristen. Die Bedienung der Wandelschuldverschreibungen erfolgt zu den unter Punkt 4.7 und 4.8 festgesetzten Terminen über die Zahlstelle an die depotführenden Banken.

5.1.7. Vollständige Beschreibung der Art und Weise und des Termins, auf die bzw. an dem die Ergebnisse des Angebots offen zu legen sind

Trifft nicht zu.

5.1.8. Verfahren für die Ausübung eines etwaigen Vorzugsrechts, die Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und die Behandlung von nicht ausgeübten Zeichnungsrechten

Vorzugs- und Zeichnungsrechte bestehen nicht.

5.2. Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung

5.2.1. Angabe der verschiedenen Kategorien der potenziellen Investoren, denen die Wertpapiere angeboten werden. Erfolgt das Angebot gleichzeitig auf den Märkten in zwei oder mehreren Ländern und wurde/wird eine bestimmte Tranche einigen dieser Märkte vorbehalten, Angabe dieser Tranche

Trifft nicht zu.

5.2.2. Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags und Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist

Trifft nicht zu.

5.3. Preisfestsetzung

5.3.1. Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere angeboten werden, oder der Methode, mittels deren der Angebotspreis festgelegt wird, und des Verfahrens für die Offenlegung. Angabe der Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden

Trifft nicht zu.

5.4. Platzierung und Übernahme

5.4.1. Name und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren des gesamten Angebots oder einzelner Teile des Angebots und - sofern dem Emittenten oder dem Bieter bekannt - Angaben zu den Platzierern in den einzelnen Ländern des Angebots

Trifft nicht zu

5.4.2. Namen und Geschäftsanschriften der Zahlstellen und der Depotstellen in jedem Land

Hauptzahl- und Wandlungsstelle ist die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG, 3100 St. Pölten, Neugebäudeplatz 1. Weitere Zahl- und Einreichstellen sind: HYPO - Bank Burgenland AG, 7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33; Hypo Alpe-Adria-Bank AG, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Alpen-Adria-Platz 1; Oberösterreichische Landesbank AG, 4020 Linz, Landstrasse 38, Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, 5020 Salzburg, Residenzplatz 7; Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, 8010 Graz, Radetzkystrasse 15-17; HYPO TIROL BANK AG, 6020 Innsbruck, Meraner Strasse 8 und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, 6900 Bregenz, Hypo-Passage 1. Die Gutschrift der Zinsen und Tilgungserlöse erfolgt durch die depotführenden Banken.

5.4.3. Name und Anschrift der Institute, die bereit sind, eine Emission auf Grund einer bindenden Zusage zu übernehmen, und Name und Anschrift der Institute, die bereit sind, eine Emission ohne bindende Zusage oder gemäß Vereinbarungen „zu den bestmöglichen Bedingungen“ zu platzieren. Angabe der Hauptmerkmale der Vereinbarungen, einschließlich der Quoten. Wird die Emission nicht zur Gänze übernommen, ist eine Erklärung zum nicht abgedeckten Teil einzufügen. Angabe des Gesamtbetrages der Übernahmeprovision und der Platzierungsprovision

Trifft nicht zu.

5.4.4. Angabe des Zeitpunkts, zu dem der Emissionsübernahmevertrag abgeschlossen wurde oder wird

Trifft nicht zu.

6. ZULASSUNG DER PAPIERE ZUM HANDEL

6.1. Angabe, ob die angebotenen Wertpapiere Gegenstand eines Antrags auf Zulassung zum Handel auf einem geregelten Markt oder sonstigen gleichwertigen Märkten sind oder sein werden

Die Zulassung der Wohnbau-Wandelschuldverschreibungen zum geregelten Freiverkehr an der Wiener Börse wird beantragt.

6.2. Bereits Angabe sämtlicher geregelten oder gleichwertigen Märkte, auf denen nach Kenntnis des Emittenten Wertpapiere der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind

Nach Kenntnis der Emittentin sind zum geregelten Freiverkehr bereits Wertpapiere der gleichen Kategorie zum Handel zugelassen. Unter anderem auch nachstehend genannte:

4 %	Wandelschuldverschreibung 1999-2011/1	AT0000307574
4 %	Wandelschuldverschreibung 2002-2012/19	AT0000303193
3,495 %	Wandelschuldverschreibung 2003-2013/19	AT0000303417
var.	Wandelschuldverschreibung 2004-2017/23	AT0000303680
3,5 %	Wandelschuldverschreibung 2005-2017/3	AT0000303730
var.	Wandelschuldverschreibung 2005-2017/18	AT0000491089
var.	Wandelschuldverschreibung 2005-2017/19	AT0000491097
3,5 %	Wandelschuldverschreibung 2005-2025/26	AT0000491162
3,25 %	Wandelschuldverschreibung 2005-2020/27	AT0000491170
var.	Wandelschuldverschreibung 2005-2026/28	AT0000491188
var.	Wandelschuldverschreibung 2005-2017/30	AT0000491204
var.	Wandelschuldverschreibung 2005-2030/31	AT0000491212
3,18 %	Wandelschuldverschreibung 2005-2021/42	AT0000491329
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/1	AT0000491352
3,375 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2022/3	AT0000A001U8
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2030/5	AT0000A002W2
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/6	AT0000A00AQ1
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2030/9	AT0000A00EW1
3,625 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/11	AT0000A00XF6
3,60 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/12	AT0000A00XJ8
4 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2023/14	AT0000A00YA5
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/15	AT0000A00YF4
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/17	AT0000A012V3
4 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/18	AT0000A012W1
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/20	AT0000A018Y4
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2030/21	AT0000A01UE3
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/23	AT0000A01V54
3,84 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/28	AT0000A01WZ4
4 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/29	AT0000A020W4
4 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2021/30	AT0000A021A8
var.	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/32	AT0000A026R1
3,51 %	Wandelschuldverschreibung 2006-2017/36	AT0000A03HW8
var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2018/1	AT0000A03KX0
var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2017/2	AT0000A044F9

var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2030/3	AT0000A044L7
3,75 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2017/4	AT0000A04538
3,60 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2017/6	AT0000A045Q3
4 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2022/8	AT0000A04637
4 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2022/9	AT0000A04BG2
4 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2023/11	AT0000A04DU9
4 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2019/16	AT0000A054F8
3,80 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2018/18	AT0000A056J5
4 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2022/25	AT0000A05EL3
4,40 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2023/29	AT0000A05RK7
4,20 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2018/30	AT0000A05RL5
var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2018/32	AT0000A05TQ0
4,40 %	Wandelschuldverschreibung 2007-2019/35	AT0000A06129
var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2017/36	AT0000A063B8
var.	Wandelschuldverschreibung 2007-2017/37	AT0000A063C6
4 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2020/1	AT0000A085V9
4,125 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2018/2	AT0000A08794
var.	Wandelschuldverschreibung 2008-2018/3	AT0000A087A9
4,20 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2019/4	AT0000A08810
4,40 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2024/5	AT0000A08828
var. %	Wandelschuldverschreibung 2008-2031/14	AT0000A089V1
4 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2019/15	AT0000A08DT2
4,10 %	Wandelschuldverschreibung 2008-2024/19	AT0000A08QS6
var.	Wandelschuldverschreibung 2008-2019/26	AT0000A0A1E4

6.3. Name und Anschrift der Institute, die aufgrund einer bindenden Zusage als Intermediäre im Sekundärhandel tätig sind, um Liquidität mittels Geld- und Briefkursen zur Verfügung stellen, und Beschreibung der Hauptbedingungen der Zusage

Trifft nicht zu.

7. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

7.1. An der Emission beteiligte Berater und Erklärung zu der Funktion abzugeben, in der sie gehandelt haben

Trifft nicht zu.

7.2. Angabe weiterer Informationen in der Wertpapierbeschreibung, die von gesetzlichen Abschlussprüfern geprüft oder einer prüferischen Durchsicht unterzogen wurden und über die die Abschlussprüfer einen Prüfungsbericht erstellt haben. Reproduktion des Berichts oder mit Erlaubnis der zuständigen Behörden Zusammenfassung des Berichts

Die widmungsgemäße Verwendung der der Emittentin zur Verfügung gestellten Mittel (Emissionserlöse) aus den von der Emittentin bis zum 31.12.2007 emittierten Wandelschuldverschreibungen zur Finanzierung von Wohnbauten und die Einhaltung der Bedingungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus BGBl I Nr. 253/1993, idF BGBl I Nr. 680/1994 und BGBl I Nr. 162/2001 und des Erlasses des Bundesministeriums für Finanzen vom 6.6 2002, Z 06 0950/I-IV/06/02 wurde der Emittentin im Bericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 durch den Abschlussprüfer, ERNST & YOUNG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., bestätigt. Darüber hinaus wurden in der Wertpapierbeschreibung keine weiteren Informationen genannt, die von gesetzlichen Abschlussprüfern geprüft oder einer prüferischen Durchsicht unterzogen wurden und über die die Abschlussprüfer einen Prüfungsbericht erstellt haben.

7.3. Name, Geschäftsadresse, Qualifikationen und - falls vorhanden - das wesentliche Interesse am Emittenten von Personen, die als Sachverständiger handeln und deren Erklärung oder Bericht in die Wertpapierbeschreibung aufgenommen wurde

Trifft nicht zu.

7.4. Bestätigung, dass Information, die von Seiten Dritter übernommen wurde, korrekt wiedergegeben wurde

Trifft nicht zu.

7.5. Angabe der Ratings, die einem Emittenten oder seinen Schuldtiteln auf Anfrage des Emittenten oder in Zusammenarbeit mit dem Emittenten beim Ratingverfahren zugewiesen wurden. Kurze Erläuterung der Bedeutung der Ratings, wenn sie erst unlängst von der Ratingagentur erstellt wurden

Trifft nicht zu.

7.6. Bekanntmachungen nach erfolgter Emission

Alle Bekanntmachungen über die Wandelschuldverschreibungen werden auf der Homepage der Hypo-Wohnbaubank AG (www.hypo-wohnbaubank.at) veröffentlicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung auf der Homepage. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Anleger bedarf es nicht.

Sofern aufgrund börserechtlicher Vorschriften (z.B. § 93 (5) BörseG) zusätzliche Veröffentlichungs- und Mitteilungspflichten bestehen, wird die Emittentin diesen nachkommen. Derartige Veröffentlichungen erfolgen über ein elektronisch betriebenes Informationsverbreitungssystem (Reuters, Dow Jones Newswire oder Bloomberg) samt entsprechender Übermittlung an die Finanzmarktaufsichtsbehörde, die Wiener Börse AG und Oesterreichische Kontrollbank AG.

B. Partizipationsscheine

1. BESCHREIBUNG DER PARTIZIPATIONSSCHEINE

1.1. Beschreibung des Typs und der Kategorie der Anteile

Das Partizipationskapital ist eingezahltes nachrangiges Kapital, das der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft seitens der Partizipationsscheininhaber auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird. Das Partizipationskapital kann von der Hypo-Wohnbaubank AG nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften oder gemäß den Bestimmungen des § 102a BWG eingezogen werden.

Bei Partizipationsscheinen handelt es sich um Dividendenwerte: Die Erträge aus solchen Wertpapieren sind sohin gewinnabhängig, wobei als Gewinn das Ergebnis des Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung anzusehen ist. Sie nehmen ebenso wie Aktienkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil.

1.2. Rechtsvorschriften, denen zufolge die Anteile geschaffen wurden oder noch werden

Die Ausgabe der Partizipationsscheine gegen Einziehung von Wandelschuldverschreibungen durch die Hypo-Wohnbaubank AG wird durch § 23 BWG abgedeckt. Die entsprechende satzungsmäßige Ermächtigung findet sich in § 3 Abs. (2) lit e der Satzung der Hypo-Wohnbaubank AG.

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus oder im Zusammenhang mit den Partizipationsscheinen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort ist Wien als Sitz der Emittentin. Für alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Partizipationsscheinen gilt ausschließlich das in Wien sachlich zuständige Gericht als gemäß § 104 Jurisdiktionsnorm vereinbarter Gerichtsstand. Verbrauchergerichtsstände bleiben davon unberührt.

Zur steuerlichen Behandlung der Partizipationsscheine wird auf Punkt 4.14.4 in Abschnitt A dieser Wertpapierbeschreibung verwiesen.

1.3. Angabe, ob es sich bei den Wertpapieren um Namenspapiere oder um Inhaberpapiere handelt und ob die Wertpapiere verbrieft oder stückelos sind. In

letzterem Fall sind der Name und die Anschrift des die Buchungsunterlagen führenden Instituts zu nennen

Die Partizipationsscheine lauten auf Inhaber und sind zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz vertreten. Ein Anspruch auf Ausfolgung der Partizipationsscheine besteht nicht. Die Sammelurkunde trägt die firmenmäßige Fertigung der Emittentin (Unterschrift zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen oder zweier Prokuristen). Erhöht oder vermindert sich das Gesamtvolumen der begebenen Partizipationsscheine, so wird die jeweilige Sammelurkunde entsprechend angepasst. Die Hinterlegung der Sammelurkunde erfolgt bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG, Am Hof 4; Strauchgasse 3, 1011 Wien, als Wertpapiersammelbank.

1.4. Angabe der Währung der Emission.

Die Partizipationsscheine werden in Euro begeben.

1.5. Beschreibung der Rechte — einschließlich ihrer etwaigen Beschränkungen — die an die zu Grunde liegenden Aktien gebunden sind, und des Verfahrens zur Ausübung dieser Rechte:

- (1) 10 Stück nennwertlose Partizipationsscheine gewähren den Anspruch auf einen Gewinnanteil in anteilig gleicher Höhe wie eine Stückaktie der Hypo-Wohnbaubank AG. Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber sind gleichzeitig mit der Dividende fällig.
- (2) Im Fall der Abwicklung werden die Partizipationsscheininhaber vermögensrechtlich den Aktionären der Hypo-Wohnbaubank AG gemäß dem in Punkt 1.5.1. dargestellten Verhältnis gleichgestellt. Das Partizipationskapital, als nachrangiges Kapital im Sinne des § 45 Abs. (4) BWG darf im Fall der Liquidation der ausgebenden Gesellschaft erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller anderen Gläubiger zurückgezahlt werden. .
- (3) Die Partizipationsscheininhaber haben das Recht, an den Hauptversammlungen der Hypo-Wohnbaubank AG teilzunehmen und Auskünfte im Sinn von § 112 AktG zu begehren.
- (4) Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte wie z.B. das Stimmrecht und die Antragstellung in der Hauptversammlung, die Bekämpfung von Hauptversammlungsbeschlüssen und das Recht auf Bezug von jungen Aktien.

Bei Ausübung des Wandlungsrechts erlischt mit Wirksamkeit der Wandlung die Treuhandschaft des Treugebers. Die Ausgabe der Partizipationsscheine erfolgt durch die Emittentin auf eigene Rechnung Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus denn von der Emittentin auszugebenden Partizipationsscheinen haftet diese allein.

Ausschüttungen oder Zahlungen im Falle einer Liquidation werden bei einer der im folgenden genannten Zahl- und Einreichstelle gegen Einreichung des jeweiligen Erträgnisscheines ausgezahlt.

Hauptzahl- und Einreichstelle ist die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG, St. Pölten. Weitere Zahl- und Einreichstellen sind: HYPO - Bank Burgenland AG, Eisenstadt; Hypo Alpe-Adria-Bank AG, Klagenfurt; Oberösterreichische Landesbank AG, Linz; Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, Salzburg; Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, Graz; HYPO TIROL BANK AG, Innsbruck und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz.

Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber, welche binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behoben werden, verfallen zugunsten der gesetzlichen Rücklage der Hypo-Wohnbaubank AG.

- (5) Die Partizipationsscheine nehmen wie das Grundkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil.

Zu den Wandlungsbedingungen wird auf Punkt 4.6. des Abschnitts A der Wertpapierbeschreibung verwiesen.

Alle Bekanntmachungen, die die Partizipationsscheine betreffen, erfolgen rechtsgültig im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung". Sollte die Wiener Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr für amtliche Bekanntmachungen dienen, so tritt an ihre Stelle das für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Partizipationsscheininhaber bedarf es nicht. Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung in der "Wiener Zeitung".

1.6. Im Falle von Neuemissionen Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Billigungen, die die Grundlage für die erfolgte bzw. noch zu erfolgende Schaffung der Wertpapiere und/oder deren Emission bilden und Angabe des Emissionstermins

Um eine allfällige Wandlung der Wandelschuldverschreibungen in Partizipationsscheine zu ermöglichen, hat die Hauptversammlung der Emittentin und deren Aufsichtsrat die Ausgabe der dafür erforderlichen Partizipationsscheine beschlossen.

1.7. Angabe des Orts und des Zeitpunkts der erfolgten bzw. noch zu erfolgenden Zulassung der Papiere zum Handel

Ein Antrag auf Zulassung zum Handel an der Börse oder im Rahmen eines Multilateralen Handelssystems ist nicht vorgesehen.

1.8. Darstellung etwaiger Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere

Es liegt keine Beschränkung in Bezug auf die freie Handelbarkeit der Partizipationsscheine vor. Zu den steuerlichen Folgen einer Veräußerung vor dem Ende der steuerlich relevanten Behaltefrist siehe Abschnitt A. Punkt 4.14. (Steuerliche Behandlung).

1.9. Angabe etwaig bestehender obligatorischer Übernahmeangebote und/oder Ausschluss- und Andienungsregeln in Bezug auf die Wertpapiere

Trifft nicht zu.

1.10. Angabe öffentlicher Übernahmeangebote von Seiten Dritter in Bezug auf das Eigenkapital des Emittenten, die während des letzten oder im Verlauf des derzeitigen Geschäftsjahres erfolgten. Zu nennen sind dabei der Kurs oder die Wandelbedingungen für derlei Angebote sowie das Resultat

Trifft nicht zu.

1.11. Auswirkungen der Ausübung des Rechts des Basistitels auf den Emittenten und eines möglichen Verwässerungseffekts für die Aktionäre

Wird durch eine Maßnahme das bestehende Verhältnis zwischen den Vermögensrechten der Anleger in Partizipationsscheine und der Aktionäre geändert, so ist dies im Sinn eines Verwässerungsschutzes angemessen auszugleichen. Dies gilt auch bei der Ausgabe von Aktien und von in § 174 AktG genannten Schuldverschreibungen und Genussrechten; zu diesem Zweck kann auch das Bezugsrecht der Aktionäre (§ 174 Abs. 4 AktG) ausgeschlossen werden. Sollte die Emittentin weitere Partizipationsscheine emittieren, wird sie den Inhabern von Partizipationsscheinen ein ihrem bisherigen Partizipationsscheinbesitz entsprechendes Bezugsrecht einräumen, oder nach freier Wahl der Emittentin, die Partizipationsscheininhaber so stellen, dass der wirtschaftliche Gehalt der ihnen zukommenden Rechte erhalten bleibt. Begibt die Hypo-Wohnbaubank AG stimmberechtigte Aktien, dann steht das Bezugsrecht auf diese Aktien nur den Aktionären zu. In diesem Fall ist den Inhabern von Partizipationsscheinen ein ihrem bisherigen Partizipationsscheinbesitz entsprechendes Bezugsrecht einzuräumen oder sind sie - nach freier Wahl der Emittentin - so zu stellen, dass der wirtschaftliche Gehalt der ihnen zukommenden Rechte erhalten bleibt.

2. Wenn der Emittent des Basistitels ein Unternehmen ist, das derselben Gruppe angehört, so sind die für diesen Emittenten beizubringenden Angaben jene, die im Schema des Registrierungsformulars für Aktien gefordert werden

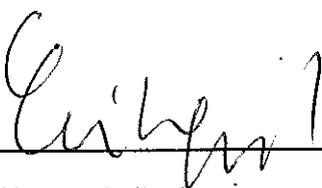
Trifft nicht zu.

**ERKLÄRUNG GEMÄß VERORDNUNG (EG) NR. 809/2004 DER
KOMMISSION VOM 29. APRIL 2004**

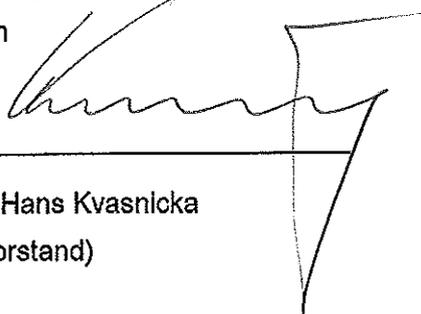
Die Emittentin mit ihrem Sitz in Wien, Österreich, ist für diesen Prospekt mit Ausnahme der Angaben in Punkt IV. zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG verantwortlich und erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt mit Ausnahme der Angaben in Punkt IV. zum Treugeber HYPO TIROL BANK AG ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft

als Emittentin



Dr. Hannes Leitgeb
(Vorstand)



DI Hans Kvasnicka
(Vorstand)

Wien, am _____

ANHANG 1: BEDINGUNGEN FÜR DIE 4 % VERZINSTE HYPO- WOHNBAUANLEIHE TIROL 2008-2020/1 WANDELSCHULDVERSCHREIBUNG DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

§ 1 Form und Nennbetrag

Die Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft (im folgenden auch Emittentin genannt) legt ab dem 07. Jänner 2008 im Wege einer Daueremission auf Inhaber lautende, nicht fundierte Wandelschuldverschreibungen mit Laufzeitende am 06. Juli 2020 (einschließlich) zur Zeichnung auf.

Das Gesamtnominale beträgt bis zu EUR 15.000.000 (EUR fünfzehn Millionen) und zwar bis zu 150.000 Wandelschuldverschreibungen mit je EUR 100 Nominale (mit Aufstockungsmöglichkeit). Die Höhe des Nominalbetrages der Wandelschuldverschreibungen, mit welchen dieselbe zur Begebung gelangt ist, wird nach Ende der Ausgabe festgestellt. Die Wandelschuldverschreibungen werden zur Gänze durch Sammelurkunden (§ 24 b Depotgesetz) vertreten. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Wandelschuldverschreibungen besteht daher nicht. Die Sammelurkunden tragen die Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien. Die Sammelurkunden werden bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt.

Dieses Angebot ist als Daueremission gemäß § 17b (2) KMG von der Prospektpflicht ausgenommen.

§ 2 Kündigung

Eine Kündigung seitens des Gläubigers ist ausgeschlossen, seitens der Emittentin einmalig kündbar zum 07. Juli 2018 unter Einhaltung einer Frist von 5 Bankarbeitstagen (Wien).

§ 3 Wandlungsrecht

(1) Je Nominale EUR 1.000 Wandelschuldverschreibung berechtigen den Inhaber zur

Wandlung in 14 Stück nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs. 4 und 5 BWG (die „Partizipationsscheine“) der Hypo-Wohnbaubank AG. Dies entspricht einem nominellen Wandlungspreis von rd. EUR 71,43 je Partizipationsschein. Die Partizipationsscheine sind ab 07. Jänner jenes Geschäftsjahres gewinnberechtigt, in dem der Umtausch der Wandelschuldverschreibungen erfolgt.

(2) Das Wandlungsrecht kann erstmals mit Stichtag 06.07.2010, danach zu jedem weiteren Kupontermin am 07. Juli ausgeübt werden.

(3) Die Wandlungserklärung kann ausschließlich durch Ausfüllen eines diesbezüglichen von einer als Zahlstelle gemäß § 6 definierten Bank rechtzeitig vor einem Wandlungstermin kostenlos zur Verfügung gestellten Formulars gemäß den Bestimmungen des AktG erfolgen.

(4) Die Wandlungserklärung muss spätestens 15 Bankarbeitstage vor dem Wandlungstermin der in § 6 dieser Bedingungen genannten Hauptzahlstelle mittels eingeschriebenen Briefes zugegangen sein. Die Wandlungserklärung ist für die Gläubiger sofort bindend und wird gegenüber der Emittentin mit fristgerechtem Eingang bei der in § 6 dieser Bedingungen genannten Hauptzahlstelle wirksam. Gleichzeitig ist das Wertpapierdepot bekanntzugeben, dem die in Partizipationsscheine umzutauschenden Wandelschuldverschreibungen zu entnehmen sind. Tritt durch eine Maßnahme (Ausgabe neuer Aktien, weiterer Partizipationsscheine, Genussrechte gemäß § 174 Abs. 3 AktG anderer Wertpapiere mit Bezugsrechten oder Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen etc.) eine Verwässerung der

Vermögensrechte der Inhaber von Wandelschuldverschreibungen ein, so wird dies durch die Gesellschaft angemessen ausgeglichen. Entsprechende Verlautbarungen erfolgen gemäß § 4 dieser Bedingungen. Führt eine Ausgabe von Aktien, Genussrechten oder weiteren Wandelschuldverschreibungen zu keiner Verwässerung, so kann auch die Information an die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen unterbleiben.

§ 4 Angaben über die zur Wandlung angebotenen Partizipationsscheine

(1) Das Partizipationskapital ist eingezahltes Kapital, das der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft seitens der Partizipationsscheininhaber auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird. Das Partizipationskapital kann von der Hypo-Wohnbaubank AG nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften zurückgezahlt werden.

(2) 10 Stück nennwertlose Partizipationsscheine gewähren den Anspruch auf einen Gewinnanteil in anteilig gleicher Höhe wie eine Stückaktie der Hypo-Wohnbaubank AG. Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber sind gleichzeitig mit der Dividende fällig. Sie werden bei einer unten genannten Zahl- und Einreichstelle gegen Einreichung des jeweiligen Erträgnisscheines ausgezahlt.

(3) Hauptzahl- und Einreichstelle ist die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG, St. Pölten. Weitere Zahl- und Einreichstellen sind: HYPO - Bank Burgenland AG, Eisenstadt; Hypo Alpe-Adria-Bank AG, Klagenfurt; Oberösterreichische Landesbank AG, Linz; Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, Salzburg; Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, Graz; HYPO TIROL BANK AG, Innsbruck und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz.

(4) Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber, welche binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behoben werden, verfallen zugunsten der gesetzlichen Rücklage der Hypo-Wohnbaubank AG.

(5) Die Partizipationsscheine nehmen wie das Grundkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil.

(6) Im Fall der Abwicklung werden die Partizipationsscheininhaber vermögensrechtlich den Aktionären der Hypo-Wohnbaubank AG gemäß dem in § 4 Abs. 2 dargestellten Verhältnis gleichgestellt. Das Partizipationskapital darf im Fall der Liquidation der ausgebenden Gesellschaft erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller anderen Gläubiger zurückgezahlt werden.

(7) Die Partizipationsscheininhaber haben das Recht, an den Hauptversammlungen der Hypo-Wohnbaubank AG teilzunehmen und Auskünfte im Sinn von § 112 AktG zu begehren.

(8) Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte wie z.B. das Stimmrecht und die Antragstellung in der Hauptversammlung, die Bekämpfung von Hauptversammlungsbeschlüssen und das Recht auf Bezug von jungen Aktien.

(9) Wird durch eine Maßnahme das bestehende Verhältnis zwischen den Vermögensrechten der Inhaber der Partizipationsscheine und der Aktionäre geändert, so ist dies im Sinn eines Verwässerungsschutzes angemessen auszugleichen. Dies gilt auch bei der Ausgabe von Aktien und von in § 174 AktG genannten Schuldverschreibungen und Genussrechten; zu diesem Zweck kann auch das Bezugsrecht der Aktionäre (§ 174 Abs. 4 AktG) ausgeschlossen werden.

(10) Sollte die Emittentin weitere Partizipationsscheine emittieren, wird sie den Inhabern von Partizipationsscheinen ein ihrem bisherigen Partizipationsscheinbesitz entsprechendes Bezugsrecht einräumen, oder nach freier Wahl der Emittentin, die Partizipationsscheininhaber so stellen, dass der wirtschaftliche Gehalt der ihnen zukommenden Rechte erhalten bleibt.

(11) Begibt die Hypo-Wohnbaubank AG stimmberechtigte Aktien, dann steht das Bezugsrecht auf diese Aktien nur den Aktionären zu. Abs. 10 gilt sinngemäß.

(12) Die Hypo-Wohnbaubank AG wird alle Bekanntmachungen über die Partizipationsscheine in der "Wiener Zeitung" veröffentlichen.

(13) Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Partizipationsscheininhaber bedarf es nicht. Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung in der "Wiener Zeitung".

(14) Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus den Partizipationsscheinen gilt österreichisches Recht; ausschließlicher Gerichtsstand für alle wie immer gearteten Streitigkeiten aus den Partizipationsscheinen ist das sachlich zuständige Gericht in Wien.

§ 5 Steuerliche Behandlung

Die Wandelschuldverschreibungen entsprechen zum Zeitpunkt der Emission dem „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“, BGBl. Nr. 253/1993, idF BGBl. I Nr. 162/2001. Dieses Gesetz sieht folgende Begünstigungen vor: Die Anschaffungskosten für den Ersterwerb der Wandelschuldverschreibungen sind im Rahmen des einheitlichen Höchstbetrages gemäß § 18 Abs. 3 Z. 2 des EStG 1988 als Sonderausgabe absetzbar. Sind die Erträge aus den Wandelschuldverschreibungen Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 27 EStG 1988, so ist für die Zeit der Hinterlegung dieser Wertpapiere bei einer inländischen Bank im Ausmaß bis zu 4 % des Nennbetrages keine Kapitalertragsteuer (KESt) abzuziehen. Die Einkommensteuer gilt für die gesamten Kapitalerträge inklusive des KESt-freien Anteils gemäß § 97 EStG 1988 als abgegolten. Ebenso abgegolten ist die Erbschaftsteuer für den Erwerb von Todes wegen gemäß § 15 Abs. 1 Z. 17 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes 1955. Allfällige gesetzliche Änderungen, insbesondere der Steuergesetze, sind vorbehalten und gehen nicht zu Lasten der Emittentin.

§ 6 Zahl- und Umtauschstelle

(1) Hauptzahl- und Umtauschstelle ist die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG, St. Pölten. Weitere Zahl- und Einreichstellen sind: HYPO - Bank Burgenland AG, Eisenstadt; Hypo Alpe-Adria-Bank AG, Klagenfurt; Oberösterreichische Landesbank AG, Linz, Salzburger Landes-Hypothekenbank AG, Salzburg; Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, Graz; HYPO TIROL BANK AG, Innsbruck und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz.

(2) Die Gutschrift der Zinsen und Tilgungserlöse erfolgt durch die depotführenden Banken.

§ 7 Haftung

Aufgrund einer besonderen zivilrechtlichen Vereinbarung haftet für die Zahlungen des Zinsendienstes und des Kapitals dieser Wandelschuldverschreibungen die HYPO TIROL BANK AG, Innsbruck, als Treugeber mit ihrem Vermögen, nicht jedoch die Hypo-Wohnbaubank AG.

§ 8 Verjährung

Der Anspruch auf die Zinsen verjährt nach drei Jahren, der Anspruch auf das Kapital dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

§ 9 Mittelverwendung

Die Emittentin verpflichtet sich, folgende Auflagen des "Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus" (BGBl. 253/1993, idF BGBl. I Nr. 162/2001) einzuhalten. Der Emissionserlös muss zur Errichtung, zur Erhaltung oder nützlichen Verbesserung durch bautechnische Maßnahmen von Wohnungen mit einer Nutzfläche von höchstens 150 m² oder von überwiegend zu Wohnzwecken bestimmten Gebäuden zur Verfügung stehen und wird innerhalb von 3 Jahren zur Bedeckung der Kosten verwendet. Im Falle einer Vermietung dieser Wohnungen darf die Miete jenen Betrag nicht überschreiten, der für die Zuerkennung von Mitteln aus der Wohnbauförderung maßgebend ist.

§ 10 Börseneinführung

Es ist eine Zulassung zum geregelten Freiverkehr an der Wiener Börse vorgesehen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen über die Wandelschuldverschreibungen werden auf der Homepage der Hypo Wohnbaubank AG veröffentlicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung auf der Homepage. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht.

§ 12 Änderung der Anleihebedingungen

Die Gesellschaft ist berechtigt, die Anleihebedingungen an geänderte wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse, insbesondere an Änderungen der Rechtslage, anzupassen. Eine derartige Anpassung darf nicht zu einer wirtschaftlichen und rechtlichen Schlechterstellung der Inhaber führen, sofern diese nicht angemessen ausgeglichen wird. Eine derartige Änderung wird unter Wahrung dieser Voraussetzung mit Kundmachung gemäß § 11 wirksam.

§ 13 Rechtsordnung, Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Ausgabe dieser Wandelschuldverschreibungen gilt österreichisches Recht; Gerichtsstand ist Wien.

§ 14 Ausgabekurs

Der Ausgabekurs der Wandelschuldverschreibung 2008-2020/1 „Tirol“ wird auf 100 % festgelegt. Aufgrund möglicher künftiger Änderung des Marktzinsniveaus kann es sowohl zu einer positiven als auch negativen Kursentwicklung während der Laufzeit kommen.

Ein vorzeitiger Verkauf des Wertpapiers kann daher sowohl einen Kursgewinn als auch einen Kursverlust mit sich bringen.

Die Emittentin garantiert kein bestimmtes Kursniveau während der Laufzeit.

Die Anleihe ist am 07.07.2020 zur Rückzahlung zum Nennwert fällig.

§ 15 Laufzeit

Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen beträgt 12 Jahre und 6 Monate. Sie beginnt am 07. 01.2008 und endet mit Ablauf des 06.07.2020.

§ 16 Verzinsung

Die Verzinsung der Wandelschuldverschreibungen beginnt am 07. Jänner 2008 und erfolgt in Jahresperioden („Zinsperioden“), die sich jeweils vom 07. Juli bis einschließlich 06. Juli des Folgejahres erstrecken, wobei die erste Periode vom 07.Jänner 2008 bis einschließlich 06. Juli 2008 läuft. (erste kurze Periode) Der Nominalzinssatz vom 07.Jänner 2008 bis 06. Juli 2020 beträgt 4,00 % p.a.

Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf Basis act/act (ICMA),unadjusted, Following Business Day Convention.

Die Verzinsung der Wandelschuldverschreibungen endet mit dem der Fälligkeit bzw. dem allfälligen Wandlungstermin vorangehenden Tag.

§ 17 Tilgung

Die Tilgung für die bis zum Ende der Laufzeit nicht gewandelten Wandelschuldverschreibungen erfolgt am 07. Juli 2020 zu 100 % des Nominales.

§ 18 Zahlungen

(1) Zahlungen erfolgen in Euro.

(2) Sollte ein Rückzahlungstermin, Kupontermin oder sonstiger, sich im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen ergebender Zahlungstermin auf einen Termin fallen, an dem die Banken in Wien nicht zum Geschäftsbetrieb geöffnet sind, so hat der Inhaber der Wandelschuldverschreibungen erst am darauf folgenden Bankarbeitstag Anspruch auf Zahlung von Kapital und Zinsen.

(3) Kapital und Zinsen werden den Anleihegläubigern gutgeschrieben, ohne dass, abgesehen von der Beachtung etwaiger Steuer-, Devisen- oder sonstiger Vorschriften des Landes der betreffenden Zahlstelle, die Ausstellung eines Affidavits oder die Erfüllung einer sonstigen Förmlichkeit verlangt werden darf.

§ 19 Sonstiges

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Hypo-Wohnbaubank AG

Wien, im Jänner 2008

ANHANG 2: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2005 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

ANHANG 3: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2006 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

ANHANG 4: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2007 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

ANHANG 5: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2007 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

ANHANG 6: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2008 DER HYPO-WOHNBAUBANK AG

ANHANG 7: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2007 DER HYPO TIROL BANK AG

ANHANG 8: UNGEPRÜFTER ZWISCHENABSCHLUSS ZUM 30.06.2008 DER HYPO TIROL BANK AG

ANHANG 2:

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

AKTIVA				PASSIVA			
	Stand	Stand		Stand	Stand		
	31.12.2005	31.12.2004		31.12.2005	31.12.2004		
€	€	TE	€	€	TE		
1. Forderungen an Kreditinstitute	2.260.339.428,87	1.864.715	1. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig	167.051,43		Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	2.259.843.746,05	1.864.141		
b) sonstige Forderungen	2.260.172.377,44		2. Sonstige Verbindlichkeiten	17.809,50	9		
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.244.778,33	3.620	3. Rechnungsabgrenzungsposten	23.471,93	23		
von anderen Emittenten	1.244.778,33		darunter: eigene Schuldverschreibungen € 0,00				
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.926.465,87	1.281	4. Rückstellungen	39.400,00	25		
4. Beteiligungen	5.500,00	6	a) Steuerrückstellungen	20.000,00	0		
darunter: an Kreditinstituten € 0,00			b) Sonstige Rückstellungen	19.400,00	25		
5. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	851,84	3	5. Gezeichnetes Kapital	5.110.000,00	5.110		
6. Sachanlagen	0,00	2	6. Gewinnrücklagen (gesetzliche Rücklage)	108.400,00	98		
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im			7. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	218.400,00	216		
Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt worden € 0,00			8. Bilanzgewinn	157.797,43	152		
7. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	144					
8. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	3					
	<u>2.265.517.024,91</u>	<u>1.869.774</u>		<u>2.265.517.024,91</u>	<u>1.869.774</u>		
			1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14	5.433.948,16	5.421		
			2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1	71.702,84	58		

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JÄNNER 2005 BIS 31. DEZEMBER 2005

	2005		2004
	€	€	TE
1. Zinsen und ähnliche Erträge		77.083.259,07	63.639
darunter:			
aus festverzinslichen Wertpapieren (VJ TEUR 210)	74.292,91		
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-77.002.617,63	-63.420
I. NETTOZINSERTRAG		80.641,44	219
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen			
= Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		162.896,87	51
4. Provisionserträge		209.941,34	162
5. Sonstige betriebliche Erträge		9.688,02	1
II. BETRIEBSERTRÄGE		463.167,67	433
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
= Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-251.040,27	-203
7. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5. und 6. enthaltenen Vermögensgegenstände		-4.466,49	-5
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-255.506,76	-208
IV. BETRIEBSERGEBNIS		207.660,91	225
8. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind		17.723,06	-10
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		225.383,97	215
9. Außerordentliche Erträge			
= Außerordentliches Ergebnis		0,00	26
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-57.357,96	-81
11. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 10. auszuweisen		-242,00	0
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		167.784,01	160
12. Rücklagenbewegung		-10.800,00	-9
VII. JAHRESGEWINN		156.984,01	151
13. Gewinnvortrag		813,42	1
VIII. BILANZGEWINN		157.797,43	152

E. ...

A n h a n g

zur Bilanz der Hypo-Wohnbaubank AG zum 31. Dezember 2005

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des HGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert.

Die Abgrenzung der Darlehenszinsen und der passivierten Zinsen für die begebenen Wandelschuldverschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung von 30/360, 30/365 Zinstagen bzw. nach der ISMA-Methode (=actual/actual).

Als Anlagevermögen werden jene Wertpapiere ausgewiesen, die der längerfristigen Veranlagung der Mittel dienen und bis zur Tilgung gehalten werden sollen. Sämtliche unter den Posten Schuldverschreibungen sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere angeführten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zuzurechnen und wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Zinsenabgrenzungen für Forderungen an Kreditinstitute und verbrieft Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet. Die Zinsenabgrenzungen für Schuldverschreibungen sowie Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr erstmals unter der entsprechenden Wertpapierposition ausgewiesen; im Vorjahr wurden diese den sonstigen Vermögensgegenständen zugeordnet.

B. Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

A k t i v a

Forderungen an Kreditinstitute

Bei diesen Forderungen handelt es sich im wesentlichen um Guthaben bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG und der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG.

Weiters werden hier Veranlagungen und Darlehen ausgewiesen, es handelt sich dabei um die in Wandelschuldverschreibungsform aufgenommenen Mittel, die den beteiligten Landes-Hypothekenbanken zur Veranlagung auf eigene Deckung und Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues wurde zivilrechtlich auf die Landes-Hypothekenbanken überbunden. Die Zinsenabgrenzungen werden der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute wird Treuhandvermögen gemäß § 48 (1) BWG in Höhe von € 2.259.843.746,05 ausgewiesen, das vom Kreditinstitut in eigenem Namen aber für fremde Rechnung gehalten wird.

Schuldverschreibungen

Bei den Wertpapieren handelt es sich ausschließlich um festverzinsliche Pfandbriefe und Anleihen. Die Zinsenabgrenzungen werden im Berichtsjahr der Wertpapierposition (Vorjahr: sonstige Vermögensgegenstände) zugeordnet.

Die Schuldverschreibungen sind zur Gänze dem Anlagevermögen zugeordnet und gemäß § 204 Abs 2 HGB bzw. § 56 BWG bewertet. Wertpapiere mit einem Nominale von € 1.238.000,00 (Buchwert € 1.217.550,00) sind börsennotiert. Diese werden zur Gänze im Jahr 2006 endfällig.

Aus steuerlichen Gründen wird auf eine Zuschreibung verzichtet.

Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position umfasst 521.270 Stück Investmentfondanteile, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2000 wurde ein Anteil an der sektoreigenen Einlagensicherung der Hypo-Haftungs-GmbH erworben. Die Stammeinlage und der Buchwert dieser Beteiligung betragen € 100,00.

Seit dem Jahr 2004 hält die Hypo - Wohnbaubank eine Beteiligung an der Liegenschaftsbewertungsakademie GmbH Center of Valuation and Certification-CVC mit Sitz in Graz. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt € 70.000,00, die von der Hypo - Wohnbaubank AG geleistete Stammeinlage € 1.400,00, und der Buchwert dieser Beteiligung € 5.400,00.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Es handelt sich im Wesentlichen um von Dritten erworbene Software bzw um Computer, die über 3 bzw. 4 Jahre verteilt, abgeschrieben werden.

Passiva

Verbriefte Verbindlichkeiten

Diese Position umfaßt die begebenen Wandelschuldverschreibungen einschließlich der entsprechenden Zinsenabgrenzungen mit einem Betrag von € 2.259.843.746,05. Diese betreffen treuhändig begebene Wandelschuldverschreibungen, die vom Kreditinstitut gemäß § 48 (1) BWG im eigenen Namen aber für fremde Rechnung begeben wurden. Die Wandelschuldverschreibungen beinhalten ein Recht auf Wandlung in Partizipationskapital.

Passive Rechnungsabgrenzung

Unter dieser Position sind die von der Oberösterreichischen Landesbank AG vorausbezahlten Provisionen ausgewiesen.

Rückstellungen

Hier sind die Prüfungs- und Steuerberatungskosten, Veröffentlichungskosten, Kosten für die Innenrevision sowie für Körperschaftssteuer berücksichtigt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von € 5.110.000,00, ist in 70.000 Stück voll eingezahlter Stückaktien zerlegt.

Hafrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG

Die Hafrücklage wurde gemäß den Bestimmungen des § 23 Abs 6 BWG in Verbindung § 103 Z 12 BWG mit 1% des Zuwachses der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs 2 BWG seit dem Jänner 2001, berechnet und dotiert.

Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen wird die gesetzliche Rücklage gemäß § 130 (3) AktG ausgewiesen.

Laufzeitengliederung

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute und die Schuldverschreibungen sowie die verbrieften Verbindlichkeiten haben die in der Tabelle ausgewiesene Restlaufzeiten.

a) nicht täglich fällige Forderungen (TEUR)	2005	2004
bis 3 Monate	210	2.189
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	20.920	32.397
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	353.674	264.136
mehr als 5 Jahre	1.846.249	1.569.529
b) verbriefte Verbindlichkeiten (TEUR)		
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	19.702	31.694
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	353.674	262.918
mehr als 5 Jahre	1.846.249	1.569.529

Es wird kein Wertpapier-Handelsbuch geführt.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsen und ähnliche Erträge

Unter dieser Position sind die Zinsen aus den Veranlagungen und Darlehen bei den beteiligten Landes- Hypothekenbanken sowie Kontokorrent- und Wertpapierzinsen ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen betreffen ausschließlich die begebenen Wandelschuldverschreibungen.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Unter dieser Position sind Erträge aus Investmentfonds ausgewiesen.

Provisionserträge

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus der Platzierung der Wandelschuldverschreibungen.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Als wesentliche Posten sind Prüfungs- und Beratungskosten sowie die Sachkostenverrechnung mit der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken zu nennen.

Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände

Unter diesem Posten sind die Normalabschreibung auf Software und Sachanlagen sowie geringwertigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

Die Steuern vom Einkommen betreffen im Wesentlichen die Körperschaftsteuer für 2005.

D. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft verwendet im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente. Das Preis- und Zinsänderungsrisiko der Finanzanlagen ist nicht eminent.

Im Berichtsjahr wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

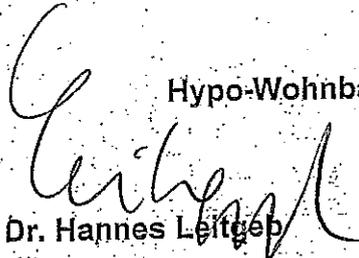
An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden weder Vorschüsse, Kredite oder Haftungen gewährt. Die Vorstandsmitglieder erhalten eine Geschäftsführerentschädigung von rund TEUR 5,23.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

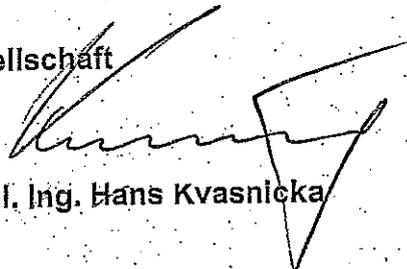
Dir. Mag. Dr. Reinhard Krausbar, Vorsitzender
Dir. Mag. Gert Xander, Vorsitzender-Stellvertreter
Generaldirektor Mag. Ing. Werner Schmitzer
Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer
Generaldirektor Dr. KR Wolfgang Ulrich
Direktor Dr. Hannes Gruber
Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger
Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger
Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma

Mitglieder des Vorstandes:

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka
Dr. Hannes Leitgeb (ab 01.07.2005)
Mag. Dietmar Rupar (bis 30.06.2005)


Dr. Hannes Leitgeb

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft


Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 31. März 2006

ANLAGENSPIEGEL GEMÄSS § 226 (1) HGB PER 31. DEZEMBER 2005

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			Stand 31.12.2005	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2005	Buchwert 31.12.2004	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	Vortrag 1.1.2005	Zugang	Abgang					
	€	€	€					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	13.308,32	0,00	1.366,28	11.942,04	11.090,20	851,84	2.919,74	2.067,90
II. Sachanlagen								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausrüstung	7.947,10	0,00	1.435,75	6.511,35	6.511,35	0,00	2.398,59	2.398,59
III. Finanzanlagen								
1. Beteiligungen	5.500,00	0,00	0,00	5.500,00	0,00	5.500,00	5.500,00	0,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens								
a) Schuldverschreibungen	3.754.071,55	0,00	2.516.071,55	1.238.000,00	20.450,00	1.217.550,00	3.619.980,77	0,00
b) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.304.428,00	2.692.525,20	0,00	3.996.953,20	77.003,20	3.919.950,00	1.281.020,00	53.595,20
	5.063.999,55	2.692.525,20	2.516.071,55	5.240.453,20	97.453,20	5.143.000,00	4.906.500,77	53.595,20
	5.085.254,97	2.692.525,20	2.518.873,58	5.258.906,59	115.054,75	5.143.851,84	4.911.819,10	58.061,69

BESTÄTIGUNGSVERMERK

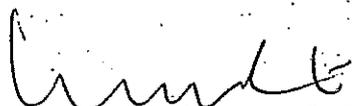
"Wir haben den Jahresabschluss der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2005 bis 31. Dezember 2005 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB, BWG) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

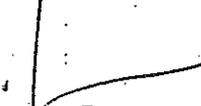
Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 31. März 2006

EY ERNST & YOUNG
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT MBH


DR. ROBERT WAUSCHKE
Wirtschaftsprüfer


DR. ELISABETH GLASER
Wirtschaftsprüferin

LAGEBERICHT der Hypo-Wohnbaubank AG für das Jahr 2005

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens

Die erfolgreiche Entwicklung der Hypo-Wohnbaubank wurde auch 2005 fortgesetzt. Mit rd. € 437 Mio Emissionsvolumen konnte das stärkste Vorjahresergebnis von 448,3 Mio auf hohem Niveau gehalten werden.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage - Beträge in TEUR

	2005	2004	Veränderung in %
Betriebserträge	463	433	6,93%
Betriebsaufwendungen	-256	-208	23,08%
Betriebsergebnis	208	225	-7,56%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	225	215	4,65%
Jahresüberschuss	168	160	5,00%

Die **Betriebserträge** der Hypo-Wohnbaubank AG konnten im Jahr 2005 um circa 6,93% oder TEUR 30 gesteigert werden. Der Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus den Provisionserträgen aufgrund der Steigerung der verwalteten Emissionen.

Die **Betriebsaufwendungen** verzeichneten eine Steigerung von 23,08% oder TEUR 48. Diese Aufwendungen umfassen die Sachaufwendungen als auch die planmäßigen Abschreibungen und Wertberichtigungen.

Das sich daraus ergebende **Betriebsergebnis** von TEUR 208 verminderte sich somit um TEUR 17 oder 7,56% zum Vorjahresergebnis von TEUR 225.

Nach den Wertberichtigungen und Erträgen aus Wertberichtigungen auf Wertpapieren errechnet sich ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**, das 4,65% über dem Vorjahr liegt.

1.2. Finanzlage und Vermögenslage

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung einzelner Bilanzpositionen im Vergleich zum Vorjahr (Beträge in TEUR)

	2005	2004	Veränderung in %
AKTIVA			
Kassenbestand und Forderungen an Kreditinstitute	2.260.339	1.864.715	21,22%
Wertpapiere	5.171	4.901	5,51%
Beteiligungen	6	6	0,00%
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	1	5	-80,00%
Sonstige Aktiva und Rechnungsabgrenzungsposten	0	147	-100,00%
Summe Aktiva	2.265.517	1.869.774	21,17%

	2005	2004	Veränderung in %
PASSIVA			
Verbrieftete Verbindlichkeiten	2.259.844	1.864.141	21,23%
Rückstellungen	39	25	56,00%
Sonstige Passiva	41	32	28,13%
Gezeichnetes Kapital	5.110	5.110	0,00%
Rücklagen	325	314	3,50%
Bilanzgewinn	158	152	3,95%
Summe Passiva	2.265.517	1.869.774	21,17%

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß BWG § 23 Abs. 14 stellen sich wie folgt dar (Beträge in TEUR)

	2005	2004
Stammkapital	5.110	5.110
Gesetzliche Rücklagen	106	98
Andere Gewinnrücklagen	0	0
Hafrücklage gem § 23 Abs. 6 BWG	219	216
abzügl. Buchwert immaterielle Wirtschaftsgüter	-1	-3
Summe	5.434	5.421

Für 2005 ergibt sich eine Eigenmittelquote von 606,27%

Die Eigenmittelquote für 2004 beträgt 742,23%.

Aus der Gegenüberstellung der operativen Erträge zu den Aufwendungen errechnet sich das Cost income ratio wie nachstehend abgebildet:

	2005/TEUR	2004/TEUR
operating earnings	463	433
operating expenditures	255	208
cost income ratio	55,08%	48,04%

1.3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

1.4. Forschung und Entwicklung

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat keine Tätigkeiten im Bereich der Forschung und Entwicklung.

1.5. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

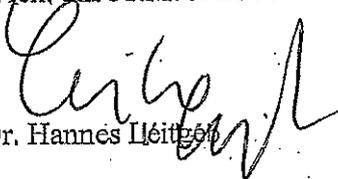
2. Risiko

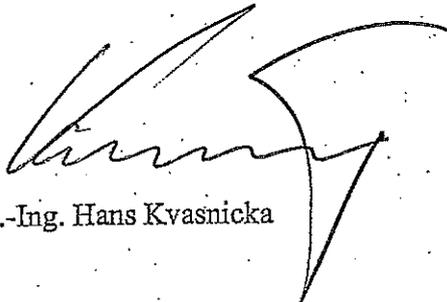
Die Hypo-Wohnbaubank AG ist als treuhändiges Emissionsinstitut gemäß § 22 Abs. 3 Zi. 1 lit. i BWG konstruiert und hat in ihrer Bilanz daher weder Ausfallsrisiken, Fristentransformationsrisiken, Liquiditätsrisiken noch Risiken aus Derivatgeschäften. Die aufgenommenen Mittel werden von den Landes-Hypothekenbanken entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Refinanzierung des Wohnbaus verwendet.

3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (Prognosebericht)

Auch im Jahr 2006 ist von einer guten Nachfrage von Wohnbauanleihen auszugehen.

Wien, am 31. März 2006


Dr. Hannes Leitner


Dipl.-Ing. Hans Kvasnicka

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JÄNNER 2006 BIS 31. DEZEMBER 2006

	2006		2005
	€	€	T€
1. Zinsen und ähnliche Erträge		90.277.712,78	77.083
darunter:			
aus festverzinslichen Wertpapieren (VJ T€ 74)	33.537,89		
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-90.235.060,66	-77.003
I. NETTOZINSERTRAG		42.652,12	80
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen = Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		227.019,25	163
4. Provisionserträge		246.908,32	210
5. Sonstige betriebliche Erträge		1.610,00	10
II. BETRIEBSERTRÄGE		518.189,69	463
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen = Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-255.108,22	-251
7. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5. und 6. enthaltenen Vermögensgegenstände		-755,40	-5
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-255.863,62	-256
IV. BETRIEBSERGEBNIS		262.326,07	207
8. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind		-200.500,38	18
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		61.825,69	225
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-15.638,00	-57
10. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 9. auszuweisen		-64,00	0
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		46.123,69	168
11. Rücklagenbewegung		-2.700,00	-11
VII. JAHRESGEWINN		43.423,69	157
12. Gewinnvortrag		1.797,43	1
VIII. BILANZGEWINN		45.221,12	158

A n h a n g

zur Bilanz der Hypo-Wohnbaubank AG zum 31. Dezember 2006

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des HGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert.

Die Abgrenzung der Darlehenszinsen und der passivierten Zinsen für die begebenen Wandelschuldverschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung von 30/360, actual/365 Zinstagen bzw. nach der ISMA-Methode (=actual/actual).

Als Anlagevermögen werden jene Wertpapiere ausgewiesen, die der längerfristigen Veranlagung der Mittel dienen und bis zur Tilgung gehalten werden sollen. Sämtliche unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere angeführten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zuzurechnen und wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Zinsenabgrenzungen für Forderungen an Kreditinstitute und verbriefte Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet. Die Zinsenabgrenzungen für Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr unter der entsprechenden Wertpapierposition ausgewiesen.

B: Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute

Bei diesen Forderungen handelt es sich im wesentlichen um Guthaben bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG und der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekbank AG.

Weiters werden hier Veranlagungen und Darlehen (einschließlich Abgrenzungen für Zinsen und Provisionen) ausgewiesen, es handelt sich

dabei um die in Wandelschuldverschreibungsform aufgenommenen Mittel, die den beteiligten Landes-Hypothekenbanken zur Veranlagung auf eigene Deckung und Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues wurde zivilrechtlich auf die Landes-Hypothekenbanken überbunden. Die Zinsenabgrenzungen werden der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute wird Treuhandvermögen gemäß § 48 (1) BWG in Höhe von € 2.538.052.929,10 ausgewiesen, das vom Kreditinstitut in eigenem Namen aber für fremde Rechnung gehalten wird.

Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen waren zur Gänze dem Anlagevermögen zugeordnet und gemäß § 204 Abs 2 HGB bzw. § 56 BWG bewertet. Sämtliche Wertpapiere mit einem Nominale von € 1.238.000,00 (Buchwert 31.12.2005: € 1.217.550,00) waren börsennotiert und wurden zur Gänze im Jahr 2006 endfällig.

Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position umfasst 686.868 Stück Investmentfondanteile, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2000 wurde ein Anteil an der sektoreigenen Einlagensicherung der Hypo-Haftungs-GmbH erworben. Die Stammeinlage und der Buchwert dieser Beteiligung betragen € 100,00.

Seit dem Jahr 2004 hält die Hypo - Wohnbaubank eine Beteiligung an der Liegenschaftsbewertungsakademie GmbH Center of Valuation and Certification-CVC mit Sitz in Graz. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt € 70.000,00, die von der Hypo - Wohnbaubank AG geleistete Stammeinlage € 1.400,00, und der Buchwert dieser Beteiligung € 5.400,00.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Es handelt sich im Wesentlichen um von Dritten erworbene Software bzw um Computer, die über 3 bzw. 4 Jahre verteilt, abgeschrieben werden.

P a s s i v a

Verbriefte Verbindlichkeiten

Diese Position umfaßt die begebenen Wandelschuldverschreibungen einschließlich der entsprechenden Zinsenabgrenzungen mit einem Betrag von € 2.538.052.929,10. Diese betreffen treuhändig begebene Wandelschuldverschreibungen, die vom Kreditinstitut gemäß § 48 (1) BWG im eigenen Namen aber für fremde Rechnung begeben wurden. Die Wandelschuldverschreibungen beinhalten ein Recht auf Wandlung in Partizipationskapital.

Passive Rechnungsabgrenzung

Unter dieser Position sind die von der Oberösterreichischen Landesbank AG vorausbezahlten Provisionen ausgewiesen.

Rückstellungen

Hier sind die Prüfungs- und Steuerberatungskosten sowie die Veröffentlichungskosten berücksichtigt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von € 5.110.000,00, ist in 70.000 Stück voll eingezahlter Stückaktien zerlegt.

Hafrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG

Die Hafrücklage wurde gemäß den Bestimmungen des § 23 Abs 6 BWG in Verbindung § 103 Z 12 BWG mit 1% des Zuwachses der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs 2 BWG seit dem Jänner 2001, berechnet und dotiert.

Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen wird die gesetzliche Rücklage gemäß § 130 (3) AktG ausgewiesen.

Laufzeitengliederung

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute sowie die verbrieften Verbindlichkeiten haben die in der Tabelle ausgewiesene Restlaufzeiten.

a) nicht täglich fällige Forderungen (TEUR)	2006	2005
bis 3 Monate	20.720	210
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	21.010	20.920
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	471.524	353.674
mehr als 5 Jahre	1.978.388	1.846.249

b) verbrieftete Verbindlichkeiten (TEUR)	2006	2005
Bis 3 Monate	20.439	
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	21.010	19.702
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	471.524	353.674
mehr als 5 Jahre	1.978.388	1.846.249

Es wird kein Wertpapier-Handelsbuch geführt.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Zinsen und ähnliche Erträge**

Unter dieser Position sind die Zinsen aus den Veranlagungen und Darlehen bei den beteiligten Landes- Hypothekenbanken sowie Kontokorrent- und Wertpapierzinsen ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen betreffen ausschließlich die begebenen Wandelschuldverschreibungen.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Unter dieser Position sind Erträge aus Investmentfonds ausgewiesen.

Provisionserträge

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus der Platzierung der Wandelschuldverschreibungen.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Als wesentliche Posten sind Prüfungs- und Beratungskosten, Wertpapier- und Depotgebühren, Veröffentlichungskosten sowie die Sachkostenverrechnung mit der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken zu nennen.

Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände

Unter diesem Posten sind die Normalabschreibung auf Software und Sachanlagen sowie geringwertigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

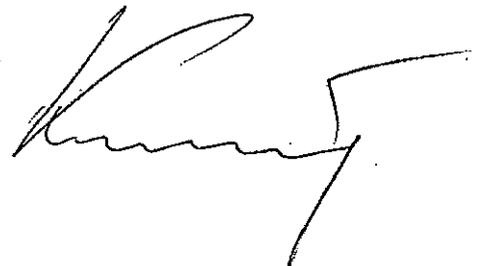
Die Steuern vom Einkommen betreffen im Wesentlichen die Körperschaftsteuer für 2006.

D. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft verwendet im Rahmen Ihrer Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente. Das Preis- und Zinsänderungsrisiko der Finanzanlagen ist nicht eminent.

Im Berichtsjahr wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden weder Vorschüsse, Kredite oder Haftungen gewährt. Ein Vorstandsmitglied erhält eine Geschäftsführerentschädigung von rund EUR 3.500,--.



Mitglieder des Aufsichtsrates:

Vorstandsdirektor Mag. Dr. Reinhard Krausbar, Vorsitzender bis 08.06.2006

Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner, Vorsitzender ab 08.06.2006

Vorstandsdirektor Mag. Gert Xander, Vorsitzender-Stellvertreter, bis 31.12.2006

Vorstandsdirektor Dr. Günter Matuschka, Vorsitzender-Stellvertreter, ab 09.03.2007

Generaldirektor Mag. Ing. Werner Schmitzer bis 31.12.2006

Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer

Generaldirektor Dr. KR Wolfgang Ulrich bis 30.06.2006

Generaldirektor Dr. Hannes Gruber

Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger

Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger bis 17.11.2006

Vorstandsdirektor Dkfm. Dr. Jodok Simma

Vorstandsdirektor Gerhard Nyul ab 01.07.2006

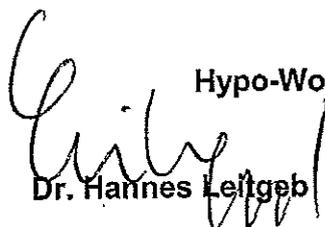
Vorstandsdirektor Mag. Markus Ferstl ab 09.03.2007

Generaldirektor Mag. Martin Gölles ab 09.03.2007

Mitglieder des Vorstandes:

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Dr. Hannes Leitgeb


Dr. Hannes Leitgeb

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft


Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 02. April 2007

ANLAGENSPIEGEL GEMÄSS § 226 (1) HGB PER 31. DEZEMBER 2006

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			Stand 31.12.2006	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2006	Buchwert 31.12.2005	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	Vortrag 1.1.2006	Zugang	Abgang					
	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	11.942,04	0,00	0,00	11.942,04	11.845,60	96,44	851,84	755,40
II. Sachanlagen								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.511,35	0,00	0,00	6.511,35	6.511,35	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen								
1. Beteiligungen	5.500,00	0,00	0,00	5.500,00	0,00	5.500,00	5.500,00	0,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens								
a) Schuldverschreibungen	1.238.000,00	0,00	1.238.000,00	0,00	0,00	0,00	1.217.550,00	0,00
b) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.996.953,20	1.253.318,38	0,00	5.250.271,58	297.953,58	4.952.318,00	3.919.950,00	220.950,38
	5.240.453,20	1.253.318,38	1.238.000,00	5.255.771,58	297.953,58	4.957.818,00	5.143.000,00	220.950,38
	5.258.906,59	1.253.318,38	1.238.000,00	5.274.224,97	316.310,53	4.957.914,44	5.143.851,84	221.705,78

LAGEBERICHT

der

Hypo-Wohnbaubank AG für das Jahr 2006

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Hypo-Wohnbaubank ist eine Spezialbank zur Finanzierung des Wohnbaus in Österreich. Die Bank wurde im Jahre 1994 von den 8 Landes-Hypothekenbanken gegründet. Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Finanzierung von Wohnbauten.

Rechtliche Grundlage des Handelns der Wohnbaubanken ist das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“ (1993 vom österreichischen Nationalrat beschlossen). Es sieht vor, dass die durch Emissionen der Wohnbaubanken aufgebrachten langfristigen Mittel – sowohl Anleihen als auch Aktien – für die Errichtung von erschwinglichen Wohnungen verwendet werden. Um dies für die Anleger attraktiv zu machen, hat man die Wohnbauanleihen mit einem doppelten Steuervorteil ausgestattet:

Die Zinsen von bis zu 4 % sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Der Erstanschaffungspreis kann im Rahmen der Sonderausgabenregelung von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Die Anleihen müssen außerdem zweckgewidmet eingesetzt werden. Das damit aufgebrachte Kapital wird ausschließlich zur Finanzierung von Wohnbauten verwendet, welche überwiegend durch Hypotheken sichergestellt sind. Dadurch ist für die Anleihezeichner besondere wirtschaftliche Sicherheit gegeben.

Die Wohnbauanleihen der Hypo-Wohnbaubank werden über die Vertriebswege der 8 Landes-Hypothekenbanken im breiten Publikum platziert.

Geschäftspolitisches Ziel der Hypo-Wohnbaubank ist es, die aufgebrachten Mittel Privaten und Gemeinnützigen Bauvereinigungen in Form von zinsstabilen, langfristigen Finanzierungsmitteln über die 8 Landes-Hypothekenbanken zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinnützigen Bauvereinigungen errichten mit diesen Mitteln mehrgeschossige Wohnbauten, und zwar fast ausschließlich im Rahmen der Wohnbauförderung.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage - Beträge in TEUR

Die erfolgreiche Entwicklung der Hypo-Wohnbaubank wurde auch 2006 fortgesetzt. Mit rd. € 291,4 Mio Emissionsvolumen konnte das außergewöhnlich starke Vorjahresergebnis von € 437 Mio auf hohem Niveau gehalten werden.

	2006	2005	Veränderung in %
Betriebserträge	518	463	11,89%
Betriebsaufwendungen	-256	-256	0,00%
Betriebsergebnis	262	207	26,57%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62	225	-72,44%
Jahresüberschuss	46	168	-72,62%

Die **Betriebserträge** der Hypo-Wohnbaubank AG konnten im Jahr 2006 um circa 11,89% oder TEUR 55 gesteigert werden. Der Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus den Provisionserträgen aufgrund der Steigerung der verwalteten Emissionen.

Die **Betriebsaufwendungen** sind mit TEUR 256 gleich hoch wie im Vorjahr. Diese Aufwendungen umfassen die Sachaufwendungen als auch die planmäßigen Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände.

Das sich daraus ergebende **Betriebsergebnis** von TEUR 262 stieg somit um TEUR 55 oder 26,57% zum Vorjahresergebnis von TEUR 207.

Nach den Wertberichtigungen auf Wertpapiere errechnet sich ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**, das um 72,62 % unter dem Vorjahr liegt.

1.2. Finanzlage und Vermögenslage

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung einzelner Bilanzpositionen im Vergleich zum Vorjahr (Beträge in TEUR)

	2006	2005	Veränderung in %
AKTIVA			
Kassenbestand und Forderungen an Kreditinstitute	2.538.599	2.260.339	12,31%
Wertpapiere	4.980	5.171	-3,69%
Beteiligungen	6	6	0,00%
Immaterielles Anlage- vermögen und Sachanlagen	0	1	-100,00%
Sonstige Aktiva und Rechnungs- abgrenzungsposten	21	0	0,00%
Summe Aktiva	2.543.606	2.265.517	12,21%

	2006	2005	Veränderung in %
Passiva			
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.538.053	2.259.844	12,31%
Rückstellungen	15	39	-61,54%
Sonstige Passiva	55	42	30,95%
Gezeichnetes Kapital	5.110	5.110	0,00%
Rücklagen	328	324	1,23%
Bilanzgewinn	45	158	-71,52%
Summe Passiva	2.543.606	2.265.517	12,21%

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß BWG § 23 Abs. 14 stellen sich wie folgt dar (Beträge in TEUR)

	2006	2005
Eingezahltes Kapital	5.110	5.110
Gesetzliche Rücklagen	109	106
Andere Gewinnrücklagen	0	0
Hafrücklage gem § 23Abs.6 BWG	219	219
abzügl. Buchwert immaterielle Wirtschaftsgüter	0	-1
Summe	5.437	5.434

Für 2006 ergibt sich eine Eigenmittelquote von 539,50%

Die Eigenmittelquote für 2005 beträgt 606,27%.

Aus der Gegenüberstellung der operativen Erträge zu den Aufwendungen errechnet sich das Cost income ratio wie nachstehend abgebildet:

	2006/TEUR	2005/TEUR
operating earnings	518	463
operating expenditures	256	255
cost income ratio	49,42%	55,29%

CASHFLOW STATEMENT 2006
gemäß Fachgutachten KFS BW2

	<u>2006</u> TEUR	<u>2005</u> TEUR
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62	225
Überleitung auf den Netto-Geldfluss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögens- gegenstände des Investitionsbereiches	222	58
+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Investitionsbereiches	-20	-71
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-278.244	-396.630
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen ausgenommen für Ertragsteuern	-5	-5
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>278.223</u>	<u>395.711</u>
Netto-Geldfluss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	238	288
+/- Netto-Geldfluss aus außerordentlichen Posten	0	0
- Zahlungen für Ertragsteuern	<u>-36</u>	<u>-37</u>
Netto-Geldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	202	251
+ Einzahlungen aus Anlagenabgang (ohne Finanzanlagen)	0	2
+ Einzahlungen aus Finanzanlagenabgang und sonstigen Finanzinvestitionen	1.238	2.473
- Auszahlungen für Anlagenzugang (ohne Finanzanlagen)	0	0
- Auszahlungen für Finanzanlagenzugang und sonstige Finanzinvestitionen	<u>-1.253</u>	<u>-2.694</u>
Netto-Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-15	-219
+ Einzahlungen von Eigenkapital	0	0
- Rückzahlungen von Eigenkapital	0	0
- Auszahlungen aus der Bedienung des Eigenkapitals	-156	-151
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Finanzkrediten	<u>0</u>	<u>0</u>
Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-156	-151
ZAHLUNGSWIRKSAME VERÄNDERUNG DES FINANZMITTELBESTANDES	31	-119
+/- Wechselkursbedingte und sonstige Wertänderungen des Finanzmittelbestandes	0	0
+ Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	<u>377</u>	<u>496</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	408	377

1.3. Erläuterungen zum Cash-flow

Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach dem Fachgutachten KFS BW2 des Fachsenates für Betriebswirtschaft und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder. Der Finanzmittelbestand umfasst ausschließlich täglich fällige und als Festgeld veranlagte Bankguthaben und entspricht den in der Bilanz angesetzten Werten.

1.4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

1.5. Forschung und Entwicklung

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat keine Tätigkeiten im Bereich der Forschung und Entwicklung.

1.5. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

2. Risiko

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist als treuhändiges Emissionsinstitut gemäß § 22 Abs. 3 Zi. 1 lit. i BWG konstruiert und hat in ihrer Bilanz daher weder Ausfallsrisiken, Fristentransformationsrisiken, Liquiditätsrisiken noch Risiken aus Derivatgeschäften. Die aufgenommenen Mittel werden von den 8 Landes-Hypothekenbanken entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Refinanzierung des Wohnbaus verwendet.

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat keine Arbeitnehmer beschäftigt, das Front Office (Abwicklung von Neuemissionen, die gesamte Dokumentation, Kommunikation mit den 8 Landes-Hypothekenbanken, der OeNB sowie der Wiener Börse) wird von zwei Mitarbeitern der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken wahrgenommen. Unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips werden von den genannten Mitarbeitern weiters die Tätigkeiten des Back Office - Kuponabrechnungen, Zahlungsverkehr, Zinssatzanpassungen, Buchhaltung, Meldewesen, etc. – inklusive der erforderlichen Kontrolltätigkeiten durchgeführt. Ein Arbeitshandbuch mit detaillierten Arbeitsanweisungen liegt vor.

Die Erstfreigabe beim Zahlungsverkehr erfolgt im Back Office, die Zweitfreigabe im Rechnungswesen der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken.

Es ist geplant, die Buchhaltung im Laufe des Jahres an die Abteilung Rechnungswesen der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken auszugliedern.

3. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Hypo-Wohnbaubank AG tätigt keine Derivatgeschäfte.

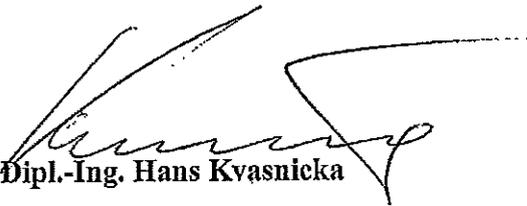
4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (Prognosebericht)

Auch im Jahr 2007 ist von einer guten Nachfrage von Wohnbauanleihen auszugehen und mit einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung zu rechnen.

**Hypo-Wohnbaubank
Aktiengesellschaft**

Der Vorstand


Dr. Hannes Leitgeb


Dipl.-Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 02. April 2007

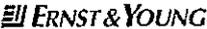
7. BESTÄTIGUNGSVERMERK *)

"Wir haben den Jahresabschluss der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2006 bis 31. Dezember 2006 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB, BWG) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

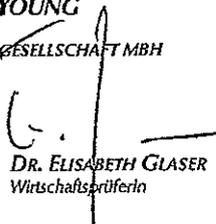
Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 2. April 2007


WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT MBH


MAG. GERHARD GRABNER
Wirtschaftsprüfer


DR. ELISABETH GLASER
Wirtschaftsprüferin

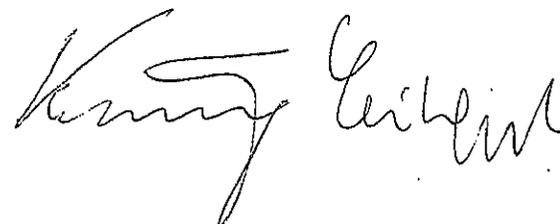
*) Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten (ungekürzten deutschsprachigen) Fassung abweichenden Form (zB verkürzte Fassung oder Übersetzung) darf ohne unsere Genehmigung weder der Bestätigungsvermerk zitiert noch auf unsere Prüfung verwiesen werden.

ANHANG 4.

ANLAGE 1

B I L A N Z ZUM 31. DEZEMBER 2007

AKTIVA			PASSIVA		
	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006		Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006
	€	TE		€	TE
1. Forderungen an Kreditinstitute	3.048.205.474,69	2.538.599	1. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) täglich fällig	10.289,62		Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	3.045.097.568,68	2.538.053
b) sonstige Forderungen	3.048.195.185,07		2. Sonstige Verbindlichkeiten	22.165,26	26
2. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.509.222,40	4.980	3. Rechnungsabgrenzungsposten	7.056,77	29
3. Beteiligungen	5.500,00	6	4. Rückstellungen	24.463,31	15
darunter: an Kreditinstituten € 0,00			a) Steuerrückstellungen	13.483,31	0
4. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	8.100,00	0	b) Sonstige Rückstellungen	10.980,00	15
5. Sachanlagen	0,00	0	5. Gezeichnetes Kapital	5.110.000,00	5.110
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden € 0,00			6. Gewinnrücklagen (gesetzliche Rücklage)	113.100,00	109
6. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	21	7. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	220.845,00	219
			8. Bilanzgewinn	133.098,07	45
	<u>3.050.728.297,09</u>	<u>2.543.606</u>		<u>3.050.728.297,09</u>	<u>2.543.606</u>
			1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14	5.435.845,00	5.437
			2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1	97.098,99	81



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JÄNNER 2007 BIS 31. DEZEMBER 2007

	2007		2006
	€	€	T€
1. Zinsen und ähnliche Erträge		105.096.353,95	90.278
darunter:			
aus festverzinslichen Wertpapieren (VJ T€ 34)	0,00		
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-105.026.120,03	-90.235
I. NETTOZINSERTRAG		70.233,92	43
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen = Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		92.854,68	227
4. Provisionserträge		310.592,82	246
5. Sonstige betriebliche Erträge		0,00	2
II. BETRIEBSERTRÄGE		473.681,42	518
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen = Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-288.180,12	-255
7. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 4. und 5. enthaltenen Vermögensgegenstände		-2.796,44	-1
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-290.976,56	-256
IV. BETRIEBSERGEBNIS		182.704,86	262
8. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind		-58.869,10	-200
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		123.835,76	62
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-29.405,81	-16
10. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 9. auszuweisen		-108,00	0
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		94.321,95	46
11. Rücklagenbewegung		-6.445,00	-3
VII. JAHRESGEWINN		87.876,95	43
12. Gewinnvortrag		45.221,12	2
VIII. BILANZGEWINN		133.098,07	45

Kennedy *Ertrags*

A n h a n g

zur Bilanz der Hypo-Wohnbaubank AG zum 31. Dezember 2007

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des UGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des UGB und des BWG unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert.

Die Abgrenzung der Darlehenszinsen und der passivierten Zinsen für die begebenen Wandelschuldverschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung von 30/360, actual/365 Zinstagen bzw. nach der ISMA-Methode (=actual/actual).

Als Anlagevermögen werden jene Wertpapiere ausgewiesen, die der längerfristigen Veranlagung der Mittel dienen und bis zur Tilgung gehalten werden sollen. Sämtliche unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere angeführten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zuzurechnen und wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Zinsenabgrenzungen für Forderungen an Kreditinstitute und verbriefte Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet. Die Zinsenabgrenzungen für Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr unter der entsprechenden Wertpapierposition ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

A k t i v a

Forderungen an Kreditinstitute

Bei diesen Forderungen handelt es sich im wesentlichen um Guthaben bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG und der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG.

Weiters werden hier Veranlagungen und Darlehen (einschließlich Abgrenzungen für Zinsen und Provisionen) ausgewiesen, es handelt sich

dabei um die in Wandelschuldverschreibungsform aufgenommenen Mittel, die den beteiligten Landes-Hypothekenbanken zur Veranlagung auf eigene Deckung und Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues wurde zivilrechtlich auf die Landes-Hypothekenbanken überbunden. Die Zinsenabgrenzungen werden der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute wird Treuhandvermögen gemäß § 48 (1) BWG in Höhe von € 3.045.097.568,68 ausgewiesen, das vom Kreditinstitut in eigenem Namen aber für fremde Rechnung gehalten wird.

Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position umfasst 353.910 Stück Investmentfondanteile, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2000 wurde ein Anteil an der sektoreigenen Einlagensicherung der Hypo-Haftungs-GmbH erworben. Die Stammeinlage und der Buchwert dieser Beteiligung betragen € 100,00.

Seit dem Jahr 2004 hält die Hypo - Wohnbaubank eine Beteiligung an der Liegenschaftsbewertungsakademie GmbH Center of Valuation and Certification-CVC mit Sitz in Graz. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt € 70.000,00, die von der Hypo - Wohnbaubank AG geleistete Stammeinlage € 1.400,00, und der Buchwert dieser Beteiligung € 5.400,00.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Es handelt sich im Wesentlichen um von Dritten erworbene Software bzw um Computer, die über 3 bzw. 4 Jahre verteilt, abgeschrieben werden.

P a s s i v a

Verbriefte Verbindlichkeiten

Diese Position umfaßt die begebenen Wandelschuldverschreibungen einschließlich der entsprechenden Zinsenabgrenzungen mit einem Betrag von € 3.045.097.568,68. Diese betreffen treuhändig begebene Wandelschuldverschreibungen, die vom Kreditinstitut gemäß § 48 (1) BWG im eigenen Namen aber für fremde Rechnung begeben wurden. Die Wandelschuldverschreibungen beinhalten ein Recht auf Wandlung in Partizipationskapital.

Passive Rechnungsabgrenzung

Unter dieser Position sind die von der Oberösterreichischen Landesbank AG vorausbezahlten Provisionen ausgewiesen.

Rückstellungen

Hier sind die Prüfungs- und Steuerberatungskosten sowie die Veröffentlichungskosten berücksichtigt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von € 5.110.000,00, ist in 70.000 Stück voll eingezahlter Stückaktien zerlegt.

Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG

Die Haftrücklage wurde gemäß den Bestimmungen des § 23 Abs 6 BWG in Verbindung § 103 Z 12 BWG mit 1% des Zuwachses der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs 2 BWG seit dem Jänner 2001, berechnet und dotiert.

Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen wird die gesetzliche Rücklage gemäß § 130 (3) AktG ausgewiesen.

Laufzeitengliederung

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute sowie die verbrieften Verbindlichkeiten haben die in der Tabelle ausgewiesene Restlaufzeiten.

a) nicht täglich fällige Forderungen (TEUR)	2007	2006
bis 3 Monate	27.349	20.720
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	31.177	21.010
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	493.755	471.524
mehr als 5 Jahre	2.447.465	1.978.388

b) verbrieftete Verbindlichkeiten (TEUR)		
Bis 3 Monate	24.413	20.439
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	31.177	21.010
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	493.755	471.524
mehr als 5 Jahre	2.447.465	1.978.388

Es wird kein Wertpapier-Handelsbuch geführt.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsen und ähnliche Erträge

Unter dieser Position sind die Zinsen aus den Veranlagungen und Darlehen bei den beteiligten Landes- Hypothekenbanken sowie Kontokorrent- und Wertpapierzinsen ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen betreffen ausschließlich die begebenen Wandelschuldverschreibungen.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Unter dieser Position sind Erträge aus Investmentfonds ausgewiesen.

Provisionserträge

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus der Platzierung der Wandelschuldverschreibungen.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Als wesentliche Posten sind Prüfungs- und Beratungskosten, Wertpapier- und Depotgebühren, Veröffentlichungskosten sowie die Sachkostenverrechnung mit der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken zu nennen.

Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände

Unter diesem Posten sind die Normalabschreibung auf Software und Sachanlagen sowie geringwertigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

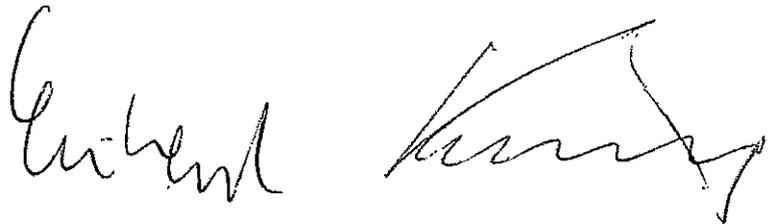
Die Steuern vom Einkommen betreffen im Wesentlichen die Körperschaftsteuer für 2007.

D. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft verwendet im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente. Das Preis- und Zinsänderungsrisiko der Finanzanlagen ist nicht eminent.

Im Berichtsjahr wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden weder Vorschüsse, Kredite oder Haftungen gewährt. Ein Vorstandsmitglied erhält eine Geschäftsführerentschädigung von EUR 7.080,--.



Mitglieder des Aufsichtsrates:

Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner, Vorsitzender

Vorstandsdirektor Dr. Günter Matuschka, Vorsitzender-Stellvertreter, ab
09.03.2007

Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer

Generaldirektor Dr. Hannes Gruber

Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger bis 30.11.2007

Vorstandsdirektor Dkfm. Dr. Jodok Simma

Vorstandsdirektor Gerhard Nyul

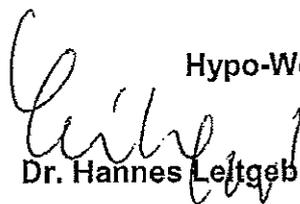
Vorstandsdirektor Mag. Markus Ferstl ab 09.03.2007 bis 31.12.2007

Generaldirektor Mag. Martin Gölles ab 09.03.2007

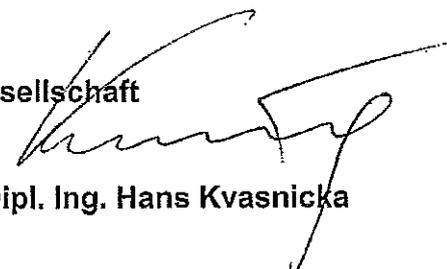
Mitglieder des Vorstandes:

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Dr. Hannes Leitgeb


Dr. Hannes Leitgeb

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft


Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 24. April 2008

ANLAGENSPIEGEL GEMÄSS § 226 (1) UGB PER 31. DEZEMBER 2007

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2007	Buchwert 31.12.2006	Abschreibungen des Geschäftsjahres	
	Vortrag 1.1.2007	Zugang	Abgang					Stand 31.12.2007
	€	€	€	€	€	€	€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	11.942,04	10.800,00	6.000,00	16.742,04	8.642,04	8.100,00	96,44	2.796,44
II. Sachanlagen								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausrüstung	6.511,35	0,00	0,00	6.511,35	6.511,35	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen								
1. Beteiligungen	5.500,00	0,00	0,00	5.500,00	0,00	5.500,00	5.500,00	0,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens								
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.250.271,58	0,00	2.503.844,16	2.746.427,42	251.361,42	2.495.066,00	4.952.318,00	56.624,82
	5.255.771,58	0,00	2.503.844,16	2.751.927,42	251.361,42	2.500.566,00	4.957.818,00	56.624,82
Gesamt	5.274.224,97	10.800,00	2.509.844,16	2.775.180,81	266.514,81	2.508.666,00	4.957.914,44	59.421,26

LAGEBERICHT

der

Hypo-Wohnbaubank AG für das Jahr 2007

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Hypo-Wohnbaubank ist eine Spezialbank zur Finanzierung des Wohnbaus in Österreich und wurde im Jahre 1994 von 8 Landes-Hypothekenbanken gegründet. Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Finanzierung von Wohnbauten.

Rechtliche Grundlage des Handelns der Wohnbaubanken ist das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“ (1993 vom österreichischen Nationalrat beschlossen). Es sieht vor, dass die durch Emissionen der Wohnbaubanken aufbrachten langfristigen Mittel – sowohl Anleihen als auch Aktien – für die Errichtung von erschwinglichen Wohnungen verwendet werden. Um dies für Privat-Anleger attraktiv zu machen, hat man die Wohnbauanleihen mit einem doppelten Steuervorteil ausgestattet:

Die Zinsen von bis zu 4 % sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Der Erstanschaffungspreis kann im Rahmen der Sonderausgabenregelung von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Die Anleihen müssen außerdem zweckgewidmet eingesetzt werden. Das damit aufbrachte Kapital wird ausschließlich zur Finanzierung von Wohnbauten verwendet, welche überwiegend durch Hypotheken sichergestellt sind. Dadurch ist für die Anleihezeichner besondere wirtschaftliche Sicherheit gegeben.

Die Wohnbauanleihen der Hypo-Wohnbaubank werden über die Vertriebswege der 8 Landes-Hypothekenbanken im breiten Publikum platziert.

Geschäftspolitische Ziel der Hypo-Wohnbaubank ist es, die aufbrachten Mittel Privaten und Gemeinnützigen Bauvereinigungen in Form von zinsstabilen, langfristigen Finanzierungsmitteln über die 8 Landes-Hypothekenbanken zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinnützigen Bauvereinigungen errichten mit diesen Mitteln mehrgeschossige Wohnbauten und zwar fast ausschließlich im Rahmen der Wohnbauförderung.

1.1. Geschäftsergebnis, Ertragslage - Beträge in TEUR

Die erfolgreiche Entwicklung der Hypo-Wohnbaubank wurde auch 2007 fortgesetzt. Mit rd. € 640 Mio Emissionsvolumen konnte im Vergleich zu den Vorjahren (2006 € 291,4 Mio und 2005 € 437 Mio) das Volumen erheblich gesteigert werden.

	2007	2006	Veränderung in %
Betriebserträge	474	518	-8,49 %
Betriebsaufwendungen	-291	-256	13,67%
Betriebsergebnis	183	262	-30,15%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124	62	100%
Jahresüberschuß	94	46	104,35%

Die **Betriebserträge** der Hypo-Wohnbaubank AG sind im Jahr 2007 um circa 8,49% oder TEUR 44 gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung von Anteilen am Hypo Rent und der damit verbundenen Ertragsverminderung.

Die **Betriebsaufwendungen** sind mit TEUR 291 etwas höher als im Vorjahr. Diese Aufwendungen umfassen die Sachaufwendungen als auch die planmäßigen Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände.

Das sich daraus ergebende **Betriebsergebnis** von TEUR 183 ist um TEUR 79 oder 30,15% niedriger als das Vorjahresergebnis von TEUR 262.

Nach den Wertberichtigungen auf Wertpapiere errechnet sich ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**, das um 100 % über dem Vorjahr liegt.

1.2. Finanzlage und Vermögenslage

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung einzelner Bilanzpositionen im Vergleich zum Vorjahr (Beträge in TEUR)

	2007	2006	Veränderung in %
AKTIVA			
Kassenbestand und Forderungen an Kreditinstitute	3.048.205	2.538.599	20,07%
Wertpapiere	2.509	4.980	-49,62%
Beteiligungen	6	6	0,00%
Immaterielles Anlage- vermögen und Sachanlagen	8	0	—
Sonstige Aktiva und Rechnungs- abgrenzungsposten	0	21	-100%
Summe Aktiva	3.050.728	2.543.606	19,94%

	2007	2006	Veränderung in %
Passiva			
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.045.098	2.538.053	19,98%
Rückstellungen	24	15	60 %
Sonstige Passiva	29	55	-47,27%
Gezeichnetes Kapital	5.110	5.110	0,00%
Rücklagen	334	328	1,83%
Gewinnvortrag	45	2	195,56%
Bilanzgewinn	88	43	195,56%
Summe Passiva	3.050.728	2.543.606	19,94%

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß BWG § 23 Abs. 1 und 14 stellen sich wie folgt dar (Beträge in TEUR)

	2007	2006
Eingezahltes Kapital	5.110	5.110
Gesetzliche Rücklagen	113	109
Andere Gewinnrücklagen	0	0
Haftrücklage gem § 23Abs.6 BWG	221	219
abzügl. Buchwert immaterielle Wirtschaftsgüter	8	0
Summe	5.436	5.437

Für 2007 ergibt sich eine Eigenmittelquote von 447,86%

Die Eigenmittelquote für 2006 beträgt 539,50%.

Aus der Gegenüberstellung der operativen Erträge zu den Aufwendungen errechnet sich das Cost Income ratio wie nachstehend abgebildet:

	2007/TEUR	2006/TEUR
operating earnings	474	518
operating expenditures	291	256
cost income ratio	61,89%	49,42%

CASHFLOW STATEMENT 2007
gemäß Fachgutachten KFS BW2"

	<u>2007</u> TEUR	<u>2006</u> TEUR
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124	62
Überleitung auf den Netto-Geldfluss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögens- gegenstände des Investitionsbereiches	59	222
+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Investitionsbereiches	2	-20
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		0
+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-507.023	-278.244
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen ausgenommen für Ertragsteuern	-4	-5
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>507.019</u>	<u>278.223</u>
Netto-Geldfluss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	177	238
+/- Netto-Geldfluss aus außerordentlichen Posten	0	0
- Zahlungen für Ertragsteuern	-16	-36
Netto-Geldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	161	202
+ Einzahlungen aus Anlagenabgang (ohne Finanzanlagen)	0	0
+ Einzahlungen aus Finanzanlagenabgang und sonstigen Finanzinvestitionen	2399	1.238
- Auszahlungen für Anlagenzugang (ohne Finanzanlagen)	-11	0
- Auszahlungen für Finanzanlagenzugang und sonstige Finanzinvestitionen		<u>-1.253</u>
Netto-Geldfluss aus Investitionstätigkeit	2.388	-15
+ Einzahlungen von Eigenkapital	0	0
- Rückzahlungen von Eigenkapital	0	0
- Auszahlungen aus der Bedienung des Eigenkapitals	0	-156
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Finanzkrediten	<u>0</u>	<u>0</u>
Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	-156
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	2.549	31
+/- Wechselkursbedingte und sonstige Wertänderungen des Finanzmittelbestandes	0	0
+ Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	<u>408</u>	<u>377</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.957	408

1.3. Erläuterungen zum Cash-flow

Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach dem Fachgutachten KFS BW2 des Fachsenates für Betriebswirtschaft und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhandler. Der Finanzmittelbestand umfasst ausschließlich täglich fällige und als Festgeld veranlagte Bankguthaben und entspricht den in der Bilanz angesetzten Werten.

1.4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

1.5. Forschung und Entwicklung

Die Hypo-Wohnbaubank AG hat keine Tätigkeiten im Bereich der Forschung und Entwicklung.

1.6. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

2. Risiko

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist als treuhändiges Emissionsinstitut gemäß § 22 Abs. 3 Zl. 1 lit. i BWG in der Fassung vor Einführung der Bestimmungen von Basel II konstruiert und hat in ihrer Bilanz daher weder Ausfallsrisiken, Fristentransformationsrisiken, Liquiditätsrisiken noch Risiken aus Derivatgeschäften. Die aufgenommenen Mittel werden von den 8 Landes-Hypothekenbanken entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Refinanzierung des Wohnbaus verwendet.

Die Hypo-Wohnbaukank AG hat keine Arbeitnehmer beschäftigt, das Front Office (Abwicklung von Neuemissionen, die gesamte Dokumentation, Kommunikation mit den 8 Landes-Hypothekenbanken, der OeNB sowie der Wiener Börse) wird von zwei Mitarbeitern der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken wahrgenommen. Unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips werden von den genannten Mitarbeitern weiters die Tätigkeiten des Back Office - Kuponabrechnungen, Zahlungsverkehr, Zinssatzanpassungen, Buchhaltung, Meldewesen, etc. – inklusive der erforderlichen Kontrolltätigkeiten durchgeführt. Ein Arbeitshandbuch mit detaillierten Arbeitsanweisungen liegt vor.

Die Erstfreigabe beim Zahlungsverkehr erfolgt im Back Office, die Zweitfreigabe im Rechnungswesen der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken.

Es ist geplant, die Buchhaltung im Laufe des Jahres an die Abteilung Rechnungswesen der Pfandbriefstelle der Landes-Hypothekenbanken auszugliedern.

3. Verwendung von Finanzinstrumenten

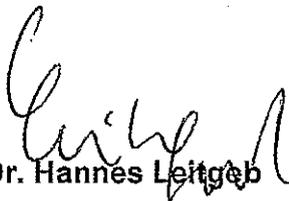
Die Hypo-Wohnbaubank AG tätigt keine Derivatgeschäfte.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (Prognosebericht)

Auch im Jahr 2008 ist von einer guten Nachfrage von Wohnbauanleihen auszugehen und mit einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung zu rechnen.

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft

Der Vorstand


Dr. Hannes Leitgeb


Dipl.-Ing. Hans Kvasnička

Wien, am 24. April 2008

7. BESTÄTIGUNGSVERMERK *)

"Wir haben den Jahresabschluss der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2007 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften (UGB, BWG) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

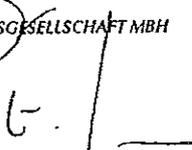
Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2007 sowie der Ertragslage des Unternehmens für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2007 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 24. April 2008


WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT MBH


MAG. GERHARD GRABNER
Wirtschaftsprüfer


DR. ELISABETH GLASER
Wirtschaftsprüferin

*) Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten (ungekürzten deutschsprachigen) Fassung abweichenden Form (zB verkürzte Fassung oder Übersetzung) darf ohne unsere Genehmigung weder der Bestätigungsvermerk zitiert noch auf unsere Prüfung verwiesen werden.

ANHANG 5:

HALBJAHRESBILANZ ZUM 30. JUNI 2007

AKTIVA		PASSIVA	
	Stand 30.06.2007		Stand 30.06.2007
€	€	€	€
1. Forderungen an Kreditinstitute	2.708.418.900,62	1. Verbriefte Verbindlichkeiten andere verbiefte Verbindlichkeiten	2.707.215.846,93
a) täglich fällig	14.112,95	2. Sonstige Verbindlichkeiten	3.719,79
b) sonstige Forderungen	2.708.404.787,67	3. Rechnungsabgrenzungsposten	69.255,77
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	4. Rückstellungen	4.400,00
von anderen Emittenten	0,00	a) Steuerrückstellungen	0,00
darunter: eigene Schuldverschreibungen € 0,00		b) Sonstige Rückstellungen	4.400,00
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.251.340,17	5. Gezeichnetes Kapital	5.110.000,00
4. Beteiligungen	5.500,00	6. Gewinnrücklagen (gesetzliche Rücklage)	108.700,00
darunter: an Kreditinstituten € 0,00		7. Hafnrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG	218.800,00
5. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	18.276,44	8. Bilanzgewinn	-15.905,26
6. Sachanlagen	0,00		
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden € 0,00			
7. Sonstige Vermögensgegenstände	20.800,00		
8. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00		
	<u>2.712.714.817,23</u>		<u>2.712.714.817,23</u>
		1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14	5.419.223,56
		2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1	80.670,08

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01. JÄNNER BIS 30. JUNI 2007

	2007
	€
1. Zinsen und ähnliche Erträge	49.377.590,31
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-49.367.430,08
I. NETTOZINSERTRAG	10.160,23
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen = Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	66.868,28
4. Provisionserträge	136.727,08
5. Sonstige betriebliche Erträge	0,00
II. BETRIEBSERTRÄGE	213.755,59
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen = sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-130.772,24
7. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5. und 6. enthaltenen Vermögensgegenstände	-375,00
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN	-131.147,24
IV. BETRIEBSERGEBNIS	82.608,35
8. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind	-113.005,23
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-30.396,88
9. Außerordentliche Erträge = Außerordentliches Ergebnis	0,00
10. Steuern von Einkommen und Ertrag	-30.716,00
11. sonstige Steuern, soweit nicht in Pos. 10 aufzuweisen	-13,50
VI. JAHRESÜBERSCHUSS	-61.126,38
12. Rücklagenbewegung	0,00
VII. JAHRESGEWINN	-61.126,38
13. Gewinnvortrag	45.221,12
VIII. BILANZGEWINN	-15.905,26

A n h a n g

zur Halbjahresbilanz der Hypo-Wohnbaubank AG zum 30.Juni 2007

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie der Bestimmungen des HGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

Der Halbjahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert.

Die Abgrenzung der Darlehenszinsen und der passivierten Zinsen für die begebenen Wandelschuldverschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung von 30/360, actual/365 Zinstagen bzw. nach der ISMA-Methode (=actual/actual).

Als Anlagevermögen werden jene Wertpapiere ausgewiesen, die der längerfristigen Veranlagung der Mittel dienen und bis zur Tilgung gehalten werden sollen. Sämtliche unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere angeführten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zuzurechnen und wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Zinsenabgrenzungen für Forderungen an Kreditinstitute und verbrieftete Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet. Die Zinsenabgrenzungen für Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr unter der entsprechenden Wertpapierposition ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

A k t i v a

Forderungen an Kreditinstitute

Bei diesen Forderungen handelt es sich im wesentlichen um Guthaben bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG und der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG.

Weiters werden hier Veranlagungen und Darlehen (einschließlich Abgrenzungen für Zinsen und Provisionen) ausgewiesen, es handelt sich

dabei um die in Wandelschuldverschreibungsform aufgenommenen Mittel, die den beteiligten Landes-Hypothekenbanken zur Veranlagung auf eigene Deckung und Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues wurde zivilrechtlich auf die Landes-Hypothekenbanken überbunden. Die Zinsenabgrenzungen werden der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet.

Von den nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute hat ein Betrag von TEUR 59.208 eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute wird Treuhandvermögen gemäß § 48 (1) BWG in Höhe von € 2,707.215.846,95 ausgewiesen, das vom Kreditinstitut in eigenem Namen aber für fremde Rechnung gehalten wird.

Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position umfasst 589.645 Stück Investmentfondanteile, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden. Es wird kein Wertpapierhandelsbuch geführt.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2000 wurde ein Anteil an der sektoreigenen Einlagensicherung der Hypo-Haftungs-GmbH erworben. Die Stammeinlage und der Buchwert dieser Beteiligung betragen € 100,00.

Seit dem Jahr 2004 hält die Hypo - Wohnbaubank eine Beteiligung an der Liegenschaftsbewertungsakademie GmbH Center of Valuation and Certification-CVC mit Sitz in Graz. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt € 70.000,00, die von der Hypo - Wohnbaubank AG geleistete Stammeinlage € 1.400,00, und der Buchwert dieser Beteiligung € 5.400,00.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Es handelt sich im Wesentlichen um von Dritten erworbene Software bzw um Computer, die über 3 bzw. 4 Jahre verteilt, abgeschrieben werden.

P a s s i v a

Verbriefte Verbindlichkeiten

Diese Position umfaßt die begebenen Wandelschuldverschreibungen einschließlich der entsprechenden Zinsenabgrenzungen mit einem Betrag von

€ 2.707.215.846,95 Diese betreffen treuhändig begebene Wandelschuldverschreibungen, die vom Kreditinstitut gemäß § 48 (1) BWG im eigenen Namen aber für fremde Rechnung begeben wurden. Die Wandelschuldverschreibungen beinhalten ein Recht auf Wandlung in Partizipationskapital.

Passive Rechnungsabgrenzung

Unter dieser Position sind die von der Oberösterreichischen Landesbank AG vorausbezahlten Provisionen ausgewiesen.

Rückstellungen

Hier sind die Prüfungs- und Steuerberatungskosten sowie die Veröffentlichungskosten berücksichtigt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von € 5.110.000,00, ist in 70.000 Stück voll eingezahlter Stückaktien zerlegt.

Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG

Die Haftrücklage wurde gemäß den Bestimmungen des § 23 Abs 6 BWG in Verbindung § 103 Z 12 BWG mit 1% des Zuwachses der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs 2 BWG seit dem Jänner 2001, berechnet und dotiert.

Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen wird die gesetzliche Rücklage gemäß § 130 (3) AktG ausgewiesen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsen und ähnliche Erträge

Unter dieser Position sind die Zinsen aus den Veranlagungen und Darlehen bei den beteiligten Landes- Hypothekenbanken sowie Kontokorrent- und Wertpapierzinsen ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen betreffen ausschließlich die begebenen Wandelschuldverschreibungen.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Unter dieser Position sind Erträge aus Investmentfonds ausgewiesen.

Provisionserträge

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus der Platzierung der Wandelschuldverschreibungen.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Als wesentliche Posten sind Prüfungs- und Beratungskosten, Wertpapier- und Depotgebühren, Veröffentlichungskosten sowie die Sachkostenverrechnung mit der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken zu nennen.

Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände

Unter diesem Posten sind die Normalabschreibung auf Software und Sachanlagen sowie geringwertigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

Die Steuern vom Einkommen betreffen im Wesentlichen die Körperschaftsteuer für 2007.

D. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft verwendet im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente. Das Preis- und Zinsänderungsrisiko der Finanzanlagen ist nicht eminent.

Im Berichtsjahr wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Vorstandsdirektor Mag. Dr. Reinhard Krausbar, Vorsitzender bis 08.06.2006

Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner, Vorsitzender ab 08.06.2006

Vorstandsdirektor Mag. Gert Xander, Vorsitzender-Stellvertreter, bis 31.12.2006

Vorstandsdirektor Dr. Günter Matuschka, Vorsitzender-Stellvertreter, ab 09.03.2007

Generaldirektor Mag. Ing. Werner Schmitzer bis 31.12.2006

Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer

Generaldirektor Dr. KR Wolfgang Ulrich bis 30.06.2006

Generaldirektor Dr. Hannes Gruber

Generalsekretär Dr. Christoph Hiesberger

Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger bis 17.11.2006

Vorstandsdirektor Dkfm. Dr. Jodok Simma

Vorstandsdirektor Gerhard Nyul ab 01.07.2006

Vorstandsdirektor Mag. Markus Ferstl ab 09.03.2007

Generaldirektor Mag. Martin Gölles ab 09.03.2007

Mitglieder des Vorstandes:

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Dr. Hannes Leitgeb

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft

Dr. Hannes Leitgeb

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 27. Juli 2007

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01.2008 bis 30.06.2008

	2008	
	€	€
1. Zinsen und ähnliche Erträge		59.066.344,43
darunter:		
aus festverzinslichen Wertpapieren	0,00	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-58.813.641,17
I. NETTOZINSERTRAG		252.703,26
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen = Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00
4. Provisionserträge		0,00
5. Sonstige betriebliche Erträge		0,00
II. BETRIEBSERTRÄGE		252.703,26
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen = Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-109.541,52
7. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5. und 6. enthaltenen Vermögensgegenstände		-2.665,00
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-112.206,52
IV. BETRIEBSERGEBNIS		140.496,74
8. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind		-3.539,00
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		136.957,74
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-8.038,00
10. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 9. auszuweisen		-88,50
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		128.831,24
11. Rücklagenbewegung		0,00
VII. JAHRESGEWINN		128.831,24
12. Gewinnvortrag		13.098,07
VIII. BILANZGEWINN		141.929,31

A n h a n g

zur Bilanz der Hypo-Wohnbaubank AG zum 30. Juni 2008

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG sowie der Bestimmungen des UGB, jeweils in der geltenden Fassung erstellt.

Der Halbjahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des UGB und des BWG unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert.

Die Abgrenzung der Darlehenszinsen und der passivierten Zinsen für die begebenen Wandelschuldverschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung von 30/360, actual/365 Zinstagen bzw. nach der ISMA-Methode (=actual/actual).

Als Anlagevermögen werden jene Wertpapiere ausgewiesen, die der längerfristigen Veranlagung der Mittel dienen und bis zur Tilgung gehalten werden sollen. Sämtliche unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere angeführten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zuzurechnen und wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Zinsenabgrenzungen für Forderungen an Kreditinstitute und verbrieftete Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet. Die Zinsenabgrenzungen für Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr unter der entsprechenden Wertpapierposition ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

A k t i v a

Forderungen an Kreditinstitute

Bei diesen Forderungen handelt es sich im wesentlichen um Guthaben bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG und der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG.

Weiters werden hier Veranlagungen und Darlehen (einschließlich Abgrenzungen für Zinsen und Provisionen) ausgewiesen, es handelt sich dabei um die in Wandelschuldverschreibungsform aufgenommenen Mittel, die den beteiligten Landes-Hypothekenbanken zur Veranlagung auf eigene

Deckung und Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Die Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaues wurde zivilrechtlich auf die Landes-Hypothekenbanken überbunden. Die Zinsenabgrenzungen werden der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute wird Treuhandvermögen gemäß § 48 (1) BWG in Höhe von € 3.209.969.361,74 ausgewiesen, das vom Kreditinstitut in eigenem Namen aber für fremde Rechnung gehalten wird.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Diese Position umfasst 353.910 Stück Investmentfondanteile, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2000 wurde ein Anteil an der sektoreigenen Einlagensicherung der Hypo-Haftungs-GmbH erworben. Die Stammeinlage und der Buchwert dieser Beteiligung betragen € 100,00.

Seit dem Jahr 2004 hält die Hypo - Wohnbaubank eine Beteiligung an der Liegenschaftsbewertungsakademie GmbH Center of Valuation and Certification-CVC mit Sitz in Graz. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt € 70.000,00, die von der Hypo - Wohnbaubank AG geleistete Stammeinlage € 1.400,00, und der Buchwert dieser Beteiligung € 5.400,00.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Es handelt sich im Wesentlichen um von Dritten erworbene Software bzw um Computer, die über 3 bzw. 4 Jahre verteilt, abgeschrieben werden.

Sonstige Vermögensgegenstände

Diese Position umfasst Forderungen an andere Sektorgesellschaften.

P a s s i v a

Verbriefte Verbindlichkeiten

Diese Position umfaßt die begebenen Wandelschuldverschreibungen einschließlich der entsprechenden Zinsenabgrenzungen mit einem Betrag von € 3.209.969.361,74. Diese betreffen treuhändig begebene Wandelschuldverschreibungen, die vom Kreditinstitut gemäß § 48 (1) BWG im eigenen Namen aber für fremde Rechnung begeben wurden. Die Wandelschuldverschreibungen beinhalten ein Recht auf Wandlung in Partizipationskapital.

Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind Verbindlichkeiten zu anderen Sektorgesellschaften ausgewiesen.

Rückstellungen

Hier sind die Prüfungs- und Steuerberatungskosten sowie die Veröffentlichungskosten berücksichtigt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital in Höhe von € 5.110.000,00, ist in 70.000 Stück voll eingezahlter Stückaktien zerlegt.

Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen wird die gesetzliche Rücklage gemäß § 130 (3) AktG ausgewiesen.

Hafrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG

Die Hafrücklage wurde gemäß den Bestimmungen des § 23 Abs 6 BWG in Verbindung § 103 Z 12 BWG mit 1% des Zuwachses der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs 2 BWG seit dem Jänner 2001, berechnet und dotiert.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsen und ähnliche Erträge

Unter dieser Position sind die Zinsen aus den Veranlagungen und Darlehen bei den beteiligten Landes- Hypothekenbanken sowie Kontokorrent- und Wertpapierzinsen ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen betreffen ausschließlich die begebenen Wandschuldverschreibungen.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Als wesentliche Posten sind Prüfungs- und Beratungskosten, Wertpapier- und Depotgebühren, Veröffentlichungskosten sowie die Sachkostenverrechnung mit der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken zu nennen.

Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände

Unter diesem Posten sind die Normalabschreibung auf Software und Sachanlagen sowie geringwertigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

Die Steuern vom Einkommen betreffen die Körperschaftsteuervorauszahlungen für das 1. Halbjahr 2008.

D. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft verwendet im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente. Das Preis- und Zinsänderungsrisiko der Finanzanlagen ist nicht eminent.

Im Berichtsjahr wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden weder Vorschüsse, Kredite oder Haftungen gewährt. Ein Vorstandsmitglied erhält eine Geschäftsführerentschädigung von EUR 2.040,-.

Der Halbjahresabschluss wurde nicht einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner, Vorsitzender

Vorstandsdirektor Dr. Günter Matuschka, Vorsitzender-Stellvertreter, bis
30.06.2008

Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer

Generaldirektor Dr. Hannes Gruber

Vorstandsdirektor Dkfm. Dr. Jodok Simma

Vorstandsdirektor Gerhard Nyul

Generaldirektor Mag. Martin Gölles

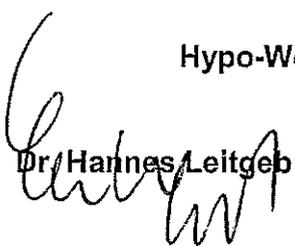
Vorstandsdirektor Mag. Kurt Makula

Mitglieder des Vorstandes:

Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Dr. Hannes Leitgeb

Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft

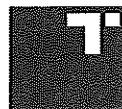

Dr. Hannes Leitgeb


Dipl. Ing. Hans Kvasnicka

Wien, am 28. Juli 2008

ANHANG 4:

HYPO TIROL BANK



Zwischenbericht zum 30. Juni 2007

der HYPO TIROL AG

Konzernzwischenbericht nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

I.	KONZERNZWISCHENLAGEBERICHT	- 3 -
II.	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	- 5 -
III.	BILANZ	- 6 -
IV.	ENTWICKLUNG DES EIGENKAPITALS	- 7 -
V.	KAPITALFLUSSRECHNUNG	- 7 -
VI.	ANHANG (NOTES)	- 8 -
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	- 8 -
	Risikovorsorge.....	- 8 -
	Ereignisse nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes.....	- 8 -
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	- 9 -
	(1) Zinsüberschuss.....	- 9 -
	(2) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	- 9 -
	(3) Verwaltungsaufwand	- 9 -
	Erläuterungen zur Bilanz	- 10 -
	(4) Handelsaktiva	- 10 -
	(5) Finanzanlagen	- 11 -
	(6) Investment Properties.....	- 11 -
	(7) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	- 12 -
	(8) Verbriefte Verbindlichkeiten	- 12 -
	Zusätzliche IFRS-Informationen.....	- 12 -
	(9) Segmentberichterstattung.....	- 12 -
	(10) Eventualverbindlichkeiten.....	- 13 -
	(11) Personal	- 13 -
VII.	ORGANE	- 14 -

I. Konzernzwischenlagebericht

Wirtschaftliches Umfeld und Marktentwicklung im 1. Halbjahr 2007

Das erste Halbjahr 2007 war von einer wirtschaftlichen Divergenz zwischen den USA als größter Wirtschaftsmacht einerseits und Europa bzw. Asien andererseits gekennzeichnet. In Europa setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres fort. Das Sinken der Arbeitslosenrate führte zu einer guten Stimmung bei Verbrauchern und Unternehmen. Insbesondere die boomenden Exporte ermöglichten eine hohe Auslastung in den Unternehmen und einen Anstieg des realen Wirtschaftswachstums im 1. Quartal von 3% (im Jahresvergleich). In den USA schwächte sich hingegen die Konjunktur markant ab. Hauptverantwortlich dafür waren der schwächelnde Wohnungsmarkt und die geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Die Wertsteigerungen an den internationalen Aktienmärkten fielen über den Berichtszeitraum erfreulich aus, wenngleich es zwischenzeitlich zu deutlichen Korrekturen kam. In den letzten Handelstagen des Februar gab es weltweit deutliche Kursverluste. Ein Kursrutsch in China aufgrund von Befürchtungen eines überhitzten Marktes war der Auslöser für eine Verkaufswelle an den globalen Börsenplätzen. Belastend wirkte zudem die Befürchtung einer konjunkturellen Beeinträchtigung der US-Wirtschaft durch gestiegene Ausfallraten im Wohnimmobilienkreditmarkt. Die Monate April und Mai waren von ansehnlichen Kursaufschwüngen gekennzeichnet, während der Juni erneut von einem Auf und Ab an den Börsen gekennzeichnet war.

Sehr schwierig stellte sich das Umfeld für Anleihenveranlagungen dar. Im Gefolge der guten Wirtschaftsdaten in Europa keimten immer wieder Zinsängste auf. Die Europäische Zentralbank hob seit Jahresanfang zweimal die Leitzinsen auf aktuell 4 % an und nannte als Hauptgrund dafür die Inflationsgefahr aufgrund der reichlichen Liquidität am Markt und der hohen Kapazitätsauslastung der Unternehmen. In der Folge stiegen auch die Renditen am Kapitalmarkt insbesondere im 2. Quartal 2007 deutlich an. Während beispielsweise die richtungsweisende Rendite für zehnjährige deutsche Bundesanleihen Ende 2006 noch bei 3,93% lag, stand der entsprechende Wert ein halbes Jahr später bei rund 4,57%. Mit dieser deutlichen Renditeveränderung gingen Kursverluste einher.

Ein Blick auf die Devisenmärkte lässt die Stärke des Euro erkennen. Beflügelt durch die wirtschaftliche Stärke und attraktive Renditen im Euro-Raum konnte die europäische Einheitswährung gegenüber allen wichtigen Währungen aufwerten. Der JPY setzte seine Schwäche aufgrund der anhaltenden „carry trades“ unvermindert fort. Bei diesen Geschäften verschulden sich spekulative Marktteilnehmer in den vergleichsweise niedrig verzinsten Währungen, um das Kapital dann zu attraktiveren Konditionen anzulegen.

Geschäftsentwicklung

Anknüpfend an die Geschäftsstrategie der Jahre 2005 und 2006 konnte die HYPO TIROL BANK AG auch im ersten Halbjahr 2007 ihre Position als Wertpapieremissionsinstitut weiter ausbauen. Im Kontext der auslaufenden Landeshaftung lagen die Bestrebungen darin begründet, am Kapitalmarkt Liquidität zu vorteilhaften Konditionen einzukaufen. In den kommenden Jahren wird die HYPO TIROL BANK AG nunmehr den Fokus ihrer Anstrengungen darauf richten, eine erfolgreiche Umschichtung vom Eigengeschäft hin zum Kundengeschäft umzusetzen.

Bilanzentwicklung

Der Jahresverlauf 2007 war gekennzeichnet durch ein Bilanzsummenwachstum in Höhe von 9,1 % bzw. TEUR 1.066.692. Aktivseitig trugen im Wesentlichen das Eigengeschäft, das Interbankengeschäft und das Kundengeschäft zum Wachstum bei.

Im Bereich der Finanzanlagen wurden Nettoinvestitionen in Höhe von TEUR 607.341 getätigt, wodurch der Buchwert der Finanzanlagen um 14,6 % gegenüber dem Vorjahreswert anstieg. Hinsichtlich des Interbankengeschäftes konnten die Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 20,8 % oder um TEUR 292.766 ausgeweitet werden. Weiters erhöhten sich die Forderungen an Kunden um TEUR 214.639 bzw. 3,9 % gegenüber dem Vorjahressaldo.

Auf der Passivseite resultiert das Bilanzsummenwachstum vorwiegend aus der Ausweitung der eigenen Emissionen, worauf der Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten um 9,3 % oder um TEUR 678.175 zurückzuführen ist. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um TEUR 347.468 sowie die Handelspassiva um TEUR 224.784.

Erfolgsentwicklung

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres konnte ein Zinsüberschuss in Höhe von TEUR 44.621 erzielt werden. Die Entwicklung des Zinsergebnisses wurde im Wesentlichen durch dämpfende Effekte im Treasury aufgrund der aktuellen Zinssituation beeinträchtigt.

Als Risikovorsorge werden im abgelaufenen Halbjahr TEUR 11.685 wirksam. Das entspricht in etwa der Hälfte der Risikovorsorge des Vorjahres.

Einen erfreulich positiven Anstieg zeigt der Provisionsüberschuss in Höhe von 10,1 % und damit ein plus von TEUR 1.553 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Ebenso konnte das Handelsergebnis gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um TEUR 2.273 verbessert werden.

Der Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ist vorwiegend auf Einmaleffekte des Vorjahres zurückzuführen und konsolidiert sich nunmehr wieder auf durchschnittlichem Niveau.

Weiters war im Finanzanlageergebnis ein Zuwachs in Höhe von TEUR 1.349 bzw. 48,1 % zu verzeichnen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erreichte somit für das erste Halbjahr dieses Jahres TEUR 18.374, nach TEUR 20.949 ein Jahr zuvor.

Ausblick

Grundsätzlich kann für das zweite Halbjahr 2007 eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des wirtschaftlichen Umfeldes erwartet werden. Mit einer Entschärfung der angespannten Situation auf den Finanzmärkten bedingt durch die Krise am Immobilienmarkt in den USA wird allerdings nicht zu rechnen sein, so dass die überdurchschnittlichen Ergebnisbeiträge der vergangenen Jahre aus dem Bereich Treasury auch noch bis Jahresende rückläufige Tendenzen aufweisen werden. Durch eine zeitnahe Verfolgung der Turbulenzen an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten, sieht sich die HYPO TIROL BANK AG jedoch im Stande, derartigen Störungen adäquat entgegenzutreten und entsprechende Strategieanpassungen umgehend umzusetzen.

Der verkürzte Konzernzwischenbericht und der Konzernzwischenlagebericht zum 30. Juni 2007, aufgestellt in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), vermitteln ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Innsbruck, im August 2007

HYPO TIROL BANK AG

Der Vorstand

gez.:

Dir. Dr. Günter Unterleitner

gez.:

Dir. Dr. Hannes Gruber

gez.:

Dir. Werner Pfeifer

II. Gewinn- und Verlustrechnung

in Tsd €	Notes	01.01. -	01.01. -	Veränderung	
		30.06.2007	30.06.2006	in TEUR	in %
Zinsen und ähnliche Erträge		253.499	198.391	55.108	27,8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-208.878	-149.942	-58.936	39,3
ZINSÜBERSCHUSS	(1)	44.621	48.449	-3.828	-7,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2)	-11.685	-9.189	-2.496	27,2
ZINSÜBERSCHUSS NACH RISIKOVORSORGE		32.936	39.260	-6.324	-16,1
Provisionserträge		21.250	19.861	1.389	7,0
Provisionsaufwendungen		-4.270	-4.434	164	-3,7
Provisionsüberschuss		16.980	15.427	1.553	10,1
Handelsergebnis		5.397	3.124	2.273	72,8
Verwaltungsaufwand	(3)	-43.486	-43.699	213	-0,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis		2.395	4.034	-1.639	-40,6
Betriebsergebnis		14.222	18.146	-3.924	-21,6
Finanzanlageergebnis		4.152	2.803	1.349	48,1
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		18.374	20.949	-2.575	-12,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-4.019	-4.662	643	-13,8
KONZERNJAHRESÜBERSCHUSS		14.355	16.287	-1.932	-11,9

III. Bilanz

Aktiva

In Tsd €	Notes	30.06.2007	31.12.2006	Veränderung	
				In TEUR	In %
Barreserve		52.853	51.743	1.110	2,1
Forderungen an Kreditinstitute		1.702.743	1.409.977	292.766	20,8
Forderungen an Kunden		5.657.290	5.442.651	214.639	3,9
Risikovorsorge		-120.214	-116.394	-3.820	3,3
Handelsaktiva	(4)	395.685	438.442	-42.757	-9,8
Finanzanlagen	(5)	4.754.176	4.146.835	607.341	14,6
Investment Properties	(6)	152.532	152.938	-406	-0,3
Immaterielle Vermögenswerte	(7)	2.677	3.103	-426	-13,7
Sachanlagen	(7)	91.233	92.109	-876	-1,0
Sonstige Vermögenswerte		39.605	43.678	-4.073	-9,3
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte		13.014	13.394	-380	-2,8
Latente Ertragsteueransprüche		86.434	82.860	3.574	4,3
SUMME AKTIVA		12.828.028	11.761.336	1.066.692	9,1

Passiva

In Tsd €	Notes	30.06.2007	31.12.2006	Veränderung	
				In TEUR	In %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		369.936	599.128	-229.192	-38,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.014.297	2.666.829	347.468	13,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(8)	8.006.686	7.328.511	678.175	9,3
Handelspassiva		540.897	316.113	224.784	71,1
Rückstellungen		29.133	32.738	-3.605	-11,0
Sonstige Verbindlichkeiten		88.896	74.636	14.260	19,1
<i>davon aus laufenden Steuerverpflichtungen</i>		2.310	5.949	-3.639	-61,2
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte		4.450	4.450	0	0,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		94.580	91.395	3.185	3,5
Nachrang- und Ergänzungskapital		291.839	263.792	28.047	10,6
Eigenkapital	(IV.)	387.314	383.744	3.570	0,9
SUMME PASSIVA		12.828.028	11.761.336	1.066.692	9,1

IV. Entwicklung des Eigenkapitals

in Tsd €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Available-for-Sale-Rücklagen	Rücklagen aus Währungsumrechnung	Effekte aus Erstanwendung	Konzern-gewinn	Summe Eigenkapital
Entwicklung des IFRS-Eigenkapitals								
Stand 01.01.2006	18.000	91.233	235.454	19.219	-47	5.251	5.102	374.212
Jahresgewinn	0	0	0	0	0	0	16.287	16.287
Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-7.494	0	0	0	-7.494
Gesamtergebnis 30.06.2006	0	0	0	-7.494	0	0	16.287	8.793
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-5.000	-5.000
Stand 30.06.2006	18.000	91.233	235.454	11.725	-47	5.251	16.389	378.005
Stand 01.01.2007	18.000	91.233	260.467	4.230	-115	5.251	4.678	383.744
Jahresgewinn	0	0	0	0	0	0	14.355	14.355
Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-6.285	0	0	0	-6.285
Gesamtergebnis 30.06.2007	0	0	0	-6.285	0	0	14.355	8.070
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-4.500	-4.500
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0
Stand 30.06.2007	18.000	91.233	260.467	-2.055	-115	5.251	14.533	387.314

V. Kapitalflussrechnung

in Tsd €	01.01. - 30.06.2007	01.01. - 30.06.2006
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	51.743	51.346
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	594.927	544.280
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-611.078	-566.171
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	23.547	31.873
Effekte aus Änderungen Wechselkurs, Bewertung, Konsolidierungskreis	-6.286	-9.794
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	52.853	51.534

VI. Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss der HYPO TIROL BANK AG wird in Übereinstimmung mit den durch die EU übernommenen und auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise International Financial Reporting Standards (IFRS) einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des Standing Interpretations Committee (SIC) beziehungsweise des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) aufgestellt.

Der vorliegende ungeprüfte Zwischenbericht zum 30.06.2007 berücksichtigt insbesondere auch die Erfordernisse des IAS 34 für die Zwischenberichterstattung.

In diesem Zwischenbericht wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss der HYPO TIROL BANK AG zum 31.12.2006 angewendet.

Der Konsolidierungskreis des Konzernzwischenberichtes entspricht dem Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses der HYPO TIROL BANK AG zum 31.12.2006.

Im ersten Halbjahr 2007 wurden die im Vorjahr unter der Bilanzposition Handelsaktiva ausgewiesenen Kundenforderungen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, zu den Forderungen an Kunden umgliedert. Die entsprechenden Vorjahresbeträge wurden angepasst.

Risikovorsorge

Den besonderen Risiken des Bankgeschäfts tragen wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung.

Die Einzelwertberichtigung eines Kredits ist angezeigt, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können. Grundlage für Portfoliowertberichtigungen bilden Ausfallswahrscheinlichkeiten.

Die Einschätzung und Beurteilung der Indikatoren, die zu einer Risikovorsorge führen, basieren auf historischen Erfahrungswerten im Kreditgeschäft und werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert und gegebenenfalls revidiert, um mögliche Differenzen zwischen Risikovorsorge und tatsächlich eingetretenem Kreditausfall zu minimieren.

Ereignisse nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes

Nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes sind keine Ereignisse eingetreten, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzernhalbjahresberichtes beeinflussen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Zinsüberschuss

in Tsd €	01.01. - 30.06.2007	01.01. - 30.06.2006
Zinsen und ähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute	26.930	15.366
Zinsen und ähnliche Erträge aus Forderungen an Kunden	118.502	79.415
Zinsen und ähnliche Erträge aus Schuldverschreibungen	84.377	57.285
Zinsen und ähnliche Erträge aus Leasingforderungen	17.516	13.084
Zinserfolg aus Derivaten	248	26.054
Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	4.098	6.259
Beteiligungserträge aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	501	317
Sonstige Beteiligungserträge	1.327	610
Zinsen und ähnliche Erträge	253.499	198.390
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	-3.900	-2.120
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Verbindlichkeiten gg. Kunden	-59.261	-37.132
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten	-139.035	-106.274
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Ergänzungs-/Nachrangkapital	-6.518	-4.267
Sonstige Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	-164	-148
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-208.878	-149.941
Zinsüberschuss	44.621	48.449

(2) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Tsd €	01.01. - 30.06.2007	01.01. - 30.06.2006
Zuführungen zu Wertberichtigungen	-17.815	-15.191
Auflösungen von Wertberichtigungen	6.019	5.864
Direktabschreibungen von Forderungen	-14	-38
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	125	176
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-11.685	-9.189

(3) Verwaltungsaufwand

in Tsd €	01.01. - 30.06.2007	01.01. - 30.06.2006
Personalaufwand	-25.000	-24.683
Sachaufwand	-15.189	-14.819
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen	-3.297	-4.197
Verwaltungsaufwand	-43.486	-43.699

Personalaufwand

In Tsd €	01.01. -	01.01. -
	30.06.2007	30.06.2006
Löhne und Gehälter	-19.222	-19.003
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-4.497	-4.317
Freiwilliger Sozialaufwand	-158	-200
Aufwand für Altersvorsorge	-785	-791
Veränderung von Personalarückstellungen	-338	-372
Personalaufwand	-25.000	-24.683

Sachaufwand

In Tsd €	01.01. -	01.01. -
	30.06.2007	30.06.2006
Gebäudeaufwand	-2.385	-2.070
EDV-Aufwand	-3.087	-3.201
Kommunikationsaufwand	-989	-1.153
Aufwand Personalentwicklung	-385	-742
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-2.561	-2.599
Rechts- und Beratungsaufwand	-2.052	-1.620
Aufwand der Rechtsform	-429	-401
Sonstiger Sachaufwand	-3.301	-3.033
Sachaufwand	-15.189	-14.819

Erläuterungen zur Bilanz

(4) Handelsaktiva

Handelsaktiva getrennt nach Handelsbestand und „Designated at Fair Value“

In Tsd €	Handelsbestand		Designated at Fair Value		Gesamt	
	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	119	124	29.588	34.131	29.707	34.255
Schuldverschreibungen anderer Emittenten	1.415	1.003	117.845	90.923	119.260	91.926
Aktien	31	12	0	38.219	31	38.231
Investmentzertifikate	19.530	26.074	11.200	10.540	30.730	36.614
Positive Marktwerte aus Derivaten	79.299	93.035	0	0	79.299	93.035
Zinsabgrenzung zur Handelsaktiva	134.550	142.626	2.108	1.755	136.658	144.381
Handelsaktiva	234.944	262.874	160.741	175.568	395.685	438.442

In der Berichtsperiode wurden die im Vorjahr unter der Bilanzposition Handelsaktiva ausgewiesenen, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Kundenforderungen zu den Forderungen an Kunden umgegliedert. Die entsprechenden Vorjahresbeträge in Höhe von TEUR 246.331 wurden angepasst.

Derivate

in Tsd €	Nominale		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006
Derivate "Held for Trading"						
FX-Termingeschäfte	322.999	328.336	766	629	3.150	6.958
FX-Optionen	20.221	3.389	83	61	82	58
Währungsderivate	343.220	331.725	849	690	3.232	7.016
Zinsswaps	9.767.668	9.246.170	76.810	92.010	459.671	227.788
Zinsoptionen	340.103	200.000	1.640	335	307	354
Termingeschäfte	0	13.625	0	0	0	275
Zinsderivate	10.107.771	9.459.795	78.450	92.345	459.978	228.417
Handelsaktiva	10.450.991	9.791.520	79.299	93.035	463.210	235.433

(5) Finanzanlagen

in Tsd €	30.06.2007	31.12.2006
HTM-Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	1.296.382	1.278.628
HTM-Schuldverschreibungen anderer Emittenten	637.862	641.555
Zinsabgrenzung zu HTM-Beständen	39.728	42.247
HTM-Finanzanlagen	1.973.972	1.962.430
AFS Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	318.019	314.081
AFS Schuldverschreibungen anderer Emittenten	2.039.575	1.475.356
AFS Aktien	16.237	15.717
AFS andere Anteilsrechte	83.494	72.151
Zinsabgrenzung zu AFS-Beständen	22.216	18.504
AFS-Finanzanlagen	2.479.541	1.895.809
Loans & Receivables	227.592	216.398
Zinsabgrenzung zu L&R-Beständen	1.487	1.360
Loans & Receivables	229.079	217.758
Beteiligungen - sonstige Unternehmen	41.846	41.100
Beteiligungen - assoziierte Unternehmen	9.621	9.621
Anteile an verbundenen Unternehmen	20.117	20.117
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	71.584	70.838
Finanzanlagen	4.754.176	4.146.835

(6) Investment Properties

in Tsd €	30.06.2007	31.12.2006
Unbebaute Grundstücke	11.539	11.539
Vermietete Grundstücke und Gebäude - Grundanteil	27.845	24.427
Vermietete Grundstücke und Gebäude - Gebäudeanteil	105.608	100.421
Vermietete Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.789	1.861
Anlagen in Bau	5.751	14.690
Investment Properties	152.532	152.938

(7) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

In Tsd €	30.06.2007	31.12.2006
Erworbene immat. Vermögenswerte	2.677	3.103
Immaterielle Vermögenswerte	2.677	3.103
Unbebaute Grundstücke	98	98
Bebaute Grst. eigengenutzt - Grundwert	12.347	12.370
Bebaute Grst. eigengenutzt - Gebäudewert	62.431	63.065
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.819	14.038
Anlagen in Bau	2.538	2.538
Sachanlagen	91.233	92.109

(8) Verbriefte Verbindlichkeiten

In Tsd €	Amortized Costs		Designated at Fair Value		Gesamt	
	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2006
Pfandbriefe	37.341	36.900	147.503	161.585	184.844	198.485
Kommunalbriefe	33.232	78.089	234.523	240.563	267.755	318.652
Kassenobligationen	3.629	4.486	4.731	4.522	8.360	9.008
Anleihen	2.194.050	1.619.945	3.977.665	3.783.852	6.171.715	5.403.797
Wohnbaubankanleihen	293.096	256.612	96.229	118.634	389.325	375.246
Anleihen der Pfandbriefstelle	149.786	100.719	693.527	786.178	843.313	886.897
Depotzertifikate	41.090	37.106	0	0	41.090	37.106
Zinsabgrenzung zu P03	16.574	13.947	83.710	85.373	100.284	99.320
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.768.798	2.147.804	5.237.888	5.180.707	8.006.686	7.328.511

Zusätzliche IFRS-Informationen
(9) Segmentberichterstattung
Berichterstattung nach Geschäftsbereichen
30.06.2007

In Tsd €	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	20.152	21.087	6.130	394	-3.142	44.621
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.987	-4.852	-2.846	0	0	-11.685
Provisionsüberschuss	13.156	3.075	-125	1.268	-394	16.980
Handelsergebnis	0	0	0	5.039	358	5.397
Verwaltungsaufwand	-20.139	-9.410	-3.455	-2.032	-8.450	-43.486
sonstiges betriebliches Ergebnis	84	1.189	1.563	0	-441	2.395
Finanzanlageergebnis	0	0	0	4.152	0	4.152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.266	11.089	1.267	8.821	-12.069	18.374
Bilanzsumme Aktiva	1.323.590	3.173.472	1.031.217	6.936.131	363.618	12.828.028
Bilanzsumme Passiva	1.724.319	696.659	93.799	10.037.711	275.540	12.828.028

30.06.2006

in Tsd €	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	19.574	18.520	5.079	7.886	-2.610	48.449
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-2.855	-4.967	-1.367	0	0	-9.189
Provisionsüberschuss	11.346	2.347	-120	1.816	38	15.427
Handelsergebnis	0	0	0	3.124	0	3.124
Verwaltungsaufwand	-21.203	-7.489	-4.214	-2.250	-8.543	-43.699
sonstiges betriebliches Ergebnis	104	1.764	2.406	0	-240	4.034
Finanzanlageergebnis	0	0	-148	2.951	0	2.803
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.966	10.175	1.636	13.527	-11.355	20.949
Bilanzsumme Aktiva	1.315.200	2.622.704	977.866	5.951.972	348.178	11.215.920
Bilanzsumme Passiva	1.774.729	651.032	84.540	8.411.925	293.694	11.215.920

(10) Eventualverbindlichkeiten

in Tsd €	30.06.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	168.915	141.059
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	23.740	28.120
Eventualverbindlichkeiten	192.655	169.179

(11) Personal

Mitarbeiterkapazität

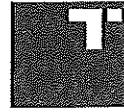
	30.06.2007	31.12.2006
Vollzeitbeschäftigte Angestellte	721	719
Teilzeitbeschäftigte Angestellte	55	53
Lehrlinge	4	5
Vollzeitbeschäftigte Arbeiter	10	10
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	790	787

VII. Organe

Mitglieder des Aufsichtsrates		
Vorsitzender	LT-Präsident Prof. Ing. Helmut MADER ,	Innsbruck
1. Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Simon BRÜGGL ,	Kitzbühel
2. Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Toni EBNER ,	Aldein
weitere Mitglieder		
	Mag. Christian BRAITO ,	Thaur
	Dr. Siegfried DILLERSBERGER ,	Kufstein
	Mag. Bernd GUGGENBERGER ,	Innsbruck
	Dr. Kurt KAPELLER ,	Haiming
	Dkfm. Günter ZOLLER ,	Innsbruck
vom Betriebsrat entsandt		
	Dr. Heinrich LECHNER , Betriebsratsvorsitzender	Innsbruck
	Klaus FUCHS ,	Innsbruck
	Peter PICHLER ,	Innsbruck
	Ingrid WALCH ,	Inzing
Mitglieder des Vorstandes		
Vorsitzender	Dr. Hannes GRUBER ,	Innsbruck
Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Günter UNTERLEITNER ,	Innsbruck
Vorstandsmitglied	Werner PFEIFER ,	Wattens
Vertreter der Aufsichtsbehörde		
Staatskommissär	Ministerialrat Dr. Kurt BARTL	Wien
Staatskommissär-Stellvertreter	Amtsdirektor Josef DORFINGER	Wien
Treuhänder		
Treuhänder gem. Pfandbriefgesetz	Dr. Klaus-Dieter GOSCH	Innsbruck
Treuhänder-Stv. gem. Pfandbriefgesetz	Amtsdirektor Hannes EGERER	Wien

ANHANG 8:

HYPO TIROL BANK



Zwischenbericht zum 30. Juni 2008

der HYPO TIROL BANK AG

**Konzernzwischenbericht nach
International Financial Reporting Standards (IFRS)**

I.	KONZERNZWISCHENLAGEBERICHT	- 3 -
II.	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	- 8 -
III.	BILANZ	- 9 -
IV.	ENTWICKLUNG DES EIGENKAPITALS	- 10 -
V.	KAPITALFLUSSRECHNUNG	- 10 -
VI.	ANHANG (NOTES)	- 11 -
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	- 11 -
	Risikovorsorge	- 11 -
	Ereignisse nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes	- 11 -
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	- 12 -
	(1) Zinsüberschuss	- 12 -
	(2) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 12 -
	(3) Verwaltungsaufwand	- 13 -
	Erläuterungen zur Bilanz	- 13 -
	(4) Handelsaktiva	- 13 -
	(5) Finanzanlagen	- 14 -
	(6) Investment Properties	- 14 -
	(7) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	- 15 -
	(8) Verbriefte Verbindlichkeiten	- 15 -
	Zusätzliche IFRS-Informationen	- 15 -
	(9) Segmentberichterstattung	- 15 -
	(10) Eventualverbindlichkeiten	- 16 -
	(11) Personal	- 16 -
VII.	ORGANE	- 17 -
	ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	- 18 -

I. Konzernzwischenlagebericht

Wirtschaftliches Umfeld und Marktentwicklung im 1. Halbjahr 2008

Auch knapp ein Jahr nachdem Berichte über steigende Zahlungsausfälle im „subprime Segment“ aufkamen und die Hedge Fonds der Investmentbank Bear Stearns kollabierten beherrschen immer noch Angst und Unsicherheit die internationalen Geld- und Kreditmärkte. Die Fakten: Bisher wurden weltweit Wertberichtigungen und Kreditausfälle in Höhe von ca. 400 Mrd. USD als Folge der Finanzkrise gemeldet. Der Gesamtschaden für die Finanzindustrie wird jedoch auf bis über 1000 Mrd. USD geschätzt. Mehreren Finanzinstituten musste von staatlicher Seite unter die Arme gegriffen werden (z.B. Northern Rock in Großbritannien, IKB und Sachsen LB in Deutschland). In den USA wurde Bear Stearns unter Mithilfe der New Yorker Notenbank von JP Morgan übernommen und damit vor dem Ruin gerettet.

Die wichtigsten Aktienmärkte brachen seit Jahresbeginn um rund 20% ein. Aktien aus dem asiatisch-pazifischen Raum, sowie aus den Schwellenländern haben sich insgesamt noch schlechter als Aktien anderer Regionen der Welt entwickelt. Japan profitierte davon, dass die Finanzinstitute kaum von den Milliardenabschreibungen im Zuge der Finanzkrise betroffen waren und sind. Hedgefonds liegen nach einer sehr schlechten Entwicklung im ersten Quartal immer noch im Minus.

Das globale Wirtschaftswachstum schwächte sich ab. Hauptverantwortlich dafür sind die USA, die wegen der Krise am Wohnimmobilienmarkt und der erwähnten Probleme im Finanzbereich zunehmend in die Rezession schlittern. Prekär ist, dass gleichzeitig die Geldentwertung deutlich gestiegen ist und das verfügbare Einkommen der Privathaushalte schrumpft. Vielfach ist bereits vom Wiedererwachen des Schreckgespenstes Inflation die Rede. Im Wesentlichen sind dafür die explodierenden Öl- und Nahrungsmittelpreise verantwortlich. So ist der Preis für die in Europa maßgebliche Ölsorte „Brent“ seit Jahresbeginn um ca. 48% gestiegen. Daneben führten die massiven Preisanstiege bei einigen Grundnahrungsmitteln bereits zu Unruhen in einigen Schwellenländern, da dort ein wesentlicher Teil des verfügbaren Einkommens für Nahrung verwendet wird.

Die aufkommenden Inflationssorgen der letzten Monate blieben nicht ohne Auswirkung auf die Anleihenmärkte. Ab Mitte März kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktrenditen. Daher weisen die als traditionell sicher geltenden Staatsanleihen im laufenden Jahr eine negative Wertentwicklung auf, da die Kursverluste aufgrund der gestiegenen Renditen die laufenden Kuponzahlungen mehr als kompensierten. Bei Anleihen schlechterer Bonität wirkten sich zudem die erhöhten Risikoaufschläge aus, was zu der deutlich negativen Wertveränderung im Segment der high-yield-, sowie der Schwellenländeranleihen führte.

Ein Blick auf die Devisenmärkte lässt die Abwertung von US-Dollar und Britischem Pfund erkennen. Beide Länder haben aufgrund ihrer massiven Probleme am Immobilienmarkt mit einer Rezessionsgefahr bzw. deutlichen Konjunkturabschwächung zu kämpfen. Sowohl die amerikanische FED als auch die Bank of England haben daher bereits mehrmals die Leitzinsen gesenkt, während die Europäische Zentralbank wegen des hohen Verbraucherpreisanstiegs (zuletzt +4% im Jahresvergleich) eine Neigung zu steigenden Leitzinsen erkennen lässt.

Ausblick

Im momentan extrem schwierigen Umfeld müssen die Notenbanken einen Hochseilakt zwischen Inflationsbekämpfung und einer maßvollen Zinspolitik angesichts der Konjunkturabschwächung wagen. Maßgeblichen Einfluss wird die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise haben. Im Aktienbereich erwarten wir über die Sommermonate anhaltend schwankungsfreudige Märkte ohne klare Trends.

Risikobericht

Die Übernahme von Risiken gehört zu den ureigensten Aufgaben im Bankgeschäft. Entsprechend der Stellung als Universal- und Regionalbank ist der Hypo Tirol Konzern risikobewusst, managt Risiken professionell und erwirtschaftet daraus Ergebnisse, welche die Risikoübernahme lohnend machen.

Das Risikomanagement der Hypo Tirol Bank AG orientiert sich an dem von der österreichischen Bankenaufsicht veröffentlichten Leitfadens zur Gesamtbanksteuerung (ICAAP).

Unter dem Begriff „Risikomanagement“ wird in der Hypo Tirol Bank AG ein arbeitsteiliger Prozess der Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung von definierten Risiken auf Konzernebene verstanden.

Ein qualitativ angemessenes Risikomanagement wird als wesentlicher Erfolgsfaktor für die nachhaltig erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens angesehen.

Um eine koordinierte und umfassende Risikosteuerung sicherzustellen, werden

- eine **Gesamtrisikostrategie** definiert,
- wird ein **Risikohandbuch** als Dokumentationsgrundlage verwendet und
- **Risikolimits** festgelegt.

Die durch den Vorstand beschlossene **Gesamtrisikostrategie** legt die allgemeinen Grundsätze des Risikomanagements fest, beschreibt die Ermittlung der Risikotragfähigkeit und definiert **Risikolimits** sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für Konzentrationsrisiken. Sie enthält weiters die Allokation des Risikodeckungspotenzials auf die einzelnen Risikoarten. Hiermit wird festgelegt, in welchem Umfang Risiken übernommen werden.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse ermitteln wir das Konzernrisiko auf einem Konfidenzniveau von 99,9%.

Das **Risikohandbuch** dokumentiert alle wesentlichen Punkte des Risikomanagements und ermöglicht den MitarbeiterInnen des Hypo Tirol Konzerns und insbesondere dem Management eine systematische Beschäftigung mit den einzelnen Bestandteilen des Risikomanagements.

Die Einhaltung der **Risikolimits** wird laufend überwacht und es wird darüber berichtet (Ampelsystem). Bei Erreichung einer gelben Ampel, d.h. bei Erreichung einer Frühwarnstufe, ist der Bericht im nächstfolgenden Gesamtrisikokomitee zu besprechen und sind entsprechend dem jeweiligen Risiko Maßnahmen zu beschließen. Bei Erreichen einer roten Ampel, d.h. bei Überschreiten eines definierten Limits, ist vom Chief Risk Officer eine Sondersitzung des Gesamtrisikokomitees einzuberufen, in der entsprechend dem jeweiligen Risiko Maßnahmen zu beschließen sind.

Risikopolitische Grundsätze der Hypo Tirol Bank AG

- Die Gesamtrisikostrategie wird jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht und mit ihm erörtert.
- Aufgrund des Vorsichtsprinzips werden nur Geschäfte eingegangen, die verstanden werden und die der Risikotragfähigkeit entsprechen.
- Risikosteuerung und ICAAP orientieren sich primär am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestandes („Going-Concern“). Nebenbedingungen, insbesondere aufsichtsrechtlicher Art, werden mit einem Sicherheitspuffer eingehalten.
- Risikosteuerungs- und controllingprozesse entsprechen den aktuellen gesetzlichen Anforderungen und werden an sich ändernde Bedingungen angepasst. Zudem werden die Risikosteuerungs- und controllingprozesse in ein integriertes System zur Ertrags- und Risikosteuerung („Gesamtbanksteuerung“) eingebettet.
- Im Rahmen einer laufenden Risikotragfähigkeitsanalyse werden wahrscheinliche Ereignisse betrachtet und auch außergewöhnliche Szenarien in Betracht gezogen („Stresstests“).
- Die festgelegten Risikolimits basieren auf dem Risikodeckungspotenzial. Das gesamte Risikodeckungspotenzial wird für die gemessenen Risiken nicht ausgenützt, womit eine Reserve für außergewöhnliche Szenarien und nicht gemessene Risiken vorgehalten wird.

Neue Produkte, neue Märkte

- Die Hypo Tirol Bank AG engagiert sich nur in Geschäftsfeldern, in denen das Unternehmen über eine entsprechende Expertise zur Beurteilung der spezifischen Risiken verfügt.
- Der Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder Produkte geht grundsätzlich eine adäquate Analyse der geschäftsspezifischen Risiken voraus.

Organisation

Das Risikomanagement in der Hypo Tirol Bank wird durch die Stabsstelle Konzernrisikomanagement entwickelt und durchgeführt. Durch die Zuordnung dieser Stabsstelle zu dem für diesen Bereich zuständigen Vorstand wird eine strikte Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet.

In besonderer Weise wird das Risikomanagement durch die Einrichtung eigens dafür geschaffener Kreise zur Entscheidungsvorbereitung für den Vorstand („Komitees“) organisatorisch berücksichtigt. Als Kern dieser Organisation wurde ein „Gesamtrisikokomitee“ eingerichtet, dem der Gesamtvorstand und alle wesentlichen mit dem Risikomanagement befassten Verantwortlichen angehören.

Daneben bestehen noch spezielle Komitees für das Kreditrisiko und das Marktrisiko, die unter Leitung des zuständigen Einzelvorstands operative Maßnahmen festlegen.

Fokussierte Risiken

Die Risikoarten, auf denen der Fokus des Risikomanagements liegt, sind:

- Kreditrisiko
- Marktpreisrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt im Hypo Tirol Bank Konzern das wesentliche Risiko dar. Wir verstehen darunter Ausfallrisiken, die aus nicht verbrieften Forderungen und verbrieften Forderungen (Wertpapiere) gegen Dritte entstehen. Das Risiko besteht darin, dass diese Forderungen uns gegenüber nicht oder nicht vollständig erfüllt werden. Dies kann sowohl aus Entwicklungen bei einzelnen Vertragspartnern als auch aus allgemeinen Entwicklungen resultieren, die eine Vielzahl von Vertragspartnern betreffen. Ebenso können Kreditrisiken auch aus besonderen Formen der Produktgestaltung oder aus der Anwendung von Kreditrisikominderungsstechniken resultieren.

Marktpreisrisiko

Unter **Marktpreisrisiko** versteht die Hypo Tirol Bank AG die Gefahr von Verlusten, die aus der Veränderung von Marktpreisen resultieren. Es setzt sich zusammen aus:

- Zinsänderungsrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Wertpapierkursrisiko

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Marktrisiko aufgrund des gestiegenen Zinsrisikos erhöht, was die erhöhte Volatilität der Märkte widerspiegelt.

Value at Risk

Jahre	Monate	Mittelwert von Monats VaR gesamt	Mittelwert von Monats VaR Zinsen	Mittelwert von Monats VaR Wertpapiere	Mittelwert von Monats VaR FX
2007	Jänner	20.249.608	13.876.336	3.665.633	2.707.639
	Februar	18.722.773	11.889.609	3.768.403	3.064.761
	März	21.434.475	14.226.871	3.677.128	3.530.476
	April	21.741.845	15.466.004	3.393.953	2.881.887
	Mai	20.807.760	15.294.588	2.785.580	2.727.591
	Juni	20.291.790	15.128.574	2.956.524	2.206.692
2008	Jänner	25.401.280	19.804.658	3.474.091	2.122.531
	Februar	31.015.833	24.323.348	4.242.861	2.449.624
	März	35.560.777	28.997.005	4.027.269	2.536.503
	April	40.282.724	33.717.888	4.178.442	2.386.394
	Mai	44.358.560	36.082.457	4.472.211	3.803.892
	Juni	50.593.233	43.355.426	4.715.391	2.522.415

Operationelles Risiko

Unter **operationellem Risiko** ist die Gefahr von Verlusten zu verstehen, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge externer Ereignisse eintreten.

Liquiditätsrisiko

Unter **Liquiditätsrisiko** versteht man das Risiko, die Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste eingehen zu müssen.

Entwicklung Gesamtrisikolage

Risikoart	Risikowerte in % der Risikotragfähigkeit		
	31.3.2008	Veränderung	31.12.2007
Kreditrisiko	44,48%	1,71 %	42,77%
Marktrisiko	8,08%	2,69 %	5,39%
OpRisk	3,56%	-0,23 %	3,79%
Immobilienrisiko	2,88%	0,00 %	2,88%
Gesamtauslastung Risikotragfähigkeit	58,99%		54,83%

Die Risikotragfähigkeit gibt Auskunft über das Risiko, das die Bank eingehen kann. Im ersten Quartal 2008 ist die Ausnutzung der Risikotragfähigkeit gestiegen, da sich Kredit- und Marktrisiko erhöht haben. Die Erhöhung des Kreditrisikos stammt aus dem Wachstum der Kundenforderungen. Das Erhöhte Marktrisiko spiegelt die höhere Volatilität der Märkte wieder.

Geschäftsentwicklung

Zur Bilanzentwicklung

Die Geschäftsstrategie der vergangenen Jahre lag vor dem Hintergrund der auslaufenden Landeshaftung darin begründet, am Kapitalmarkt Liquidität zu vorteilhaften Konditionen einzukaufen, um diese Liquidität in Folge Ertrag bringend anzulegen. Die vergangenen Jahre waren somit von einem stetigen Bilanzsummenwachstum geprägt. Die Veranlagung der vorhandenen Mittel zeigte sich in der Ausweitung des Eigengeschäfts im Bereich der Finanzanlagen sowie des Kundengeschäft.

Nunmehr, nach dem Wegfall der Landeshaftung, wird der Fokus der Geschäftstätigkeit darauf gerichtet, eine erfolgreiche Umschichtung vom Eigengeschäft hin zum Kundengeschäft umzusetzen.

Der Jahresverlauf 2008 war daher gekennzeichnet durch einen leichten Rückgang der Bilanzsumme um TEUR 104.485 bzw. 0,8%. Passivseitig zeigt sich die Umsetzung der Geschäftsstrategie im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der eigenen Emissionen um TEUR 566.088 und dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie gegenüber Kreditinstituten um insgesamt TEUR 398.790.

Aktivseitig konnten die Forderung an Kunden nach Berücksichtigung der Risikovorsorge um TEUR 231.613, das sind rund 4%, ausgeweitet werden. Weiters war eine Zunahme der Handelsaktiva um TEUR 134.739 zu verzeichnen. Die Finanzanlagen reduzierten sich demgegenüber um TEUR 31.722 sowie die Forderungen an Kreditinstitute um TEUR 349.072.

Zur Erfolgsentwicklung

Der Geschäftsverlauf 2008 blieb nicht unbeeinflusst von den negativen Auswirkungen aus der internationalen Finanzmarktkrise. Die Entwicklung an den Finanzmärkten, die im Jahr 2007 begann, hat sich in der ersten Jahreshälfte 2008 fortgesetzt. Vor dem Hintergrund dieser Turbulenzen, insbesondere der Schwankungen im Zins- sowie im Aktienbereich, zeigt der Ergebnisverlauf der HYPO TIROL BANK AG rückläufige Tendenzen.

Dämpfende Effekte aufgrund dieser Rahmenbedingungen waren vorwiegend im Zinsüberschuss, im Provisionsüberschuss sowie im Finanzanlageergebnis zu verzeichnen.

Das Zinsergebnis nach Berücksichtigung der Risikovorsorge belief sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf TEUR 33.870.

Das Provisionsergebnis lag aufgrund der weltweit schwächeren Aktienmärkte unter dem Niveau des Jahres 2007.

Eine positive Entwicklung zeigte das Handelsergebnis mit einem Anstieg in Höhe von TEUR 1.247 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Ein weiterer positiver Ergebnisbeitrag konnte aus dem Rückgang des Verwaltungsaufwandes gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 um TEUR 608 erzielt werden. Zusätzlich verbesserte sich das sonstige betriebliche Ergebnis um TEUR 1.731 gegenüber dem ersten Halbjahr 2007.

Nach Berücksichtigung des Finanzanlageergebnisses in Höhe von TEUR 1.997 konnte ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 14.301 erwirtschaftet werden.

Ausblick

Für das zweite Halbjahr 2008 kann davon ausgegangen werden, dass die Bestands- und Ergebnisentwicklungen tendenziell an dem bisherigen Verlauf des ersten Halbjahres 2008 anknüpfen. Das Gesamtergebnis wird auch in der zweiten Jahreshälfte nicht losgelöst von den weiteren Entwicklungen an den Finanzmärkten, die aktuell noch nicht abschätzbar erscheinen, zu betrachten sein.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In Tsd €	Notes	01.01. -	01.01. -	Veränderung	
		30.06.2008	30.06.2007	in TEUR	in %
Zinsen und ähnliche Erträge		284.960	253.499	31.461	12,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-251.090	-208.878	-42.212	20,2
ZINSÜBERSCHUSS	(1)	33.870	44.621	-10.751	-24,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2)	-4.159	-11.685	7.526	-64,4
ZINSÜBERSCHUSS NACH RISIKOVORSORGE		29.711	32.936	-3.225	-9,8
Provisionserträge		18.235	21.250	-3.015	-14,2
Provisionsaufwendungen		-3.534	-4.270	736	-17,2
Provisionsüberschuss		14.701	16.980	-2.279	-13,4
Handelsergebnis		6.644	5.397	1.247	23,1
Verwaltungsaufwand	(3)	-42.878	-43.486	608	-1,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis		4.126	2.395	1.731	72,3
Finanzanlageergebnis		1.997	4.152	-2.155	-51,9
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		14.301	18.374	-4.073	-22,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-2.860	-4.019	1.159	-28,8
KONZERNJAHRESÜBERSCHUSS		11.441	14.355	-2.914	-20,3

III. Bilanz

Aktiva

in Tsd €	Notes	30.06.2008	31.12.2007	Veränderung	
				in TEUR	in %
Barreserve		49.631	69.618	-19.987	-28,7
Forderungen an Kreditinstitute		807.629	1.156.701	-349.072	-30,2
<i>Forderungen an Kunden</i>		6.109.330	5.890.774	218.556	3,7
<i>Risikovorsorge</i>		-99.064	-112.121	13.057	-11,6
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge		6.010.266	5.778.653	231.613	4,0
Handelsaktiva	(4)	537.332	402.593	134.739	33,5
Finanzanlagen	(5)	4.782.602	4.814.324	-31.722	-0,7
Investment Properties	(6)	151.992	154.043	-2.051	-1,3
Immaterielle Vermögenswerte	(7)	2.165	2.460	-285	-11,6
Sachanlagen	(7)	111.991	113.033	-1.042	-0,9
Sonstige Vermögenswerte		31.924	54.602	-22.678	-41,5
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte		9.478	10.478	-1.000	-9,5
Latente Ertragsteueransprüche		76.266	119.266	-43.000	-36,1
SUMME AKTIVA		12.571.276	12.675.761	-104.485	-0,8

Passiva

in Tsd €	Notes	30.06.2008	31.12.2007	Veränderung	
				in TEUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		443.065	229.827	213.238	92,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.289.594	3.104.042	185.552	6,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(8)	7.435.580	8.001.668	-566.088	-7,1
Handelspassiva		574.464	448.037	126.427	28,2
Rückstellungen		33.123	32.704	419	1,3
Sonstige Verbindlichkeiten		30.095	63.045	-32.950	-52,3
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		2.350	2.350	0	0,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		94.249	124.014	-29.765	-24,0
Nachrang- und Ergänzungskapital		295.517	291.056	4.461	1,5
Eigenkapital	(IV.)	373.239	379.018	-5.779	-1,5
SUMME PASSIVA		12.571.276	12.675.761	-104.485	-0,8

IV. Entwicklung des Eigenkapitals

In Tsd €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Available-for-Sale-Rücklagen	Rücklagen aus Währungsumrechnung	Effekte aus Erstanwendung	Konzern-gewinn	Summe Eigenkapital
Stand 01.01.2007	18.000	91.233	260.467	4.230	-115	5.251	4.678	383.744
Konzernjahresüberschuss	0	0	0	0	0	0	14.355	14.355
Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-6.285	0	0	0	-6.285
Gesamtergebnis 30.06.2007	0	0	0	-6.285	0	0	14.355	8.070
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-4.500	-4.500
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0
Stand 30.06.2007	18.000	91.233	260.467	-2.055	-115	5.251	14.533	387.314
Stand 01.01.2008	18.000	91.233	279.188	-19.236	-39	5.251	4.621	379.018
Konzernjahresüberschuss	0	0	0	0	0	0	11.441	11.441
Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewertung AFS-Bestand	0	0	0	-12.720	0	0	0	-12.720
Gesamtergebnis 30.06.2008	0	0	0	-12.720	0	0	11.441	-1.279
Ausschüttungen	0	0	0	0	0	0	-4.500	-4.500
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0
Stand 30.06.2008	18.000	91.233	279.188	-31.956	-39	5.251	11.562	373.239

V. Kapitalflussrechnung

In Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	69.618	51.743
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-35.925	594.927
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	28.697	-611.078
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-39	23.547
Effekte aus Änderungen Wechselkurs, Bewertung, Konsolidierungskreis	-12.720	-6.286
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	49.631	52.853

VI. Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss der HYPO TIROL BANK AG wird in Übereinstimmung mit den durch die EU übernommenen und auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) und International Financial Reporting Standards (IFRS) einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des Standing Interpretations Committee (SIC) beziehungsweise des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) aufgestellt.

Der vorliegende ungeprüfte Zwischenbericht zum 30.06.2008 berücksichtigt insbesondere auch die Erfordernisse des IAS 34 für die Zwischenberichterstattung.

In diesem Zwischenbericht wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss der HYPO TIROL BANK AG zum 31.12.2007 angewendet.

Der Konsolidierungskreis des Konzernzwischenberichtes entspricht dem Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses der HYPO TIROL BANK AG zum 31.12.2007.

Risikovorsorge

Den besonderen Risiken des Bankgeschäfts tragen wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung.

Die Einzelwertberichtigung eines Kredits ist angezeigt, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können. Grundlage für Portfoliowertberichtigungen bilden Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Die Einschätzung und Beurteilung der Indikatoren, die zu einer Risikovorsorge führen, basieren auf historischen Erfahrungswerten im Kreditgeschäft und werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert und gegebenenfalls revidiert, um mögliche Differenzen zwischen Risikovorsorge und tatsächlich eingetretenem Kreditausfall zu minimieren.

Ereignisse nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes

Nach dem Stichtag des Konzernzwischenberichtes sind keine Ereignisse eingetreten, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzernhalbjahresberichtes beeinflussen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Zinsüberschuss

in Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Zinsen und ähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute	21.495	26.930
Zinsen und ähnliche Erträge aus Forderungen an Kunden	166.931	118.502
Zinsen und ähnliche Erträge aus Schuldverschreibungen	93.282	84.377
Zinsen und ähnliche Erträge aus Leasingforderungen	20.471	17.516
Zinserfolg aus Derivaten	-20.200	248
Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.305	4.098
Beteiligungserträge aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	0	501
Sonstige Beteiligungserträge	676	1.327
Zinsen und ähnliche Erträge	284.960	253.499
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	-6.211	-3.900
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Verbindlichkeiten gg. Kunden	-85.648	-59.425
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten	-151.919	-139.035
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Ergänzungs-/Nachrangkapital	-7.312	-6.518
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-251.090	-208.878
Zinsüberschuss	33.870	44.621

Der Zinsüberschuss gegliedert nach Bewertungskategorien der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

in Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Handelsbestand	-20.031	459
Designated at Fair Value	-89.341	-79.836
HTM-Finanzanlagen	48.660	35.412
AFS-Finanzanlagen	42.729	45.372
Kredite und Forderungen	117.037	102.383
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-65.860	-60.997
Beteiligungen	676	1.828
Zinsüberschuss	33.870	44.621

(2) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Zuführungen zu Wertberichtigungen	-6.969	-17.815
Auflösungen von Wertberichtigungen	2.567	6.019
Direktabschreibungen von Forderungen	-110	-14
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	353	125
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-4.159	-11.685

(3) Verwaltungsaufwand

In Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Personalaufwand	-26.926	-25.000
Sachaufwand	-12.428	-15.189
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen	-3.524	-3.297
Verwaltungsaufwand	-42.878	-43.486

Personalaufwand

In Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Löhne und Gehälter	-21.121	-19.222
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-5.002	-4.497
Freiwilliger Sozialaufwand	-271	-158
Aufwand für Altersvorsorge	-455	-785
Veränderung von Personalrückstellungen	-77	-338
Personalaufwand	-26.926	-25.000

Sachaufwand

In Tsd €	01.01. - 30.06.2008	01.01. - 30.06.2007
Gebäudeaufwand	-2.298	-2.385
EDV-Aufwand	-3.220	-3.087
Kommunikationsaufwand	-810	-989
Aufwand Personalentwicklung	-468	-385
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-1.918	-2.561
Rechts- und Beratungskosten	-1.510	-2.052
Kosten der Rechtsform	-424	-429
Sonstiger Sachaufwand	-1.780	-3.301
Sachaufwand	-12.428	-15.189

Erläuterungen zur Bilanz

(4) Handelsaktiva

Handelsaktiva getrennt nach Handelsbestand und „Designated at Fair Value“

In Tsd €	Handelsbestand		Designated at Fair Value		Gesamt	
	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	119	121	46.611	34.091	46.730	34.212
Schuldverschreibungen anderer Emittenten	1.838	1.949	226.005	104.854	227.843	106.803
Aktien	28	41	0	0	28	41
Investmentzertifikate	16.476	19.818	8.309	11.196	24.785	31.014
Positive Marktwerte aus Derivaten	85.419	68.586	0	0	85.419	68.586
Zinsabgrenzung zur Handelsaktiva	149.785	159.677	2.742	2.260	152.527	161.937
Handelsaktiva	253.665	250.192	283.667	152.401	537.332	402.593

Derivate

in Tsd €	Nominale		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007
Derivate "Held for Trading"						
FX-Termingeschäfte	320.263	483.169	1.804	2.038	4.576	1.350
FX-Optionen	92.365	29.245	427	151	376	105
Währungsderivate	412.628	512.414	2.231	2.189	4.952	1.455
Zinsswaps	9.870.096	9.629.165	76.989	65.896	471.493	350.181
Zinsoptionen	315.000	185.000	1.424	56	790	227
Termingeschäfte	374.891	118.504	1.489	269	332	188
Futures	1.950.000	300.000	3.286	176	2.784	78
Zinsderivate	12.509.987	10.232.669	83.188	66.397	475.399	350.674
Handelsaktiva	12.922.615	10.745.083	85.419	68.586	480.351	352.129

(5) Finanzanlagen

in Tsd €	30.06.2008	31.12.2007
HTM-Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	1.279.656	1.367.438
HTM-Schuldverschreibungen anderer Emittenten	1.243.068	856.038
Zinsabgrenzung zu HTM-Beständen	46.445	48.044
HTM-Finanzanlagen	2.569.169	2.271.520
AFS Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	150.098	171.345
AFS Schuldverschreibungen anderer Emittenten	1.638.752	1.944.773
AFS Aktien	17.571	16.367
AFS andere Anteilsrechte	81.274	67.511
Zinsabgrenzung zu AFS-Beständen	20.034	21.464
AFS-Finanzanlagen	1.907.729	2.221.460
Loans & Receivables	216.381	230.502
Zinsabgrenzung zu L&R-Beständen	1.646	1.694
Loans & Receivables	218.027	232.196
Beteiligungen - sonstige Unternehmen	53.866	55.337
Beteiligungen - assoziierte Unternehmen	13.376	13.376
Anteile an verbundenen Unternehmen	20.435	20.435
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	87.677	89.148
Finanzanlagen	4.782.602	4.814.324

(6) Investment Properties

in Tsd €	30.06.2008	31.12.2007
Unbebaute Grundstücke	13.849	13.849
Vermietete Grundstücke und Gebäude - Grundanteil	25.979	25.979
Vermietete Grundstücke und Gebäude - Gebäudeanteil	95.317	97.356
Vermietete Betriebs- und Geschäftsausstattung	411	423
Anlagen in Bau	16.436	16.436
Investment Properties	151.992	154.043

(7) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

in Tsd €	30.06.2008	31.12.2007
Erworbene Immat. Vermögenswerte	2.165	2.450
Immaterielle Vermögenswerte	2.165	2.450
Unbebaute Grundstücke	356	356
Bebaute Grst. eigengenutzt - Grundwert	15.455	15.455
Bebaute Grst. eigengenutzt - Gebäudewert	73.742	73.993
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.706	15.497
Anlagen in Bau	7.732	7.732
Sachanlagen	111.991	113.033

(8) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Tsd €	Amortized Costs		Designated at Fair Value		Gesamt	
	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2007
Pfandbriefe	37.263	37.203	130.897	147.910	168.160	185.113
Kommunalbriefe	30.115	31.136	194.117	197.151	224.232	228.287
Kassenobligationen	27.398	10.121	4.426	4.468	31.824	14.589
Anleihen	1.812.173	2.203.694	3.851.445	3.946.694	5.663.618	6.150.388
Wohnbaubankanleihen	224.396	253.893	180.649	162.584	405.045	416.477
Anleihen der Pfandbriefstelle	100.020	100.000	728.516	746.835	828.536	846.835
Depotzertifikate	48.804	48.025	0	0	48.804	48.025
Zinsabgrenzung	14.283	18.888	51.078	93.066	65.361	111.954
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.294.452	2.702.960	5.141.128	5.298.708	7.435.580	8.001.668

Zusätzliche IFRS-Informationen
(9) Segmentberichterstattung
Berichterstattung nach Geschäftsbereichen
30.06.2008

in Tsd €	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	18.184	23.824	3.492	-6.812	-4.818	33.870
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.537	-1.537	-1.085	0	0	-4.159
Provisionsüberschuss	10.316	3.631	60	644	50	14.701
Handelsergebnis	0	0	0	6.644	0	6.644
Verwaltungsaufwand	-19.719	-10.404	-3.811	-1.683	-7.261	-42.878
sonstiges betriebliches Ergebnis	36	1.017	3.431	0	-358	4.126
Finanzanlageergebnis	0	0	9.344	-7.347	0	1.997
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.280	16.531	11.431	-8.554	-12.387	14.301
Bilanzsumme Aktiva	1.364.021	3.780.895	1.094.390	6.069.533	262.437	12.571.276
Bilanzsumme Passiva	1.878.053	921.358	79.049	9.511.496	181.320	12.571.276

30.06.2007

in Tsd €	Privat	Kommerz	Leasing und Immobilien	Treasury	Sonstige	Summe Segmente
Zinsüberschuss	20.152	21.087	6.130	1.987	-4.735	44.621
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.987	-4.852	-2.846	0	0	-11.685
Provisionsüberschuss	13.156	3.076	-125	1.268	-395	16.980
Handelsergebnis	0	0	0	5.039	358	5.397
Verwaltungsaufwand	-20.139	-9.410	-3.455	-2.032	-8.450	-43.486
sonstiges betriebliches Ergebnis	84	1.188	1.563	0	-440	2.395
Finanzanlageergebnis	0	0	0	4.152	0	4.152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.266	11.089	1.267	10.414	-13.662	18.374
Bilanzsumme Aktiva	1.323.588	3.173.473	1.031.217	6.936.131	363.619	12.828.028
Bilanzsumme Passiva	1.724.318	696.659	93.799	10.037.711	275.541	12.828.028

(10) Eventualverbindlichkeiten

in Tsd €	30.06.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	114.001	113.351
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	103.684	93.427
Eventualverbindlichkeiten	217.685	206.778

(11) Personal

Mitarbeiterkapazität

	30.06.2008	31.12.2007
Vollzeitbeschäftigte Angestellte	729	737
Teilzeitbeschäftigte Angestellte	62	60
Lehrlinge	5	5
Vollzeitbeschäftigte Arbeiter	0	10
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	796	812

VII. Organe

Mitglieder des Aufsichtsrates		
Vorsitzender	LT-Präsident Prof. Ing. Helmut MADER ,	Innsbruck
1. Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Simon BRÜGGL ,	Kitzbühel
2. Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Toni EBNER ,	Aldein
weitere Mitglieder		
	Dr. Jürgen BODENSEER ,	Innsbruck
	Mag. Christian BRAITO ,	Taur bis 19.02.2008
	Dr. Siegfried DILLERSBERGER ,	Kufstein
	Mag. Bernd GUGGENBERGER ,	Innsbruck
	Mag. Wilfried STAUDER ,	Innsbruck ab 19.02.2008
	Dkfm. Günter ZOLLER ,	Innsbruck
vom Betriebsrat entsandt		
	Dr. Heinrich LECHNER , Betriebsratsvorsitzender	Innsbruck
	Klaus FUCHS ,	Innsbruck
	Peter PICHLER ,	Innsbruck
	Ingrid WALCH ,	Inzing
Vorsitzender	Dr. Johann GRUBER ,	Innsbruck
Vorsitzender-Stellvertreter	Dr. Günter UNTERLEITNER ,	Innsbruck
Vorstandsmitglied	Werner PFEIFER ,	Wattens
Staatskommissär	Ministerialrat Dr. Kurt BARTL	Wien
Staatskommissär-Stellvertreter	Amtsdirktor Josef DORFINGER	Wien
Treuhänder gem.Pfandbriefgesetz	Dr. Klaus-Dieter GOSCH	Innsbruck
Treuhänder-Stv.gem.Pfandbriefgesetz	Amtsdirktor Hannes EGERER	Wien

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Der Vorstand der HYPO TIROL BANK AG erklärt, dass der vorliegende verkürzte Konzernzwischenbericht in Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), insbesondere mit IAS 34 („Zwischenberichte“), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt wurde und nach bestem Wissen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

Weiters erklären wir, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen er ausgesetzt ist, beschreibt.

Auf die Durchführung einer Prüfung beziehungsweise einer prüferischen Durchsicht des vorliegenden Zwischenberichtes durch einen Abschlussprüfer wurde verzichtet.

Innsbruck, im August 2008

HYPO TIROL BANK AG

Der Vorstand

Dir. Dr. Günter Unterleitner

Dir. Dr. Hannes Gruber

Dir. Werner Pfeifer